



Beteiligungsbericht

des

Landkreises Dahme-Spreewald

für das Jahr 2023

(Anlage zum Jahresabschluss 2023)



Herausgeber
Landkreis Dahme-Spreewald

Verantwortlich
Dezernat III / Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus
Karl-Marx-Straße 21
15926 Luckau
Telefon: 03546/20-1417
Telefax: 03546/20-1308
E-Mail: wirtschaft@dahme-spreewald.de

Stand
Oktober 2024

Inhalt

Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen.....	5
Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen.....	6
Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich	8
Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des.....	10
Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2023	

Verkehr

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH	12
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	24

Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH.....	36
Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH.....	46
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH.....	53
BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH	61
Naturwelt Lieberoser Heide GmbH	70

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH.....	77
Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH.....	88
Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH.....	93
Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH	98

Vermögensverwaltung

Teltower Kreiswerke GmbH.....	103
-------------------------------	-----

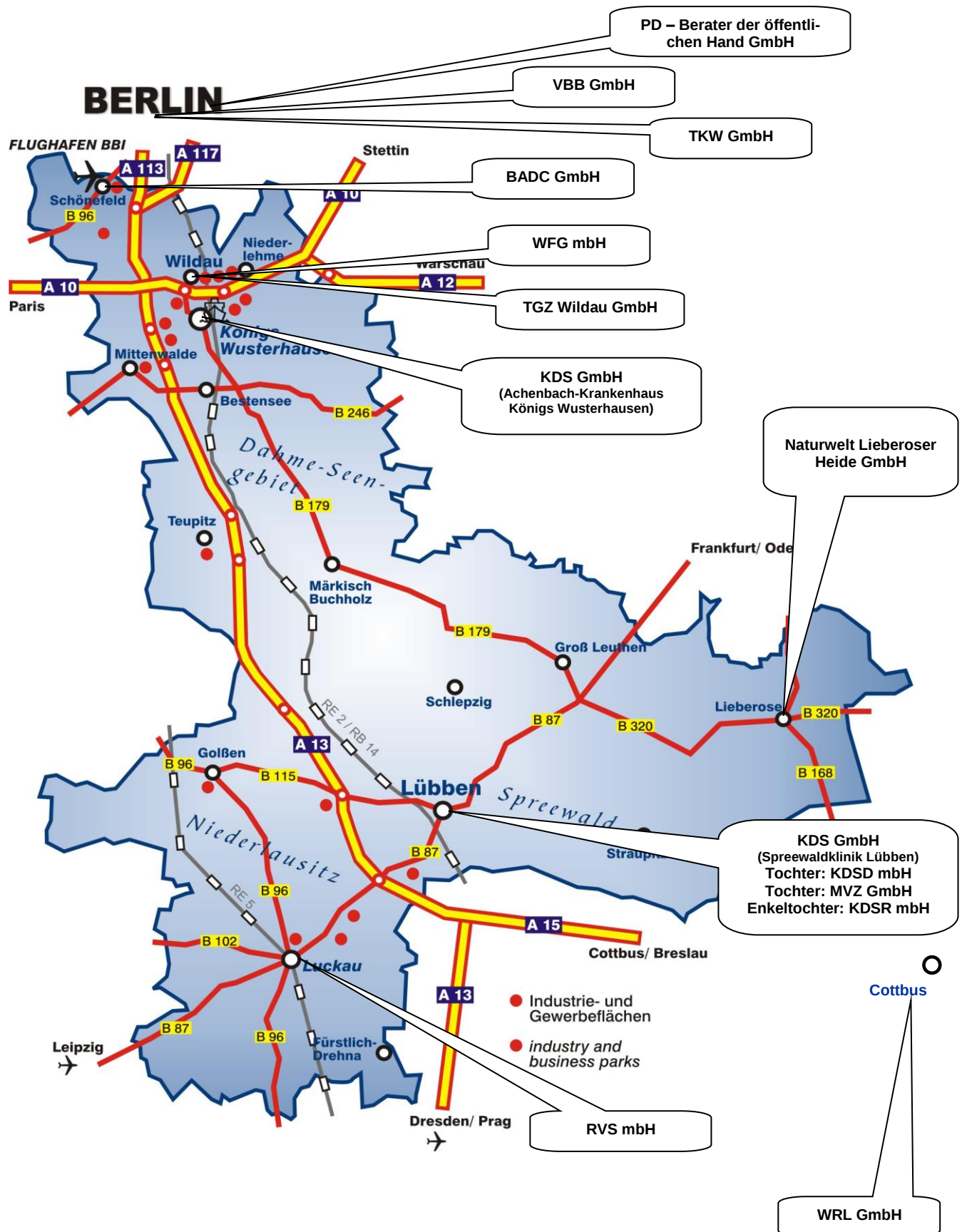
Sonstige Beteiligungen

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	111
---	-----

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV).....	1244
Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV).....	125
Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	126

Anlage 1, Abkürzungsverzeichnis	127
Anlage 2, Vertreter des Kreistages in den wirtschaftlichen Unternehmen.....	129



Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen (Stand 24.10.2024)

Verkehr	Standort- entwicklung	Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport	Beteiligung/Vermögensverwaltung
(RVS mbH) Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH Geschäftsführer Herr Richter	(WFG mbH) Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH Geschäftsführerin Frau Schirmer	(KDS GmbH) Klinikum Dahme-Spreewald GmbH Geschäftsführer: Herr Jasper	(TKW GmbH) Teltower Kreiswerke GmbH Geschäftsführer: Herr Laubinger
Eigenbeteiligung: 100 %	Eigenbeteiligung: 100 %	Beteiligung: 51 %	Beteiligung: 40,7 %
(VBB GmbH) Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH Geschäftsführer (interimistisch): Herr Kuck, Herr Fuchs	(TGZ Wildau GmbH) Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH Geschäftsführerin: Frau Schirmer	(KDSD mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH Geschäftsführer: Herr Jasper, Herr Meene	(PD) PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH Geschäftsführer: Herr Beemelmans, Herr Wechselmann
Beteiligung: 1,85 %	Beteiligung: 100 %	Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS): 100 %	Beteiligung: 0,15 %
	(WRL GmbH) Wirtschaftsregion Lausitz GmbH Geschäftsführer: Herr Jahn	(MVZ GmbH) Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH Geschäftsführer: Herr Dr. Rehder	
	Beteiligung: 9,09 %	Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS): 100 %	
	(BADC GmbH) Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH Geschäftsführer: Herr Balzer	(KDSR mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH Geschäftsführer: Herr Jasper, Herr Meene	
	Beteiligung: 10 %	Mittelbare Beteiligung (Tochter KDSD): 100 %	
	(Naturwelt Lieberoser Heide GmbH) Geschäftsführerin: Frau Schirmer		
	Beteiligung: 30 %		

Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen

Die Kennzahlenanalyse im Beteiligungsbericht 2023 basiert auf der Definition der Kennzahlenberechnung des Rundschreibens des Ministeriums des Innern zur Anwendung der Bestimmungen über die Erstellung und den Aufbau der Beteiligungsberichte gem. §§ 82 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 bzw. 3 sowie 83 Abs. 4 S. 2 Nr. 5 BbgKVerf i. V. m. § 61 KomHKV vom 22.12.2009. Abweichungen zu den in den jeweiligen testierten Jahresabschlüssen der Gesellschaften ermittelten Kennzahlen sind daher möglich.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Die Anlagenintensität – das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen – ist eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur. Eine hohe Anlagenintensität entspricht aufgrund der Kapitalbindung einem höheren Risiko. Bei einem Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) ist eine eher niedrige Quote charakteristisch.

$$\text{Anlagenintensität} = \text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zum Gesamtkapital (Bilanzsumme). Sie ist ein wichtiges Kriterium für die Kreditwürdigkeit bzw. Bonität eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher kann die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern bewertet werden. 30 % könnten als Richtwert dienen, wobei bei Wachstumsunternehmen auch Abschläge hingenommen werden müssen. Darüber hinaus kann der Eigenkapitalquote eine erweiterte Aussagekraft zukommen, indem zum bilanziellen Eigenkapital der anteilige Ausweis der Sonderposten, der grundsätzlich Eigenkapitalcharakter aufweist, zugerechnet wird. Dies wurde in Form einer weiteren Kennzahl ergänzend angegeben. Die Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 50 % bzw. 100 % erfolgte im Einklang mit der Berechnung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers und richtete sich nach dem Erfüllungsstand der mit den Investitionszuschüssen verknüpften Bedingungen.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Gesamtkapital} \times 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Investitionszuschüsse}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

Ein Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ergibt sich, wenn ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz vorliegt. Gemäß § 268 Abs. 3 HGB erfolgt der Ausweis des Fehlbetrages als letzte Position auf der Aktivseite. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).

Kennzahlen zur Finanzierung und Liquidität:

Mit der Anlagendeckung II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt auf, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig (durch Eigenkapital, langfristiges Fremdkapital sowie Sonderposten) finanziert wird. Ein Deckungsgrad von 90 % bedeutet beispielsweise, dass lediglich 90 % des Anlagevermögens langfristig und die restlichen 10 % kurzfristig finanziert werden. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Gemäß der goldenen Bilanzregel sollte die Kennzahl im Optimalfall über 100 % liegen. Je weiter der Deckungsgrad II über 100 % liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit eine höhere finanzielle Stabilität des Unternehmens gegeben. Von einer hohen Anlagenintensität und Anlagendeckung kann bei Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) nicht ausgegangen werden.

$$\text{Anlagendeckung II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital} + \text{SoPo}) / \text{Anlagevermögen} \times 100$$

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierung bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist. Typische Richtwerte dieser Kennzahl existieren nicht.

$$\text{Zinsaufwandsquote} = \text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} / \text{Umsatzerlöse} \times 100$$

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und des kurzfristigen Fremdkapitals. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition. Es ist eine Liquidität über 100 % anzustreben. Ein hoher Liquiditätsstand erklärt sich auch dadurch, dass zum Jahresende zum Beispiel noch hohe Zahlungseingänge zu verzeichnen waren, deren Verwendung jedoch erst im Folgejahr erfolgt. Verstärkt wird der Effekt dadurch, wenn zusätzlich geringe kurzfristige Verbindlichkeiten und hohe kurzfristige Forderungen bestehen.

$$\text{Liquidität 3. Grades} = \text{Umlaufvermögen} / \text{kurzfristiges Fremdkapital} \times 100$$

Der Cashflow zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in der zu betrachtenden Periode an. Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Innenfinanzierungskraft und zeigt den umsatzbedingten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss an. Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll die vereinfachte Form des Cashflows genügen; abweichende Angaben zum Ausweis im Jahresabschlussbericht der Beteiligungen sind daher möglich.

$$\text{Cashflow} = \text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} \pm \text{Veränderung der langfristigen Rückstellungen}$$

Kennzahlen zur Rentabilität und Geschäftserfolg:

Die Eigenkapitalrentabilität kann als Ausdruck für die Leistungsfähigkeit des im Unternehmen arbeitenden Kapitals interpretiert werden. Die Zinszahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Gemäß § 92 Abs. 4 BgKVerf soll eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden, soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird. Als Richtwert kann eine marktübliche Eigenkapitalverzinsung zugrunde gelegt werden. Die jeweilige Branchenspezifika ist jedoch zu beachten. Zuschussunternehmen sind ebenfalls differenzierter zu sehen, bei ihnen steht ein Kostendeckungspotenzial im Vordergrund. Wird eine höhere Eigenkapitalrendite durch Substitution von Eigen- in Fremdkapital erzielt, steigt die finanzielle Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresüberschuss (Gewinn)} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Die Gesamtkapitalrentabilität eines Unternehmens gibt an, wie viel Prozent des Gewinns auf das eingesetzte Gesamtkapital entfällt. Sie errechnet sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, dividiert durch das Gesamtvermögen. Die Gesamtkapitalrentabilität ist ein Maß dafür, wie effektiv das Unternehmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet hat. Im Bereich kommunaler Unternehmen mit Ausrichtung am Gemeinwohl ist eine angemessene positive Gesamtkapitalrentabilität anzustreben. Der Wert der Gesamtkapitalrentabilität sollte über 0 % liegen. Generell gilt: Je höher, desto besser.

$$\text{Gesamtkapitalrentabilität} = (\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Aufwandsseitig interessiert insbesondere die Bedeutung des Personalaufwandes für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote bildet das Verhältnis von Personalaufwendungen und der Gesamtleistung ab. Erwünscht ist eine möglichst niedrige Quote, da eine hohe Personalaufwandsquote einen hohen Fixkostenanteil bedeutet.

$$\text{Personalaufwandsquote} = \text{Personalaufwand} / \text{Gesamtleistung} \times 100$$

Als Gesamtleistung bezeichnet man die Summe der ersten 3 Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB). Die Kennzahl gibt an, was das Unternehmen insgesamt im operativen Geschäft an Leistungen erbracht hat. Zu den Umsatzerlösen werden die Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Bestandsveränderung) sowie andere aktivierte Eigenleistungen (z.B. eine selbsterstellte Produktionsmaschine) addiert. Zuschüsse Dritter werden demnach nicht berücksichtigt.

$$\text{Gesamtleistung} = \text{Umsatzerlöse} + \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen}$$

Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich

Kennzahl in 2023	Beteiligungsquote über 50 %				Beteiligungsquote unter 50 %					
	WFG	RVS	TGZ	KDS	TKW	Naturwelt	WRL	BADC	VBB	PD
	100%	100%	100%	51%	40,7%	30,00%	9,09%	10%	1,85%	0,15%
Anlagenintensität	81%	78%	51%	22%	12%	18%	4%	3%	5%	5%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	27%	41%	57%	64%	97%	30%	61%	7%	5%	62%
Eigenkapitalquote (mit SoPo)	38%	71%	57%	81%	97%	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	9%	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Anlagendeckung II	112%	104%	112%	364%	822%	170%	1701%	212%	203%	1147%
Zinsaufwandsquote	10%	0%	1%	0%	0%	0%	-	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	219%	108%	174%	272%	3295%	156%	243%	104%	103%	253%
Cashflow	2,2 Mio Euro	3,8 Mio. Euro	50 Tsd. Euro	9,0 Mio Euro	36 Tsd. Euro	46 Tsd. Euro	6 Tsd. Euro	27 Tsd. Euro	757 Tsd. Euro	14,0 Mio. Euro
Eigenkapitalrentabilität (ohne SoPo)	2%	1%	5%	3%	3%	NW weist keinen Gewinn aus	0%	6%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	24%
Gesamtkapitalrentabilität	1%	0%	3%	2%	3%	NW weist keinen Gewinn aus	0%	0%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	14%
Umsatz	4,2 Mio. Euro	7,8 Mio. Euro	485 Tsd. Euro	109,2 Mio.Euro	185 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro	787 Tsd. Euro	825 Tsd. Euro	137,1 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss) *	5,3 Mio. Euro	9,2 Mio.Euro	520 Tsd. Euro	109,3 Mio Euro	185 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro	1,6 Mio. Euro	1,3 Mio. Euro	139,2 Mio. Euro
Personalaufwandsquote	22%	133%	0%	62%	26%	-	-	12%	44%	59%
Anzahl der Mitarbeiter (ohne Fremdfinanzierung)	14	257	0	852	1	2	17	3	110	970
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	251 Tsd. Euro	83 Tsd. Euro	23 Tsd. Euro	4,0 Mio. Euro	36 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro	25 Tsd. Euro	0 Euro	10,7 Mio. Euro
Bilanzsumme	48,1 Mio. Euro	24,2 Mio. Euro	838 Tsd. Euro	192,0 Mio. Euro	1,5 Mio.Euro	313 Tsd. Euro	437 Tsd. Euro	5,6 Mio. Euro	6,7 Mio. Euro	74,0 Mio. Euro

*EK mit SoPo: WFG mbH, TGZ Wildau GmbH mit Anrechnung 50 % SoPo, KDS GmbH, VBB GmbH mit Anrechnung 100 % SoPo

Die Gesamtbetrachtung des Beteiligungsengagements des Landkreises Dahme-Spreewald zeigt, dass die wirtschaftliche Betätigung auch im Haushaltsjahr 2023 als positiv gewertet werden kann. So kann der künftige Fortbestand jedes einzelnen Unternehmens als nicht gefährdet eingeschätzt werden.

Die Auswertung der Kennzahlenanalyse (S. 8) ergibt, dass mit Ausnahme der BADC und VBB alle Beteiligungsunternehmen den Zielwert einer Eigenkapitalquote (teilweise unter Anrechnung des Sonderpostens) von ca. 30 % erreicht bzw. überschritten haben und somit über eine solide Eigenkapitaldecke, gemessen am Verhältnis zur Bilanzsumme, verfügen. Mit 97 % wurde bei der TKW GmbH eine überdurchschnittliche Eigenkapitalquote ausgewiesen. Durch die Erzielung von jährlichen Jahresüberschüssen erhöhte sich sukzessive das Eigenkapital.

Bei den Beteiligungen (BADC, VBB) konnte die Zielquote per Definition nicht erreicht werden. Die BADC und die VBB erfüllten die Zielquote strukturell bedingt nicht, sind aber ebenfalls nicht als bestandsgefährdet zu bewerten.

Die Regelung des § 92 Abs. 4 BbgKVerf fordert, soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, dass die kommunalen Unternehmen einen Jahresüberschuss erwirtschaften, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht, um so den Haushalt der Gemeinde bzw. des Landkreises nicht zusätzlich zu belasten.

Mit Verweis auf die Tabelle auf Seite 8 wurden im Geschäftsjahr 2023 Jahresüberschüsse erzielt. Angesichts der weiterhin instabilen Entwicklung der Kapitalmärkte und der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen angesichts der Auswirkungen des Ukrainekrieges umfasste die Spanne der erzielten Eigenkapitalrentabilitätsquoten von Negativquoten über eine moderate Verzinsung von 1 % bis hin zu 24 %. Letzteres betrifft die PD, an welcher der Landkreis 0,15 % der gesamten Geschäftsanteile hält.

Bei der Ermittlung dieser Kennzahl werden Jahresüberschuss und Eigenkapital ins Verhältnis zueinander gesetzt und somit die Verzinsung des eingesetzten Kapitals zum Ausdruck gebracht.

Alle Unternehmen erreichten die für die Kennzahl Anlagendeckung II angestrebte Quote von mindestens 100 %.

Zusammenfassend war festzustellen, dass das langfristige Anlagevermögen der Beteiligungen weitestgehend durch langfristiges Kapital gesichert war. Den mit Abstand größten Wert mit 1.701 % wies die WRL aus, da dem geringen Anlagevermögen ein vergleichsweise hohes Eigenkapital gegenüberstand.

Die Liquidität 3. Grades sollte nach Möglichkeit einen Wert von über 100 überschreiten. Dies wurde von allen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Dahme-Spreewald erreicht. Die Liquidität aller Gesellschaften war im Berichtsjahr als gesichert zu beurteilen. Bei der TKW bestand erneut eine überdurchschnittlich hohe Liquidität 3. Grades aufgrund des sehr hohen Kassenbestandes in Relation zu den niedrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Berechnung der Personalaufwandsquote erfolgte analog der Vorjahre unter Beachtung des erweiterten Umsatzbegriffes nach § 275 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB (Gesamtleistung). Gesellschafterzuschüsse oder anderweitige öffentliche Einnahmen waren demnach nicht zu berücksichtigen, jedoch alle Leistungen, die mit dem operativen Geschäft erzielt wurden. Bei der Berechnung der Personalaufwandsquote fanden Fremdfinanzierungen (Arbeitnehmerförderung) sowie Zuschüsse der öffentlichen Hand keine Berücksichtigung. Vor diesem Hintergrund und der personalintensiven Branchen Medizin und Nahverkehr erklären sich die relativ hohen Personalaufwandsquoten der RVS (133 %) und der KDS (62 %). Die WRL und auch die Naturwelt erzielten im Berichtsjahr keine Umsatzerlöse, so dass eine Personalaufwandsquote rein rechnerisch nicht ermittelbar war. Die Quote aller anderen Gesellschaften kann als angemessen bewertet werden.

Insgesamt zeigte sich, dass bei allen Gesellschaften die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Tätigkeit der Gesellschaften entsprechend, geordnet und stabil waren.

Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2023

Im Jahr 2023 ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Minderausgaben in Höhe von ca. 805 Tsd. Euro. Insbesondere ist dies auf verminderte Betriebskosten- und Investitionszuschüsse für die RVS in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vj. 8,9 Mio. Euro) zurückzuführen.

Ein Großteil der Beteiligungen wurde zur Erfüllung ihrer übertragenen Aufgaben auch im Jahr 2023 finanziell durch den Landkreis Dahme-Spreewald unterstützt. Ausnahmen bildeten die Gesellschaften: TGZ Wildau GmbH, TKW GmbH, BADC GmbH, KDS GmbH und die PD GmbH.

Insgesamt unterstützte der Landkreis im Jahr 2023 seine Beteiligungen finanziell mit 9,8 Mio. Euro (Vj. 13,0 Mio. Euro). Der höchste Betriebskostenzuschuss wurde an die RVS gezahlt. Insgesamt wurde die RVS vom Land Brandenburg und vom Landkreis Dahme-Spreewald mit insgesamt 16,1 Mio. Euro (Vj. 13,0 Mio. Euro) bezuschusst.

Das Halten von Geschäftsanteilen an der TKW GmbH stellt keine klassische Beteiligung im Sinne des § 92 BbgKVerf dar. Das Beteiligungsverhältnis entspricht vielmehr einer Vermögensverwaltung nach § 91 Abs. 7 BbgKVerf, da jährliche Ausschüttungen aus der Geschäftsbesorgung, der durch die TKW GmbH verwalteten Objekte generiert werden. Bei der Auszahlung handelt es sich um die erwirtschafteten Überschüsse der getrennt von der GmbH verwalteten Objekte der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark. Die Gewinnausschüttung aus Vermietung und Verpachtung belief sich in 2023 auf 387 Tsd. Euro (Vj. 387 Tsd. Euro).

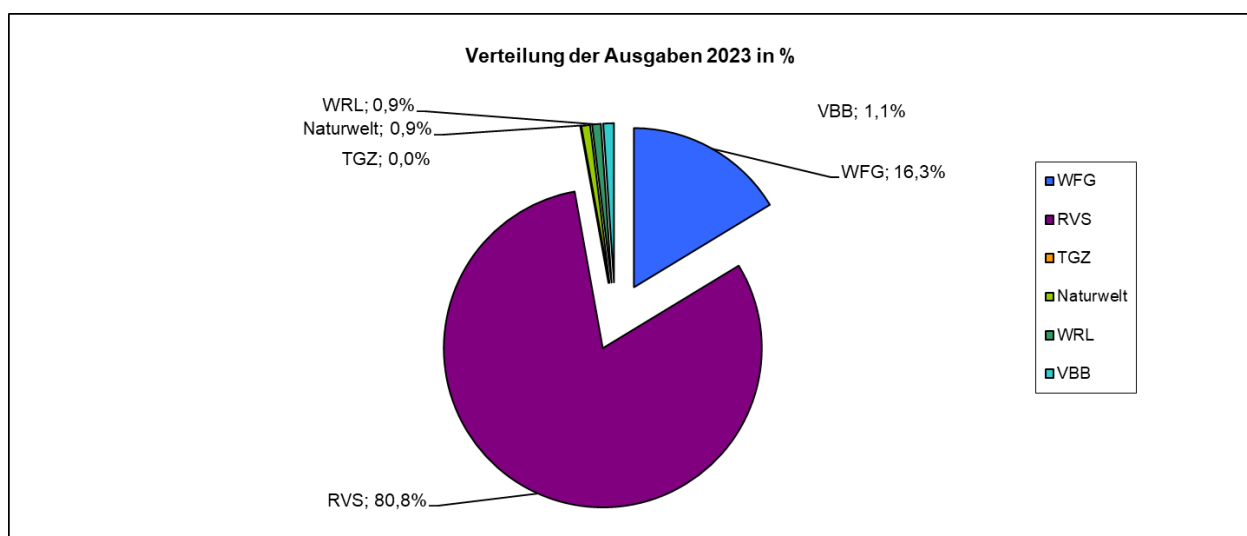
Von einer finanziellen Unterstützung des Landkreises an seine Beteiligungen ist gemäß den beschlossenen Wirtschaftsplänen weiterhin auszugehen. Mittelbedarfe fanden im Nachtragshaushalt 2024 sowie in der Haushaltsplanung 2025/2026 des Landkreises Berücksichtigung.

Die Gründe für die finanzielle Unterstützung sind vielfältig und liegen oftmals im kommunalen Gesellschaftszweck selbst. Auch wenn für öffentliche Güter eine hohe Nachfrage und eine Verpflichtung seitens der Kommunen auf dessen Erfüllung besteht, bedürfen diese oftmals mangels Profitabilität finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand, zumal eine Privatisierung die Einflussnahme auf die sozialen Rahmenbedingungen über die Erfüllung der originären öffentlichen Aufgabe erheblich einschränkt. Unabhängig davon sind die kommunalen Unternehmen gemäß § 92 Abs. 4 BbgKVerf zum profitablen Wirtschaften angehalten.

Ein weiterer Grund für den eingeschränkten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sind die hohen Kreditbelastungen aufgrund getätigter Investitionen in geschaffene Infrastruktur und den damit verbundenen Abschreibungsaufwendungen (WFG mbH). Auch Risiken aus der Generierung von Fördermitteln zur Finanzierung von Projekten und damit verbundene Chancen (WRL GmbH, Naturwelt Lieberoser Heide GmbH) beeinflussen den Erfolg der kommunalen Unternehmen.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Haushaltsbe- und –entlastungen der wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises in 2023.

Beteiligungen	Leistungs- und Finanzbeziehung	Einnahmen in Tsd. Euro	Ausgaben in Tsd. Euro
WFG	Betriebskostenzuschuss	0,0	1.234,7
	Projektmittel KKP	0,0	1,6
	Projektmittel PTU	0,0	81,9
	Kapitalzuführung	0,0	0,0
	Dienstleistungsvertrag Breitband	0,0	59,5
	Projektmanagement dahme_innovation	0,0	179,9
	Projektmanagement foodChain	0,0	2,2
	Projektmanagement SmarteLandregion	0,0	35,6
RVS	Betriebskosten- und Investitionszuschüsse	0,0	7.900,0
	Verlustrückgleich	0,0	0,0
KDS	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
TGZ	Übernahme Darlehen (Begleichung Kapitaldienst)	0,0	0,0
TKW	Gewinnausschüttungen aus Vermietung und Verpachtung	387,0	0,0
	Veräußerung aus dem Teltowvermögen		0,0
Naturwelt	Betriebskostenzuschuss	0,0	85,0
WRL	Betriebskostenzuschuss	0,0	87,0
	Projektmittel (STARK Eigenanteil)	0,0	0,0
BADC	Betriebskostenzuschuss	0,0	0,0
VBB	Betriebskostenzuschuss	0,0	105,0
PD	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
Einnahmen/Ausgaben insgesamt	liquide Haushaltsauswirkung für den LDS im Jahr 2023	387,0	9.772,4



Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Geschäftsleitung / Niederlassung Luckau

Nissanstraße 7

15926 Luckau

Tel.: +49 (0) 3544 / 5001-0

Fax: +49 (0) 3544 / 5001-15

E-Mail: info@rvs-lds.de

Niederlassung Mittenwalde

Gewerbestraße 1

15749 Mittenwalde

+49 (0) 33764 / 873-0

+49 (0) 33764 / 873-15

www.rvs-lds.de



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in Euro	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Datum der Gründung	01.07.1991		
aktueller Gesellschaftsvertrag	10.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	Organisation und Durchführung des Linienverkehrs nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz). Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Gesellschafter als Aufgabenträger. Grundlage ist der Nahverkehrsplan des Gesellschafters in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist Inhaber der Liniengenehmigungen. Durchführung von Leistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (§§ 42 – 44 PBefG)		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Siegfried Richter <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS Herr Stephan Loge bis 29.02.2024 (Landrat) Herr Sven Herzberger vom 01.03.- 16.10.2024 (Landrat) Frau Heike Zettwitz ab 17.10.2024 (Beigeordnete und Dezernentin) Stellvertreter LDS Herr Sven Herzberger ab 17.10.2024 (Landrat) Die durch den Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald am 16.10.2024 bestellten Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen sind in der Anlage 1 separat dargestellt.		
Beschäftigte	258		

Bilanz der RVS

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A. Anlagevermögen		18.840.344	16.549.550	17.322.241
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		57.518	34.045	63.623
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten		57.518	34.045	63.623
II. Sachanlagen		18.782.826	16.515.505	17.258.618
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken		964.831	1.011.651	1.090.586
2. Fahrzeuge für Personenverkehr		15.878.685	13.319.729	14.025.563
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.939.310	2.133.504	361.695
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0	50.621	1.780.774
III. Finanzanlagen		0	0	0
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0	0	0
B. Umlaufvermögen		5.287.741	3.450.666	3.758.277
I. Vorräte		327.566	345.292	275.737
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		327.566	345.292	275.737
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1.386.627	1.803.712	2.259.683
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		502.959	743.730	665.123
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		0	0	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände		883.668	1.059.982	1.594.560
III. Kassenbestand, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks		3.573.549	1.301.661	1.222.857
C. Rechnungsabgrenzungsposten		91.140	86.337	75.486
Bilanzsumme		24.219.225	20.086.552	21.156.004
Passiva				
A. Eigenkapital		9.968.211	9.885.078	10.224.601
I. Gezeichnetes Kapital		1.035.366	1.035.366	1.035.366
II. Kapitalrücklage		4.661.163	4.661.163	4.661.163
III. Gewinnrücklagen		4.188.548	4.528.072	4.720.816
1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBILG		2.053.905	2.393.428	2.586.173
2. Sonderverlustrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBILG		2.030.264	2.030.264	2.030.264
3. Andere Gewinnrücklagen		104.379	104.379	104.379
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		83.134	-339.523	-192.745
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		7.170.143	6.075.724	6.333.301
C. Rückstellungen		2.487.826	1.360.217	1.505.599
1. Steuerrückstellungen		15.329	77.624	184.000
2. Sonstige Rückstellungen		2.472.497	1.282.593	1.321.599
D. Verbindlichkeiten		4.443.354	2.591.916	2.947.976
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.475.075	1.606.165	1.583.757
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		0	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.501.130	918.197	906.683
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen		0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten		467.149	67.554	457.535
E. Rechnungsabgrenzungsposten		149.691	173.618	144.527
Bilanzsumme		24.219.225	20.086.552	21.156.004

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen - hier hauptsächlich das Sachanlagevermögen mit 18,7 Mio. Euro, Vj. 16,5 Mio. Euro - hat sich im Berichtsjahr um 2,3 Mio. Euro auf 18,8 Mio. Euro erhöht. Dies resultierte aus den Zugängen von 4,4 Mio. Euro, welche die planmäßigen Abschreibungen von 2,1 Mio. Euro um 2,3 Mio. Euro überstiegen. Die Anschaffungen betreffen im Geschäftsjahr vor allem 18 neue Kraftomnibusse für den Personenverkehr mit 4,1 Mio. Euro, welche vom Landkreis Dahme-Spreewald mit 1,8 Mio. Euro bezuschusst wurden.

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau (0 Euro, Vj. 51 Tsd. Euro) betrafen im Vorjahr ausschließlich die Ingenieurarbeiten an den Heizungsanlagen Luckau und Lübben. Im Berichtsjahr erfolgte die Fertigstellung der Heizungsanlage. Die Anschaffungskosten wurden in voller Höhe umgebucht.

Die Reduzierung des Vorratsbestandes um 18 Tsd. Euro auf 328 Tsd. Euro resultierte vor allem aus den Preiserückgängen für Dieselmotorkraftstoff. Die Änderungen waren stichtagsbedingt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich im Saldo stichtagsbedingt um 417 Tsd. Euro auf 1,4 Mio. Euro. Der Rückgang resultierte mit -225 Tsd. Euro aus den sonstigen Vermögensgegenständen und mit -191 Tsd. Euro aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Der Rückgang bei den sonstigen Vermögensgegenständen resultierte hauptsächlich aus niedrigeren Forderungen gegenüber dem Finanzamt (-152 Tsd. Euro) und gegenüber dem Autoschadenausgleich Deutscher Gemeinden und Gemeindeverbände (-145 Tsd. Euro). Weiterhin werden keine Forderungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm ausgewiesen (-117 Tsd. Euro). Gegenläufig wurden höhere debitorische Kreditoren ausgewiesen (+227 Tsd. Euro). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich stichtagsbedingt um 79 Tsd. Euro erhöht.

Die liquiden Mittel erhöhten sich im Berichtsjahr um 2,3 Mio. Euro auf 3,6 Mio. Euro. Dies resultierte aus dem positiven Cash Flow aus der Geschäftstätigkeit (+3,8 Mio. Euro) und der Finanzierungstätigkeit (+847 Tsd. Euro), womit die Nettoinvestitionen (-2,4 Mio. Euro) finanziert werden konnten.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (+4,8 Tsd. Euro auf 91 Tsd. Euro) betraf im Jahr 2023 gezahlte Inventar-, Elektro- und Gebäudeversicherungen (54 Tsd. Euro), Kosten für die Nutzung von Microsoft (11 Tsd. Euro) sowie Wartungs-, Lizenz- und Rundfunkgebühren über den Stichtag hinaus.

Das Eigenkapital erhöhte sich auf 9,97 Mio. Euro. Begründet wurde dies durch den Jahresüberschuss in Höhe von 83 Tsd. Euro, der im Berichtsjahr dem Eigenkapital/Gewinnrücklage zugeführt wurde.

In der Position Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sind die Zuschüsse des Gesellschafters für Investitionen abgebildet worden. Im Berichtsjahr betrug er 7,2 Mio. Euro (Vj. 6,1 Mio. Euro) und wurde für die Anschaffung von 18 Bussen (1,8 Mio. Euro) gebildet. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt über die Nutzungsdauer der geförderten Gegenstände.

Die Bilanzposition Rückstellungen hat sich um 1,1 Mio. Euro auf 2,5 Mio. Euro erhöht. Darin enthalten waren Steuerrückstellungen (-62 Tsd. Euro auf 15 Tsd. Euro). Die Minderung der Steuerrückstellung resultierte aus dem Eingang der Steuerbescheide für die Jahre 2018 bis 2021 (63 Tsd. Euro). Für die Ertragssteuerlast im Geschäftsjahr wurde die Rückstellung um 1 Tsd. Euro erhöht.

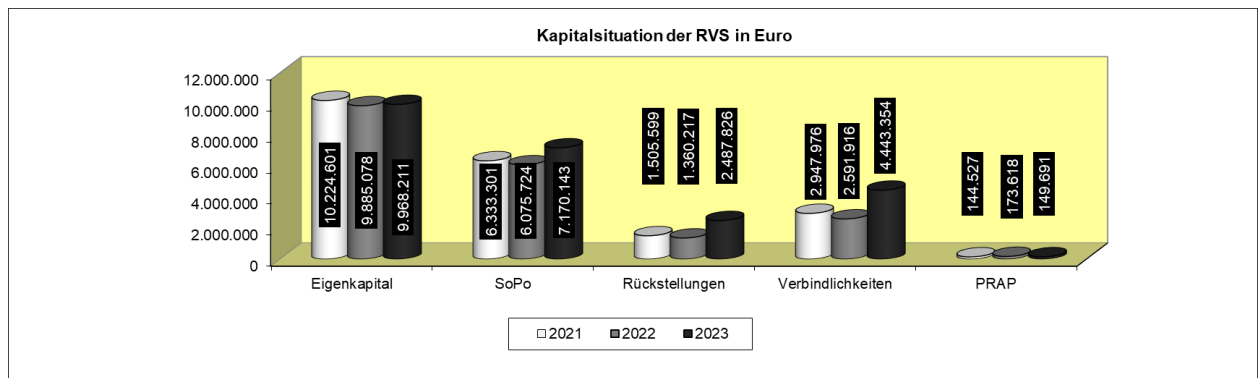
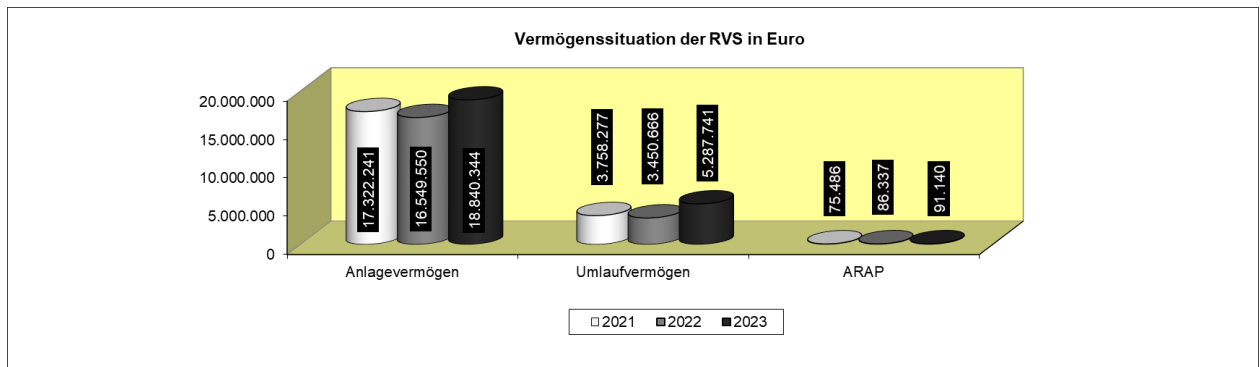
Die sonstigen Rückstellungen stiegen um 1,2 Mio. Euro auf 2,5 Mio. Euro. Die Position beinhaltete u.a. die Rückstellungen für notwendige Instandhaltungsmaßnahmen (+506 Tsd. Euro) und die auszugleichende Überkompensation von Zuschüssen des Landkreises Dahme-Spreewald (+322 Tsd. Euro). Weiterhin fielen Rückstellungen für Personalkosten (+81 Tsd. Euro) und für etwaige Haftpflichtschäden (+84 Tsd. Euro) höher aus.

Die Kreditverbindlichkeiten betrugen zum 31.12.2023 2,5 Mio. Euro (Vj. 1,6 Mio. Euro). Es betrifft zwei Darlehen, die in den Jahren 2021 und 2022 für die Finanzierung der Busse aufgenommen wurden.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+584 Tsd. Euro auf 1,5 Mio. Euro) waren stichtagsbedingt und betrafen im Jahr 2023 überwiegend Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit dem bilateralen Schülerverkehr für das Berichtsjahr (122 Tsd. Euro) sowie zurückzuzahlende Fördermittel aus dem ÖPNV-Rettungsschirm 2022 (231 Tsd. Euro).

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (+399 Tsd. Euro; 467 Tsd. Euro) wurden vor allem noch weiterzuleitende Gelder aus der Abrechnung des Semestertickets der Hochschule Wildau ausgewiesen. Die enorme Erhöhung resultierte daraus, dass im Vorjahr die ausstehende Zahlung an die anderen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Abwicklung des Semestertickets für die TH Wildau nicht ausgewiesen war. Im Vorjahr waren noch keine weiterzuleitenden Gelder geflossen. Weiterhin enthielt die Position die noch offene Lohn- und Kirchensteuerzahlung für den Monat Dezember 2023 (80 Tsd. Euro).

In der Position passive Rechnungsabgrenzungsposten (-24 Tsd. Euro, 150 Tsd. Euro) wurden vor allem Zahlungen für das Azubi-Ticket (145 Tsd. Euro) ausgewiesen.



Gewinn- und Verlustrechnung der RVS

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	7.819.161	6.359.761	6.944.177
2.	Sonstige betriebliche Erträge	17.224.387	16.585.473	12.745.748
3.	Materialaufwand	-8.035.846	-8.218.794	-6.522.592
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-4.659.085	-5.023.513	-3.545.469
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.376.761	-3.195.281	-2.977.124
	Rohergebnis	17.007.702	14.726.440	13.167.333
4.	Personalaufwand	-12.326.053	-11.617.589	-10.438.224
	a) Löhne und Gehälter	-10.001.755	-9.359.037	-8.401.054
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.324.297	-2.258.551	-2.037.170
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.136.769	-1.774.438	-1.580.793
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.433.808	-1.634.807	-1.391.040
	Betriebsergebnis	111.072	-300.393	-242.725
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.843	72	77
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-22.191	-10.408	-3.284
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
	Finanzergebnis	-15.348	-10.335	-3.207
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	95.724	-310.729	-245.932
11.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
12.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
13.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-657	-16.982	65.000
15.	Ergebnis nach Steuern	95.066	-327.710	-180.932
16.	Sonstige Steuern	-11.933	-11.813	-11.813
17.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	83.134	-339.523	-192.745

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr um 1,5 Mio. Euro auf 7,8 Mio. Euro erhöht. Dieser starke Anstieg resultierte hauptsächlich aus der Erhöhung der Erlöse aus dem Linienverkehr (+1,4 Mio. Euro). Der Anstieg betraf mit 913 Tsd. Euro dabei überwiegend die Schülerabonnements. Der Anstieg resultierte daraus, dass die Vorjahreswerte auf Grund des 9-Euro-Tickets in den Monaten Juni – August 2022 einmalig niedriger ausfielen. Weiterhin stieg die Zahl der Abonnements von Schülerkarten auf Grund steigender Schülerzahlen. Im Berichtsjahr wurden außerdem die Tarife für alle Fahrkarten im VBB zum 01.04.2023 erhöht. Der Wegfall aller Beschränkungen auf Grund der Covid-19 Pandemie wirkte sich ebenfalls positiv aus. Durch Verkäufe des Deutschland-Tickets konnten Erträge in Höhe von 492 Tsd. Euro generiert werden. Diese führten trotzdem nicht zu einem Rückgang beim Verkauf von bestehenden Zeitkarten und Einzelfahrscheinen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Berichtsjahr um 639 Tsd. Euro auf 17,2 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung resultierte hauptsächlich aus der erhöhten Ausgleichsleistung des Gesellschafters (15,8 Mio. Euro, Vj. 14,0 Mio. Euro). Weiterhin wurden höhere Erträge aus Fahrzeugverkäufen erzielt (+177 Tsd. Euro). Die Auflösung der Sonderposten fiel auf Grund der getätigten Investitionen ebenfalls höher aus (246 Tsd. Euro). Gegenläufig werden um 1,6 Mio. Euro niedrigere Erträge aus dem ÖPNV-Rettungsschirm ausgewiesen.

Die Reduzierung des Materialaufwands um 183 Tsd. Euro auf 8,0 Mio. Euro erfolgte insbesondere durch die geringeren Dieselmotorkraftstoffkosten (-542 Tsd. Euro) auf Grund der positiven Preisentwicklung im Berichtsjahr. Gegenläufig stiegen die Aufwendungen für Fremtransportkosten der Nachauftragnehmer um 216 Tsd. Euro. Dies war auf die Erhöhung der Löhne und die Einführung des Rufbusses R466, der im Berichtsjahr erstmalig ganzjährig eingesetzt wurde, zurückzuführen. Des Weiteren stiegen die Kosten für Verbrauchsmaterial (+109 Tsd. Euro).

Die gestiegenen Personalkosten (+708 Tsd. Euro; 12,3 Mio. Euro) resultierten vor allem aus gezahlten Inflationsprämien (429 Tsd. Euro) und den Tarifsteigerungen im März und September 2023. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter blieb im Geschäftsjahr konstant.

Im Berichtsjahr wurden planmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 2,1 Mio. Euro vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Berichtsjahr um 799 Tsd. Euro auf 2,4 Mio. Euro erhöht. Die Erhöhung resultierte hauptsächlich aus den gebildeten Instandhaltungsrückstellungen (506 Tsd. Euro). Weiterhin erhöhten sich die Werbekosten (+70 Tsd. Euro) auf Grund von erhöhten Marketingaktivitäten mittels Sponsorings und Radiowerbung sowie die Rechts- und Beratungskosten auf Grund der Kosten der Verkehrserhebung.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 11,8 Tsd. Euro auf 22,2 Tsd. Euro. Sie betrafen hauptsächlich die Kreditzinsen (22,2 Tsd. Euro, Vj. 10,0 Tsd. Euro).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betrugen 0,7 Tsd. Euro. Ausgewiesen wurde der vorläufig für das Berichtsjahr ermittelte Aufwand aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Die Position sonstige Steuern (12 Tsd. Euro) betraf im Berichtsjahr die Grundsteuer (9 Tsd. Euro) und die Kfz-Steuer (3 Tsd. Euro).

Analysedaten

Die Anlagenintensität verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozentpunkte und betrug im Berichtsjahr 78 %. Begründet war dies durch die Erhöhung des Anlagevermögens – hier hauptsächlich die Bilanzposition Fahrzeuge für den Personenverkehr – (+2,6 Mio. Euro auf 15,9 Mio. Euro) und des Gesamtvermögens der Gesellschaft (+4,1 Mio. Euro auf 24,2 Mio. Euro). Danach sind 78 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich um acht Prozentpunkte auf 41 %. Ursächlich hierbei war die geringe Erhöhung des Eigenkapitals um 83,1 Tsd. Euro auf 10,0 Mio. Euro und die starke Erhöhung des Gesamtvermögens der Gesellschaft (+4,1 Mio. Euro auf 24,2 Mio. Euro).

Berücksichtigt man die Bilanzposition Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (7,2 Mio. Euro, Vj. 6,1 Mio. Euro), so war ebenfalls eine Reduzierung der Eigenkapitalquote mit Sonderposten um acht Prozentpunkte von 79 % auf 71 % im Berichtsjahr zu verzeichnen. Die hohe Eigenkapitalquote lässt die Unabhängigkeit und die finanzielle Sicherheit des Unternehmens erkennen.

Bedingt durch die Anschaffung von 18 neuen Kraftomnibussen (Zugänge 4,1 Mio. Euro) und die hohen Abschreibungen (Fahrzeuge im Personenverkehr 1,6 Mio. Euro) im Berichtsjahr erhöhte sich die Bilanzposition Fahrzeuge für den Personenverkehr im Ergebnis um 2,6 Mio. Euro auf 15,9 Mio. Euro. Das Eigenkapital plus der Sonderposten für Zuschüsse erhöhte sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. Euro auf 17,1 Mio. Euro. Da die Busbeschaffung seit dem Berichtsjahr 2021 anteilig durch ein Darlehen finanziert wurde, werden im Jahresabschluss Kreditverbindlichkeiten (2,5 Mio. Euro, Vj. 1,6 Mio. Euro) ausgewiesen. Folglich reduzierte sich die Anlagendeckung II leicht um zwei Prozentpunkte auf 104 %. Mit der Kennzahl wird deutlich, dass das gesamte Anlagevermögen durch das langfristig vorhandene Kapital gedeckt ist.

Die Zinsaufwandsquote betrug unverändert 0 %. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen wurden hauptsächlich die Kreditzinsen (22,2 Tsd. Euro) abgebildet. In den letzten sechs Berichtsjahren war diese sehr gering im Verhältnis zu den Umsatzerlösen (7,8 Mio. Euro), daher betrug die Kennzahl 0 %.

Auf Grund des im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Kassenbestandes (+2,3 Mio. Euro auf 3,6 Mio. Euro) und der im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gestiegenen kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen von insgesamt 4,4 Mio. Euro (Vj. 2,3 Mio. Euro) war die Liquidität 3. Grades von 123 % auf 108 % gesunken. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war im Berichtsjahr und ist auch zukünftig gegeben.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug zum Stichtag 3,8 Mio. Euro (Vj. 815 Tsd. Euro). Der Zahlungsmittelbestand hat sich am Ende der Periode um 2,3 Mio. Euro auf 3,6 Mio. Euro (Vj. 1,3 Mio. Euro) erhöht.

Die Eigenkapitalrentabilität betrug 0,83 %. Die Kennzahl bringt die Verzinsung des eingesetzten Kapitals durch seinen Einsatz im Unternehmen zum Ausdruck. Die Kennzahl war auf Grund des Jahresüberschusses (83,1 Tsd. Euro) und der Erhöhung des Eigenkapitals auf 9,97 Mio. Euro nach zwei Jahren wieder positiv.

Die Gesamtkapitalrentabilität betrug im Berichtsjahr 0,43 %. Dies war begründet durch den Jahresüberschuss in Höhe von 83,1 Tsd. Euro und der Erhöhung des Gesamtvermögens der Gesellschaft (4,1 Mio. Euro auf 24,2 Mio. Euro). Die Kennzahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen investierten Kapitals an.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich um drei Prozentpunkte auf 133 %. Ausschlaggebend hierfür war der Anstieg der Personalaufwendungen um 708 Tsd. Euro auf 12,3 Mio. Euro (Tarifsteigerungen) gegenüber dem Vorjahr. Im Verhältnis stieg die Gesamtleistung nicht so stark (+290 Tsd. Euro auf 9,2 Mio. Euro) wie die Personalaufwendungen. Von den Gesamterlösen werden demnach 133 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	78%	82%	82%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	41%	49%	48%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	71%	79%	78%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	104%	106%	105%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	108%	123%	116%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	3,8 Mio. Euro	815 Tsd. Euro	836 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	1%	-3,43%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	-1,64%	0%
Umsatz	7,8 Mio. Euro	6,4 Mio. Euro	6,9 Mio. Euro
Gesamtleistung	9,2 Mio. Euro	8,95 Mio. Euro	8,5 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	83 Tsd. Euro	-340 Tsd. Euro	-193 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	133%	130%	123%
Anzahl der Mitarbeiter	258	256	249

Geschäftsverlauf 2023

Der *öffentliche Dienstleistungsauftrag* (ÖDA) über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2026 wurde im Dezember 2016 auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses 2016/122 unterzeichnet. Mit dem Dienstleistungsauftrag stellt der Landkreis Dahme-Spreewald auch weiterhin eine ausreichende Verkehrsbedienung im Kreisgebiet sicher. Der ÖDA wurde in der Kreistags-sitzung am 28.09.2022 (KT Beschluss Nr. 2022/079) bis zum 31.12.2031 verlängert. Neben der Laufzeit-verlängerung um 5 Jahre wurden auch die Regelungen zu Investitionskostenzuschüssen überarbeitet. Mit Kreistagsbeschluss 2023/105 vom 27.09.2023 wurde der ÖDA ergänzt. Diesmal wurden die beihilferech-tlichen Grundlagen gemäß VO (EG) Nr. 1370/2007 für das Deutschland-Ticket geschaffen.

Die RVS erzielte in 2023 *Erlöse* (ohne Innenumsatz) in Höhe von 25,0 Mio. Euro (Vj. 22,9 Mio. Euro). Die Gesamtkosten (ohne Innenaufwand) betrugen vor Zinsen und Steuern 24,9 Mio. Euro (Vj. 23,2 Mio. Euro). Die RVS beendete das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 83.133,62 Euro. (Vj. -339.523,30 Euro). Der Kostendeckungsgrad der RVS betrug vor Zinsen und Steu-ern und ohne die Mittel zur Förderung von Verkehrsleistungen 37,1 % (Vj. 38,3 %).

Im Jahr 2016 fand eine verbundweite Verkehrserhebung statt, welche die Grundlage der VBB-Einnahmenaufteilung bildet. Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2022 wurde im Berichtsjahr abge-schlossen. Die RVS erhielt eine Erstattung von ca. 84 Tsd. Euro. Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2023 wird im Jahr 2024 abgeschlossen. Eine Rückstellung hierzu wurde nicht gebildet.

Im Rahmen der Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021 wurde der RVS mit Bescheid vom 28.10.2021 für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 eine Zuweisung in Höhe von 718 Tsd. Euro bewilligt. Der tatsächlich entstandene Schaden für den genannten Zeitraum beläuft sich auf insgesamt 836 Tsd. Euro und wurde dem Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) als Über- und Unterkompensationskontrolle am 20.03.2023 angezeigt. Das LBV hat nun mit Bescheid vom 31.05.2023 den tatsächlichen Schaden anerkannt und die Nachzahlung an die RVS in Höhe von 118 Tsd. Euro veranlasst.

Gemäß der Richtlinie Deutschland-Ticket-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2023 wurde der Antrag auf Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im Zusammenhang mit dem Deutschland-Ticket (Frist 30.09.2023) am 22.09.2023 beim zuständigen Landesamt für Bauen und Verkehr eingereicht und mit dem ergänzten öffentlichen Dienstleistungsauftrag am 28.09.2023 vervollständigt (siehe auch oben KT-Beschluss). Der für den Zeitraum 01.05.2023 bis 31.12.2023 errechnete vorläufige „Schaden“ beträgt 219.065,67 Euro. Der dazugehörige Bescheid vom Landesamt ist am 10.11.2023 eingegangen.

Der *Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg* (VBB) hatte in seiner Sitzung am 29.09.2022 die im Frühjahr 2022 avisierte Tarifmaßnahme zum 01.01.2023 verschoben. Grund war die aktuell zwischen dem Bund und den Ländern laufende Verhandlung über die Einführung eines bundesweit gültigen Nachfolgetickets zum 9-Euro-Ticket, so dass die Rahmenbedingungen für die VBB-Tarifstruktur und die damit verbundenen notwendigen Anpassungen noch nicht absehbar waren. Vor diesem Hintergrund hatte der VBB-Aufsichtsrat nun die Umsetzung der Tarifmaßnahme zum 01.04.2023 in Höhe von 5,62 % für das gesamte Verbundgebiet beschlossen.

Zum 01.05.2023 wurde bundesweit das „Deutschland-Ticket“ eingeführt. Bund und Länder hatten sich auf ein deutschlandweit gültiges Ticket für den ÖPNV mit einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement geeinigt.

Im Jahr 2020 wurde durch den Aufgabenträger die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplans für den übrigen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald 2021–2025 beauftragt. Eine umfassende Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, Städte, Gemeinden, benachbarten Aufgabenträger und des VBB erfolgte hierbei auch. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.12.2020 diesen beschlossen. Im Berichtsjahr wurden Maßnahmen umgesetzt, die im neuen Nahverkehrsplan verankert sind. Diese betrafen die folgenden Angebotsausweitungen im Netz der RVS:

1. Verlängerung des Rufbusses R466 bis zum Bahnhof Brand
2. Neustrukturierung des Stadtverkehrs Lübben
3. Schließung der Bedienlücke Linie 734
4. Verbesserung der Anschlüsse der Nachtbuslinie N36 zum RE2
5. Umbenennung von Haltestellen und Neueinführung von Linien im Norden des Landkreises
6. Anbindung Grund- und Oberschule Friedersdorf

Im Berichtsjahr zeigte sich, dass über alle Leistungsarten im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige Steigerung der Fahrplankilometer erfolgte: 8.240.891 Fahrplan-km, Vj. 8.188.716 Fahrplan-km. Die Erhöhung betrug 52.175 Fahrplan-km und dies entspricht + 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr.

Im Linienverkehr erhöhte sich die Anzahl der beförderten Personen zum Vorjahr auf 7.389.191 Personen, dies entsprach einem Zuwachs um 1,7 % bzw. um 123.809 Personen (Vj. +12,2 %, +789.257). Im Geschäftsjahr wurden auf insgesamt 53 Linien 1.032 Haltestellen bedient.

Auch in 2023 mussten weitere Leistungen an Subunternehmen vergeben werden, um alle Fahrten gewährleisten zu können. Im Berichtsjahr stiegen dadurch die Aufwendungen für fremde Beförderungskosten für Nachauftragnehmer um 119,1 Tsd. Euro (+4,1 %) auf 3,1 Mio. Euro.

Gemäß dem ÖDA darf die Vergabe an Nachauftragnehmer maximal ein Drittel der öffentlichen Verkehrsdienste betragen. In 2023 wurden 1.688 T Fahrplan-km/Nutzwagen-km durch Subunternehmer gefahren, das entsprach 20,5 % der Gesamtfahrplankilometer (Vj. 1.653 T Fahrplan km/Nutzwagen km $\pm$ 20,0 %). Im Berichtsjahr wurden 18 Busse geliefert. Die Nettoinvestitionskosten betrugen 4,1 Mio. Euro. Es wurden Fördermittel in Höhe von 1,8 Mio. Euro vom Aufgabenträger für die Businvestition zur Verfügung gestellt. Durchschnittlich waren im Berichtsjahr 145 (Vj. 145) Omnibusse im Bestand. Im Geschäftsjahr wurden 19 Busse ausgesondert.

Umstellung Busflotte auf emissionsfreie Antriebe:

Am 11.07.2022 nahm der Geschäftsführer in Berlin Förderbescheide entgegen. Hierbei handelte es sich um eine Zuwendung für die Beschaffung von bis zu 30 Bussen im Personennahverkehr mit emissionsfreien Antrieben innerhalb des 1. Förderaufrufes gemäß der Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personennahverkehr des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr. Mit der Förderung geht die RVS einen großen Schritt in Richtung Umstellung der Busflotte auf emissionsfreie Antriebe.

In Umsetzung des Beschlusses 2023/010_1 des Kreistages (Strategie zur schrittweisen Umsetzung der Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes im kommunalen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald) erfolgte eine Abänderung der bestehenden Förderbescheide sowohl für die Beschaffung von Bussen mit emissionsfreien Antrieben als auch für die notwendige Infrastruktur durch den Fördermittelgeber. Die wesentlichen Änderungen betreffen die Beschaffung von batterieelektrischen Bussen (zuvor Brennstoffzellenbusse) in der Menge von nun 16 statt 30 Fahrzeugen. Die Fristsetzung für Beschaffung konnte ebenfalls angepasst werden.

Im Ergebnis der Ausschreibung der 16 batterieelektrischen Busse erhielt die Firma BYD Company Limited am 27.10.2023 den Zuschlag. Der Auftragswert beläuft sich dabei auf insgesamt 9,3 Mio. Euro. Die Lieferung der Busse soll bis zum 15.03.2025 erfolgen. Diese Investition wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr mit 4,4 Mio. Euro gefördert.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt seit 01.01.2008 nach dem Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N–BRB). Der TV-N BRB hat bundesweit das niedrigste Einkommensniveau aller Nahverkehrstarifverträge. Nach vorangegangenen Verhandlungen einigten sich die Tarifparteien im November 2020 auf einen neuen Tarifvertrag. Im Vorjahr und im Berichtsjahr wurden folgende Tarifanpassungen umgesetzt:

- ab März 2022 um weitere 2,0 %,
- ab März 2023 weiter auf die entsprechenden Werte (100 %) der Entgeltabelle des TV-N Berlin (Stand November 2020) und ab September 2023 linear um weitere 1,5 %

Darüber hinaus wurden auch Corona-Sonderzahlungen (für alle Beschäftigten 600 Euro) und die Erhöhung des Grundurlaubs in den ersten vier Jahren von 26 auf 28 Tage beschlossen. Der achte Änderungstarifvertrag des TV-N BRB endete zum 31.12.2023.

Die RVS hatte im Berichtsjahr 258 Beschäftigte (Vj. 256). Die Personalaufwendungen beliefen sich auf insgesamt 12.326.052,62 Euro (+708.464,09 Euro; Vj. 11.617.588,53 Euro).

Kreistagsbeschlüsse:

1. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.05.2023 den Beschluss-Nr. 2023/010-1 gefasst: Strategie zur schrittweisen Umsetzung der Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes im kommunalen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald.

Der Kreistag beschloss die Öffnung der in Kapitel 5.1 Buchstabe E des ab 2021 gültigen Nahverkehrsplanes für den kommunalen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald (Vorlage 2020/119 vom 16.12.2020) verankerten strategischen Grundsatzentscheidung zu emissionsfreien Antrieben bei der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS). Neben der Brennstoffzellentechnologie auf Basis grünen Wasserstoffs ist grundsätzlich auch die Beschaffung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb möglich. Unter Würdigung der Strategie zur schrittweisen Umsetzung der Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes sind bei der Busbeschaffung für den RVS-Standort Mittenwalde batterieelektrische Antriebe zu präferieren. Der künftigen Nahverkehrsplanung (ab 2026) obliegt der Technologieentscheid für die südlichen Standorte der RVS.

2. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 27.09.2023 folgenden Beschluss gefasst; Beschluss Nr. 2023/105: Schaffung der beihilferechtlichen Grundlagen für das Deutschland-Ticket.

Durch eine Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald wurden die beihilferechtlichen Grundlagen gemäß VO (EG) Nr. 1370/2007 für das Deutschland-Ticket geschaffen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Betriebshoferweiterung Nord:

Im zweiten Halbjahr 2021 wurden erste Gespräche für eine mögliche Erweiterung des Betriebshofes Mittenwalde bzw. für einen Alternativstandort geführt. Die Erweiterung ist notwendig, da die Abstellfläche für die Busse auf dem Betriebshof in Mittenwalde bedingt durch den Ausbau des Fahrplanangebotes zu klein geworden ist und im ÖPNV emissionsfreie Antriebsarten zu berücksichtigen sind.

Bei der Standortfrage des neuen Busbetriebshofes Nord wurde im Jahr 2022 ein Grundstück im Hafen Königs Wusterhausen (Gemarkung Wildau) in die Prüfung aufgenommen. In der Gesellschafterversammlung am 15.02.2023 berichtete der Geschäftsführer der RVS über den aktuellen Sachstand zum „Betriebshofneubau Nord“. Nach dem gegenwärtigen Stand und nach intensivem Austausch wurde festgelegt, dass die Maßnahmen zur Entwicklung des Betriebshofes am Hafen Königs Wusterhausen (Gemarkung Wildau) durch den Geschäftsführer nicht fortzusetzen sind.

Der Geschäftsführer sollte die Planung zur Erweiterung des Betriebshofes in Mittenwalde wieder aufnehmen bzw. auch andere geeignete Grundstücke in der Prüfung berücksichtigen. Nach einer Variantenuntersuchung sollten die Ergebnisse der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Diese fand dann am 19.04.2023 statt. In Bezug auf die Beschlussfassung der letzten Gesellschafterversammlung am 15.02.2023 wurde durch den Geschäftsführer die Variantenuntersuchung möglicher Standorte des zukünftigen Betriebshofs Nord vorgestellt und dann in der Sitzung diskutiert. Im Ergebnis wurde die Erweiterung des bestehenden Standortes in Mittenwalde als wirtschaftlichste Lösung favorisiert. Ein entsprechender Umlaufbeschluss (RVS 2023_55) wurde auf den Weg gebracht. Im Zuge der Erweiterung Betriebshof Nord in Mittenwalde wurde der Aufstellungsbeschluss B-Plan vorbereitet und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mittenwalde hat diesen in der Sitzung am 03.06.2024 gefasst. Die zur Schaffung des Baurechts erforderliche Genehmigung zur Umwandlung von Wald in Gewerbefläche wurde vorab durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg mit Schreiben vom 06.11.2023 in Aussicht gestellt.

VBB-Tarifanpassungen:

Die nächste Erhöhung der Fahrpreise erfolgte zum 01.01.2024, dies hatte der VBB-Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28.09.2023 beschlossen. Hintergrund waren die weiterhin hohen Kosten für Kraftstoffe, Personal und Investitionen, die die Verkehrsunternehmen im VBB wirtschaftlich sehr stark unter Druck setzen. Die Erhöhung der Fahrpreise berechnet sich innerhalb des Tarifentwicklungsverfahrens auf der Grundlage des VBB-Tarifindexes. Dieser bildet die Preisentwicklung der Lebenshaltungs-, Strom- und Kraftstoffpreise der vergangenen 60 Monate ab. Auf Basis des VBB-Tarifindexes stiegen die Fahrpreise zum 01.01.2024 um durchschnittlich rund 6,7 %.

Eine weitere Erhöhung der Fahrpreise wird gegenwärtig vorbereitet und ist zum 01.01.2025 geplant.

Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N-BRB)

Nach den Warnstreiks im ÖPNV ist für den Brandenburger Nahverkehr am 04.03.2024 ein Tarifabschluss erzielt worden. Vorangegangen waren zwei Streikwellen bei den Brandenburger Nahverkehrsbetrieben. Als Ergebnis wurden die Gehälter um 13 %, mindestens jedoch um 340 Euro ab dem 01.07.2024 erhöht. Eine weitere Anhebung um zwei Prozent folgt ab dem 01.01.2025. Beschäftigte im Fahrdienst erhalten für jeden Tag im Fahr- oder Bereitschaftsdienst eine Zulage von 5 Euro. Der Zuschlag für geteilte Dienste (Fahrdienste mit langen unbezahlten Arbeitsunterbrechungen) wird von 2 Euro auf 7 Euro (einmalige Teilung) bzw. 9 Euro (mehrmalige Teilung) erhöht.

Darüber hinaus wurde in weiteren Punkten Einigkeit erzielt:

- Für Arbeitnehmer gelten Arbeitszeiten oberhalb der geplanten wöchentlichen dienstplanmäßigen Arbeitszeit als zuschlagpflichtige Überstundenarbeit. Fahrpersonale erhalten daher künftig für jede Stunde, die sie über die geplante wöchentliche Arbeitszeit (aus dem Dienstplan) mehr arbeiten, einen Überstundenzuschlag von 30 %.
- Ausweitung der Feiertagsregelung ab dem 01.01.2025: Die Beschäftigten können zwischen der Inanspruchnahme eines Ersatzfeiertages oder der Abgeltung des Feiertags durch Zahlung in Höhe von 135 % des Entgelts wählen.
- Zusätzlicher Urlaubstag als Ersatz für den 24.12. ab dem 01.01.2025
- Erhöhung der variablen Sonderzahlung um einen monatlich zu zahlendem variablem Teil von 2 Euro je Arbeitstag ab dem 01.01.2025

- langjährige Beschäftigte erhalten ab dem 01.01.2025 eine monatliche Zulage nach Betriebszugehörigkeit wie folgt: 20 Euro ab 20 Jahre, 30 Euro ab 30 Jahre und 40 Euro ab 40 Jahre

Vom Tarifkonflikt betroffen waren im Land Brandenburg 15 kommunale Verkehrsunternehmen mit insgesamt rund 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – dazu zählt u. a. auch die RVS.

Die Laufzeit des Tarifvertrag-Nahverkehr Brandenburg beträgt 18 Monate bis zum 30.06.2025.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 16,1 Mio. Euro dav. Kreismittel: 7,9 Mio. Euro
	2022	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 13,0 Mio. Euro dav. Kreismittel: 8,9 Mio. Euro
	2021	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 13,9 Mio. Euro dav. Kreismittel: 7,5 Mio. Euro

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Stralauer Platz 29

10243 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 25 41 40

Fax: +49 (0) 30 / 25 41 41 12

E-Mail: info@vbb.de

www.vbb.de



**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**
Alles ist erreichbar.

	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	324.000	324.000	324.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter Land Berlin Land Brandenburg Stadt Brandenburg an der Havel Stadt Frankfurt/ Oder Stadt Cottbus Landeshauptstadt Potsdam Landkreis Barnim Landkreis Dahme-Spreewald Landkreis Elbe-Elster Landkreis Havelland Landkreis Märkisch-Oderland Landkreis Oberhavel Landkreis Oberspreewald-Lausitz Landkreis Oder-Spree Landkreis Ostprignitz-Ruppin Landkreis Potsdam-Mittelmark Landkreis Prignitz Landkreis Spree-Neiße Landkreis Teltow-Fläming Landkreis Uckermark Gesellschafteranteile gesamt	Anteile in Euro 108.000 108.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 6.000 324.000	Anteile in % 33,33 33,33 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 1,85 100,00
Datum der Gründung	08.12.1994		
aktueller Gesellschaftsvertrag	01.12.2005		
Gegenstand des Unternehmens	Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993. Aufgaben: ▪ Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzepts und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplanes ▪ Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems ▪ Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeverteilungsverfahrens für das Verbundgebiet ▪ Vergabe der SPNV-Leistungen ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfes für den Verbundverkehr ▪ Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzoberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet ▪ Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger ▪ Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern		

	Erarbeitung einheitlicher, qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.		
Beschäftigte	insgesamt	125	
	davon:		
	Geschäftsführer	2	
	Beschäftigte Mitarbeiter	117	
	Auszubildende	6	
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u>	Frau Susanne Henckel	bis 18.04.2022
		Herr Andreas Kuck und Herr Martin Fuchs (interimistisch)	vom 19.04.2022 - 30.04.2023
		Frau Ute Bonde	vom 01.05.2023 – 22.05.2024
		Herr Andreas Kuck und Herr Martin Fuchs (interimistisch)	ab 23.05.2024
	<u>Gesellschafterversammlung:</u>		
	Vertreter LDS	Herr Stefan Klein (Dezernent)	bis 16.10.2024
		Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete und Dezernentin)	ab 17.10.2024
	Stellvertreter LDS	Herr Christian Jank (-36-, Sachbearbeiter ÖPNV)	
	<u>Aufsichtsrat:</u>		
	Vertreter LDS	Herr Stephan Loge (Landrat)	bis 29.02.2024
		Herr Sven Herzberger (Landrat)	ab 01.03.2024
	<u>Beirat der Gesellschaft:</u>		
	Vertreter LDS	Herr Christian Jank (-36-, Sachbearbeiter ÖPNV)	
	Stellvertreter LDS	Herr Carsten Brumme (-36-, Amtsleiter)	
	<u>Beirat der Verkehrsunternehmen:</u>		
	Mitglied	RVS	

Bilanz der VBB GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	312.179	300.609	478.049
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	107.551	102.157	163.477
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	104.586	102.157	145.727
2.	geleistete Anzahlungen	2.965	0	17.750
II.	Sachanlagen	204.628	198.452	314.571
1.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	204.628	198.452	314.571
B.	Umlaufvermögen	6.235.116	5.632.906	4.900.975
I.	Vorräte	8.183	4.978	5.479
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.183	4.978	5.479
2.	Unfertige Leistungen	0	0	0
3.	Waren	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	822.519	980.342	790.949
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	83.221	47.065	30.281
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	739.299	933.277	760.668
III.	Kassenbestand	5.404.413	4.647.586	4.104.547
	Kassenbestand u. Guthaben bei Kreditinstituten	5.404.413	4.647.586	4.104.547
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	131.161	65.199	84.170
	Bilanzsumme	6.678.456	5.998.714	5.463.194
Passiva				
A.	Eigenkapital	324.000	324.000	324.000
I.	Gezeichnetes Kapital	324.000	324.000	324.000
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0	617	1.670
C.	Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	309.214	299.992	492.307
D.	Rückstellungen	1.878.296	1.492.055	1.428.874
	Sonstige Rückstellungen	1.878.296	1.492.055	1.428.874
E.	Verbindlichkeiten	4.166.946	3.882.050	3.181.663
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	261.271	173.029	510.394
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.577.971	3.388.292	2.167.674
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	327.704	320.729	503.595
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	34.680
	Bilanzsumme	6.678.456	5.998.714	5.463.194

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich um 12 Tsd. Euro auf 312 Tsd. Euro (Vj. 301 Tsd. Euro). Es handelte sich hauptsächlich um Lizenzen und Büroausstattung.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 602 Tsd. Euro auf 6,2 Mio. Euro (Vj. 5,6 Mio. Euro). Darin enthaltene Vorräte erhöhten sich im Berichtsjahr um 3,2 Tsd. Euro auf 8,2 Tsd. Euro (Vj. 5,0 Tsd. Euro). In dieser Position wurde der Bestand des Büromaterials ausgewiesen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 36 Tsd. Euro auf 83 Tsd. Euro (Vj. 47 Tsd. Euro) und resultierten im Wesentlichen aus dem Verkauf von Produkten des VBB (vor allem aus Fahrausweispapier).

Forderungen gegen Gesellschafter (0 Euro, Vj. 0 Euro) bestanden nicht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betrugen im Berichtsjahr 739 Tsd. Euro (Vj. 933 Tsd. Euro) und reduzierten sich im Bezug zum Vorjahr um 194 Tsd. Euro. Die Position beinhaltete u. a. Forderungen aus internationalen Sonderprojekten (245 Tsd. Euro), Mietzahlungen für Januar 2024 (157 Tsd. Euro) und eine Umsatzsteuerforderung (332 Tsd. Euro).

Es wurde zum Jahresende ein Kassenbestand in Höhe von 5,4 Mio. Euro (Vj. 4,6 Mio. Euro) ausgewiesen – die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in Bezug zum Vorjahr betrug +757 Tsd. Euro und war im Wesentlichen auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Das Eigenkapital blieb auf Grund des ausgeglichenen Ergebnisses konstant.

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sowie Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens: Den Zugängen i. H. v. 198 Tsd. Euro (Vj. 128 Tsd. Euro) standen Auflösungen i. H. v. 189 Tsd. Euro (Vj. 246 Tsd. Euro) gegenüber. Per Saldo erhöhten sich die Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens um 9 Tsd. Euro. Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen ist vollständig aufgelöst.

Die Rückstellungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 386 Tsd. Euro auf 1,9 Mio. Euro (Vj. 1,5 Mio. Euro). Sie umfassten vor allem Prüfungs- und Beratungskosten / Leistungsverpflichtungen gegenüber Dritten (1,1 Mio. Euro), Personalaufwendungen (463 Tsd. Euro) sowie Kosten für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (93 Tsd. Euro).

Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen: Diese Bilanzposition belief sich im Berichtsjahr erneut auf 0 Euro (Vj. 0 Euro).

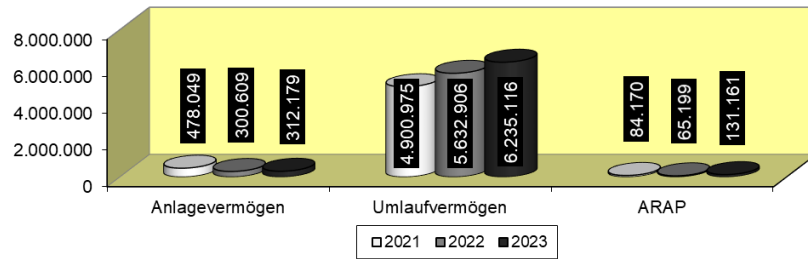
Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 88 Tsd. Euro auf 261 Tsd. Euro (Vj. 173 Tsd. Euro). Die Position beinhaltete hauptsächlich die Rechts- und Beratungskosten (35 Tsd. Euro), die Verbindlichkeit aus der Gestellung von Personal (42 Tsd. Euro) sowie sonstigen Dienstleistungen (184 Tsd. Euro).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhten sich um 190 Tsd. Euro auf 3,6 Mio. Euro (Vj. 3,4 Mio. Euro). Die Position umfasste nicht verausgabte Gesellschafterbeiträge, deren Gebundenheit zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte gegeben war. Im Berichtsjahr setzten sie sich u.a. wie folgt zusammen: Verbindlichkeiten aus Gesellschafterbeiträgen (1,7 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus dem Vertragsmanagement (928 Tsd. Euro), Verbindlichkeiten aus den Akquiseprojekten der Gesellschafter (988 Tsd. Euro).

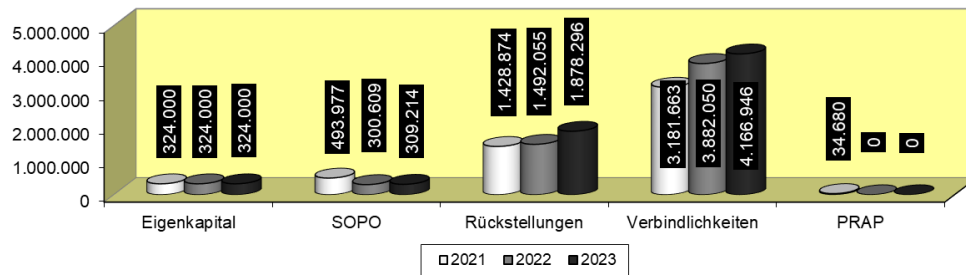
Kreditverbindlichkeiten hatte die VBB GmbH im Berichtsjahr nicht.

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich im Berichtsjahr um 7 Tsd. Euro auf 328 Tsd. Euro (Vj. 321 Tsd. Euro). Sie beinhalteten im Wesentlichen Auszahlungsverbindlichkeiten für sonstige Verbindlichkeiten aus Sonderprojekten (101 Tsd. Euro) sowie Verbindlichkeiten aus Akquiseprojekten von Dritten (81 Tsd. Euro).

Vermögenssituation der VBB GmbH in Euro



Kapitalsituation der VBB GmbH in Euro



Gewinn- und Verlustrechnung der VBB GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	824.808	501.750	558.387
2.	Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3.	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	14.318.215	13.320.244	14.197.243
4.	Projekterträge	4.041.727	4.279.119	3.266.094
4.	Sonstige betriebliche Erträge	466.309	788.670	595.585
5.	Materialaufwand	-704.679	-375.909	-415.082
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-704.679	-375.909	-415.082
6.	Personalaufwand	-8.581.398	-8.105.864	-7.963.713
a)	Löhne und Gehälter	-6.914.424	-6.431.978	-6.353.176
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.666.973	-1.673.887	-1.610.537
7.	Abschreibungen	-187.006	-246.119	-336.940
a)	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-187.006	-246.119	-336.940
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.216.897	-10.160.053	-9.900.073
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	55.747	3.799	905
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.232	-5.083	-1.852
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14.595	554	554
12.	Sonstige Steuern	-14.595	-554	-554
13.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft wies ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da sämtliche Aufwendungen durch Gesellschafterleistungen und sonstige Einnahmen finanziert wurden und im Geschäftsjahr nicht verbrauchte Gesellschafterbeiträge periodengerecht abgegrenzt und den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zugeführt wurden.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 323 Tsd. Euro auf 825 Tsd. Euro. Sie wurden hauptsächlich aus dem Verkauf des VBB-Fahrausweispapiers (741 Tsd. Euro) an die am öffentlichen Personennahverkehr teilnehmenden Verkehrsunternehmen erzielt. Darüber hinaus beinhaltete diese Position u.a. Erlöse aus dem Verkauf von Fahrplanbüchern sowie Erlöse aus der Tarifikommunikation (83 Tsd. Euro).

Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen: Um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ertragslage der VBB GmbH zu vermitteln, wurde die Position Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen gebildet. Sie betraf mit 9,8 Mio. Euro die Grundfinanzierung durch die Gesellschafter, mit 4,5 Mio. Euro die Finanzierung des Vertragsmanagements (Center) und die Finanzierung aus Akquiseprojekten. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Position um 998 Tsd. Euro auf insgesamt 14,3 Mio. Euro.

Die Projekterträge (4,0 Mio. Euro) und die sonstigen betrieblichen Erträge (466 Tsd. Euro) betrugen im Berichtsjahr insgesamt 4,5 Mio. Euro (Vj. 5,1 Mio. Euro). Somit reduzierten sie sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. Euro. Sie beinhalteten folgende Erträge: Erträge aus Sonderprojekten (4,0 Mio. Euro, Vj. 4,3 Mio. Euro), Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Gesellschafterbeiträge zur Finanzie-

rung des Anlagevermögens (187 Tsd. Euro, Vj. 303 Tsd. Euro) sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen (229 Tsd. Euro, Vj. 158 Tsd. Euro).

Die Materialaufwendungen erhöhten sich um 329 Tsd. Euro auf 705 Tsd. Euro. Die Position enthielt vor allem die Kosten für die Beschaffung des Fahrausweispapiers. Diese Aufwendungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Erzielung von Umsatzerlösen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 476 Tsd. Euro auf 8,6 Mio. Euro, dies war hauptsächlich durch die tariflich bedingten Steigerungen der Personalaufwendungen im Berichtsjahr begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 57 Tsd. Euro auf 10,2 Mio. Euro. Die Position beinhaltet im Wesentlichen den sonstigen betrieblichen Aufwand aus Verbundaufgaben und Aufwendungen für Projekte in 2023 mit 5,5 Mio. Euro, davon Projekte für Verbundaufgaben (4,1 Mio. Euro), Aufgaben und Projekte des Vertragsmanagements Center (1,2 Mio. Euro) und Aufwendungen für spezielle Aufgaben von Aufgabenträgern (3,3 Mio. Euro).

Analysedaten

Die Anlagenintensität betrug 5 % im Berichtsjahr – die Kennzahl blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant. Demnach sind nur 5 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) (5 %) hat sich gegenüber den Vorjahren ebenfalls nicht verändert. Eine verbesserte Eigenkapitalausstattung für die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks wäre förderlich.

Die Anlagendeckung II verminderte sich um 5 Prozentpunkte auf 203 %. Die Gesellschafter finanzieren das gesamte Anlagevermögen. Die Reduzierung war darauf zurückzuführen, dass sich das Anlagevermögen und die Sonderposten im gleichen Umfang erhöhten. Das Eigenkapital blieb dabei unverändert.

Die Liquidität des 3. Grades betrug 103 % im Berichtsjahr – sie reduzierte sich um zwei Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die Reduzierung war durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten und des Kassenbestandes begründet.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr 757 Tsd. Euro (Vj. 543 Tsd. Euro). Ausschlaggebend waren hierbei die Zunahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Zunahme des Umlaufvermögens insbesondere des Kassenbestandes.

Die Personalaufwandsquote war gegenüber dem Vorjahr konstant mit 44 % nahezu unverändert geblieben.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	5%	5%	9%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	5%	5%	6%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	9%	10%	15%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	203%	208%	171%
Zinsaufwandsquote	0%	1%	0%
Liquidität 3. Grades	103%	105%	106%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	757 Tsd. Euro	543 Tsd. Euro	-1,6 Mio. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	825 Tsd. Euro	502 Tsd. Euro	558 Tsd. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	1.291 Tsd. Euro	1.290 Tsd. Euro	1.154 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	44%	43%	43%
Anzahl der Mitarbeiter	117	117	114

Geschäftsverlauf 2023

Das im Zuge der Corona-Pandemie auf Basis der geltenden gesetzlichen Regelungen entwickelte Hygienekonzept für die MitarbeiterInnen wurde gemäß den gesetzlichen Regelungen fortgeschrieben.

Die VBB GmbH war auch im Jahr 2023 im Rahmen des Projektes CNB III für das Land Berlin als Gesellschafterin der ARGE Center Nahverkehr Berlin (CNB) tätig.

Das Treuhandvermögen wurde im Jahr 2023 einer Mittelverwendungsprüfung unterzogen. Die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel wurde von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft uneingeschränkt bestätigt.

Das nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der VBB GmbH wurde im Jahr 2022 durch einen unabhängigen Gutachter rezertifiziert. Das Zertifikat im Sinne der Norm ist bis zum 14.11.2025 gültig.

Bis zum 30.04.2023 waren Herr Andreas Kuck und Herr Martin Fuchs Interims-Geschäftsführer der VBB GmbH. Am 01.05.2023 hat Frau Ute Bonde diese Position übernommen. Herr Andreas Kuck und Herr Martin Fuchs sind seit dem 01.05.2023 wieder Prokuristen der VBB GmbH.

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2023 gemeinsam mit den Gesellschaftern und Verkehrsunternehmen wichtige Themen fokussiert und die nachfolgend dargestellten Meilensteine erreicht:

Tarif/Vertrieb

Tarif:

- fachliche Vorbereitung und Begleitung der Einführung des Deutschlandtickets im VBB sowie begleitender Angebote (Deutschlandticket Job, Deutschlandticket Semester), Durchführung und Umsetzung des VBB-Tarifentwicklungsverfahrens, Konzeption zur Vereinfachung des VBB-Tarifes, Fortschreibung des VBB-Abo Azubi, Fortschreibung des Mobilitätstickets Brandenburg und Konzeption eines künftigen Verfahrens zur Ausgabe des Berechtigungsnachweises, Umsetzung des Berlin-Abos

Vertrieb:

- Sicherung und künftige Konzeption des Handytickets in der VBB-App Bus und Bahn, Umgang mit dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, Verlängerung des Pilotvorhabens in Bezug auf den Google-Maps-Deeplink (Link zum Ticketkauf aus der Google Maps-Routensuche), Layout der VBB-fahrCard, Abstimmung des Testes eines Check-In/Check-Out-Systems

Einnahmenaufteilung:

- fachliche Begleitung des Austausches zur Konzeption der Einnahmenaufteilungsregelungen in Bezug auf das Deutschlandticket, Abrechnung des ÖPNV-Rettungsschirms, Durchführung der regulären VBB-Einnahmenaufteilungsabrechnungen, Abschluss der Einnahmenaufteilung 2022, Abschluss der Verkehrserhebung 2022 und Beginn der Datenauswertung

Planung und Fahrgastinformation:

Planung:

- weitere Konzeption von Stadt-Umland-Verkehren, Austausch zur Dekarbonisierung der Busflotten im kommunalen ÖPNV in Berlin und Brandenburg, Eröffnung neuer PlusBus-Linien, Ausbau der Rufbus-Angebote in Brandenburg und Verknüpfung mit der VBB-Fahrinfo, Koordinierung von Ersatzverkehrs-Konzepten mit den kommunalen Aufgabenträgern, Durchführung und Auswertung der regelmäßigen Stationsbefragungen, Mitwirkung an der Erhebung „Mobilität in Krisenzeiten“ des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Fortführung der Arbeiten in der Kompetenzstelle Bahnhof und der Vernetzungsstelle Bike+Ride

Fahrgastinformation:

- Pflege und Weiterentwicklung der VBB-Fahrinfo-Familie in Bezug auf das Hintergrundsystem und die Fahrplandaten, Austausch zur überregionalen Verknüpfung der Datendrehscheiben, Verbesserung von Störungsinformationen, Abbildung von Rufbus-Gebieten in der Fahrinfo, Vorbereitung eines Projektes zur Auslastungsermittlung bei S-Bahn-Zügen, Weiterentwicklung des digitalen

Services und der Projekte (dazu u.a. Teilnahme an Förderungsprojekten des BMDV), Austausch zu Mobilstationen im Land Brandenburg, Fortführung des Projektes Safira im Kontext der Auslastungssteuerung, Entwicklung und Abstimmung von Informations- und Wegelenkungskonzepten in Bezug auf die Special Olympic World Games 2023, Abstimmung zum Wegelenkungskonzept zur Fußball-Europameisterschaft 2024, Übernahme der regionalen Plattform bbnavi in die VBB-Fahrinfo, Betrieb des VBB-Infocenters, Fortführung des VBB Bus- & Bahn-Begleitservices.

Kommunikation:

- Neben der kommunikativen Begleitung aller tariflichen Maßnahmen (z.B. Einführung des Deutschlandtickets, Tarifmaßnahme zum 1. Januar 2024) werden Kommunikation, Kampagnen und Botschaften zu Mehrleistungen und Infrastrukturausbau im Verbundgebiet sowie zur ÖPNV-Nutzung als wichtige Bausteine beim Erreichen der Verkehrswende forciert. Auf dieser Basis fließen folgende Eckpunkte in die VBB-Strategie ein:
- Positionierung des ÖPNV und damit des VBB und seiner Partner als Mitgestalter der Verkehrswende in der Metropolregion Berlin-Brandenburg
- Stärkung des Umweltverbunds bei allen relevanten Meinungsbildnern auf regionaler und überregionaler Ebene
- Stärkung der Schiene (S-Bahn und SPNV) als Rückgrat der Mobilitätswende und des damit zusammenhängenden Angebotsausbaus und des gemeinsam mit den Ländern bei den Infrastruktureigentümern zu koordinierenden Ausbaus von Stationen, Schiene sowie Leit- und Sicherungstechnik.

Der VBB agiert dabei gemeinsam mit seinen Partnern im Verkehrsverbund, um das Image, den Bekanntheits- und damit Nutzungsgrad aller Angebote rund um den ÖPNV kontinuierlich zu steigern. Ziel aller Partner im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist es, in der Öffentlichkeit eine einheitliche Wahrnehmung und breite Nutzung des Verbundsystems zu erreichen. Dies trägt wesentlich dazu bei, die Attraktivität der Angebote im VBB zu erhöhen und eine Steigerung der Einnahmen zu realisieren. Die VBB GmbH steht bei allen Themen und Aktivitäten im steten Austausch mit den Verkehrsunternehmen; sie entwickelt Angebote und Kampagnenmodule für alle Kommunikationskanäle und setzt diese mit den Partnern im Verbund um.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement wurden im Geschäftsjahr 2023 die nachfolgend dargestellten Meilensteine erreicht:

Qualitätsmanagement:

- Die VBB GmbH führt ein kontinuierliches Qualitätsmanagement durch. Dazu wird die betriebliche Situation bei den einzelnen Eisenbahnverkehrsunternehmen beobachtet (z.B. Fahrzeugverfügbarkeit). Ferner werden Kennzahlen zur Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit erhoben und Umfragen zur Kundenzufriedenheit durchgeführt. Darüber hinaus erfasst und veröffentlicht die VBB GmbH die Verfügbarkeit von Aufzügen sowohl nach Gebieten (Berlin, Brandenburg, VBB-Gesamt) als auch nach Linien. Die Qualitätskennziffern werden transparent auf der VBB-Website veröffentlicht.

SPNV-Vergabeverfahren:

- In Durchführung befinden sich die Verfahren zu den Netzen Prignitz, Oberelbe und Nordwestbrandenburg. Die Vergabeverfahren zur Berliner S-Bahn (Netze Stadtbahn und Nord-Süd) werden kontinuierlich weitergeführt.

Vertragsmanagement:

- Im Rahmen des Vertragsmanagements werden das Vertragscontrolling und die -abrechnung kontinuierlich weitergeführt sowie damit zusammenhängende juristische Fragenstellungen bearbeitet.

Projekt i2030:

- Die VBB GmbH ist verantwortlicher Projektpartner für die Kommunikationsarbeit im Projekt, verantwortet die Sitzungen des Lenkungskreises und berät die Länder Berlin und Brandenburg bei fachlichen Fragestellungen. Die Sitzungen des Lenkungskreises haben im Juni und Dezember 2023 stattgefunden.

Themen waren die Sicherstellung der Finanzierung für den weiteren Fortgang der Planungen, aktueller Entscheidungsbedarf in den Teilprojekten sowie die Kommunikationsstrategie. Ferner haben die den Lenkungskreis vorbereitende Projektarbeitsgruppe und Unterarbeitsgruppen (Finanzierung, Kommunikation) getagt. Teilprojektspezifische Finanzierungsvereinbarungen für die weiteren Planungen wurden geschlossen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Ein wirkungsvolles und vorausblickendes Risikomanagement ist ein wichtiges Element der Unternehmensführung. Die Identifikation von Risiken erfolgt in den regelmäßigen strategischen Gesprächen zwischen der Geschäftsführung und den Bereichs- bzw. Abteilungsleitungen. Darüber hinaus wird der Geschäftsführung regelmäßig ein Risikobericht vorgetragen.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung sind keine bestandsgefährdenden Risiken, die die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen können, erkennbar.

Ein verstärkter Fokus liegt vor dem Hintergrund der weiter wachsenden Bedeutung der Digitalisierung und virtueller Risiken auf der Sicherung der IT- und Dateninfrastruktur (betrifft Datensicherung, Datensicherheit und Datenschutz), um das Unternehmen vor diesbezüglichen Gefahren zu schützen.

Chancen und Risiken der VBB GmbH werden in jährlich stattfindenden strategischen Workshops unter Beteiligung aller Führungskräfte des Unternehmens dargelegt und analysiert. Für sich bietende Chancen werden in diesem Rahmen Möglichkeiten zur Umsetzung diskutiert und konkrete Schritte für die weitere Arbeit vereinbart. Aus aktuellen z.B. politischen Diskussionen können abseits des geordneten Strategieprozesses weitere Aufgaben seitens einzelner Gesellschafter an die Gesellschaft herangetragen werden.

Im Jahr 2024 werden unter anderem folgende Themen Schwerpunkte der Arbeit bilden:

- strategische Positionierung des ÖPNV beim Erreichen der Verkehrswende
- Gestaltung und Weiterentwicklung des VBB-Tarifes im Kontext des Deutschlandtickets und des Berlin-Abos
- Sicherung und Weiterentwicklung der digitalen Vertriebssysteme im VBB und des digitalen Ticketangebotes in der VBB-App Bus & Bahn
- Fortführung der Arbeiten in Bezug auf die Einnahmenaufteilung unter Berücksichtigung des Deutschlandtickets und des Berlin-Abos
- Pflege und Weiterentwicklung der Fahrgastinformationssysteme, z.B. in Bezug auf die Implementierung von Auslastungsinformationen
- kontinuierliche Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes im VBB mit dem Fokus auf die Stadt-Umland-Verkehre, die Weiterentwicklung von Zubringerverkehren, innovativen Mobilitätsangeboten und PlusBus-Linien in Abstimmung mit den Aufgabenträgern
- Fortführung der Arbeiten im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement in Bezug auf das Vertragscontrolling, die Vergabe von SPNV-Leistungen, die SPNV-Angebotsplanung und -Infrastruktur sowie das Qualitätsmanagement.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	Betriebskostenzuschuss: 105*
	2022	Betriebskostenzuschuss: 105*
	2020	Betriebskostenzuschuss: 86*

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

* Der Landkreis erhält die Mittel vom Land Brandenburg.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Freiheitstraße 120

15745 Wildau

Tel.: +49 (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +49 (0) 3575 / 52 38 44

E-Mail: info@wfg-lds.de

www.wfg-lds.de, www.zlur.de



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	738.000	738.000	738.000
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in Euro	738.000	738.000	738.000
Datum der Gründung	11.05.1992		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.03.2013		
Gegenstand des Unternehmens	Verbesserung der Struktur des Landkreises Dahme-Spreewald durch die Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs, des Tourismus sowie der sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung und der Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur zu beraten und zu unterstützen ansässige und ansiedelnde Unternehmen bei der Beschaffung von Grundstücken, Gebäuden, Krediten, Arbeitskräften, Wohnungen und Fördermitteln zu beraten und zu unterstützen Ansiedlung von Unternehmen und Existenzgründungen zu fördern Grundstücke zu erwerben, zu verpachten, zu erschließen und durch Verkauf oder in sonstiger Weise einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen Unternehmen des Tourismus bei der Werbung und Verbesserung der touristischen Einrichtungen zu unterstützen und dazu mit den Verbänden des Tourismus zusammenzuarbeiten sich an Gesellschaften oder Einrichtungen zu beteiligen oder Dienstleistungen für solche Gesellschaften oder Einrichtungen zu erbringen		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen bis 21.08.2024 lt. GV-Beschluss; HG-Eintrag 18.09.2024 Frau Marion Schirmer ab 13.09.2024 lt. GV-Beschluss; HG-Eintrag 18.09.2024 <u>Prokurist:</u> Frau Marion Schirmer bis 18.09.2024 <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stephan Loge bis 29.02.2024 (Landrat) Herr Sven Herzberger ab 01.03.2024 (Landrat) Vertreterin LDS: Frau Heike Zettwitz ab 17.10.2024 (Beigeordnete und Dezernentin) Die durch den Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald am 16.10.2024 bestellten Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen sind in der Anlage 1 separat dargestellt.		

Bilanz der WFG mbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	39.168.165	41.084.942	43.005.104
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	393	1.254	2.520
II.	Sachanlagen	39.167.772	41.083.688	43.002.584
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grund	38.850.535	40.758.201	42.658.011
2.	Technische Anlagen und Maschinen	171.904	183.073	190.980
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	145.333	142.414	153.593
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	8.816.735	8.036.633	6.428.736
I.	Vorräte	879.580	723.779	1.021.103
1.	Fertige Erzeugnisse und Waren	879.580	723.779	279.343
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	0	741.760
3.	Geleistete Anzahlungen	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	664.672	622.459	4.391.534
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	313.167	187.997	614.535
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.672	7.754	4.796
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	73.933	84.304	3.602.839
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	273.901	342.403	169.365
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.272.483	6.690.395	1.016.099
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	101.005	81.158	83.952
	Bilanzsumme	48.085.905	49.202.733	49.517.791
Passiva				
A.	Eigenkapital	13.065.791	12.814.538	9.382.952
I.	Gezeichnetes Kapital	738.000	738.000	738.000
II.	Kapitalrücklage	6.519.136	6.519.136	6.519.136
III.	Gewinnvortrag	5.557.402	2.125.816	2.207.550
IV.	Jahresüberschuss	251.253	3.431.586	-81.734
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	10.123.203	10.788.611	11.448.491
C.	Rückstellungen	604.426	568.786	248.782
1.	Steuerrückstellungen	321.013	327.398	3.813
2.	Sonstige Rückstellungen	283.413	241.388	244.969
D.	Verbindlichkeiten	24.292.485	25.006.718	28.364.036
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.935.318	23.046.694	24.192.701
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.033.270	800.210	2.791.650
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	387.727	240.690	672.845
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	3.963	0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	1.015	0
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	936.170	914.147	706.840
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	24.081	73.531
	Bilanzsumme	48.085.905	49.202.733	49.517.791

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen verringerte sich aufgrund der Abschreibungen der Zentren für Luft- und Raumfahrt sowie für Zukunftstechnologien (ZfZ) und der Bestandsgebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung auf einen Wert von 39 Mio. Euro (Vj. 41 Mio. Euro).

Das Sachanlagevermögen entsprach ca. 81 % des Gesamtvermögens. Es setzt sich aus den Technologiezentren I, II, III, dem ZfZ, den Grundstücken und Außenanlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie technischen Anlagen in den Technologiezentren zusammen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich auf 18 % (Vj. 16 %) des Gesamtvermögens bzw. auf 8,8 Mio. Euro (Vj. 8,0 Mio. Euro). Ursächlich dafür waren im Wesentlichen die Erhöhung des Kassenbestandes auf 7,2 Mio. Euro (Vj. 6,7 Mio. Euro).

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 313 Tsd. Euro (Vj. 188 Tsd. Euro).

Bei den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (4 Tsd. Euro; Vj. 8 Tsd. Euro) handelt es sich vollumfänglich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (274 Tsd. Euro; Vj. 343 Tsd. Euro) beinhalten im Wesentlichen Forderungen gegenüber dem Finanzamt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum Bilanzstichtag 13,1 Mio. Euro (Vj. 12,8 Mio. Euro). Die Erhöhung ist auf den Jahresüberschuss des Berichtsjahres (251 Tsd. Euro) zurückzuführen. Unter hälftiger Anrechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse belief sich das Eigenkapital auf 18,1 Mio. Euro (Vj. 18,2 Mio. Euro).

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde im Geschäftsjahr planmäßig aufgelöst und betrug zum Bilanzstichtag 10,1 Mio. Euro (Vj. 10,8 Mio. Euro).

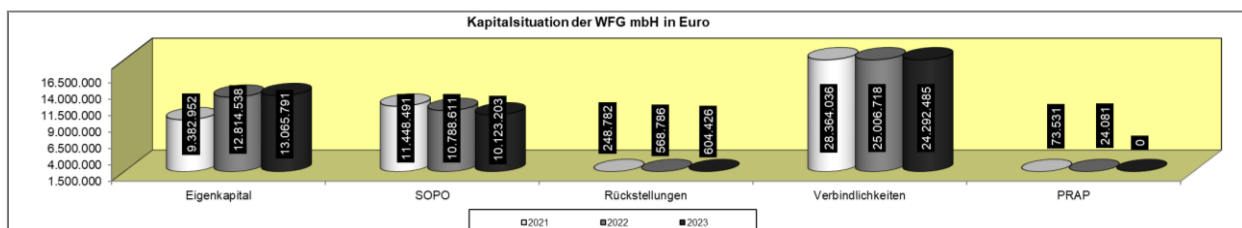
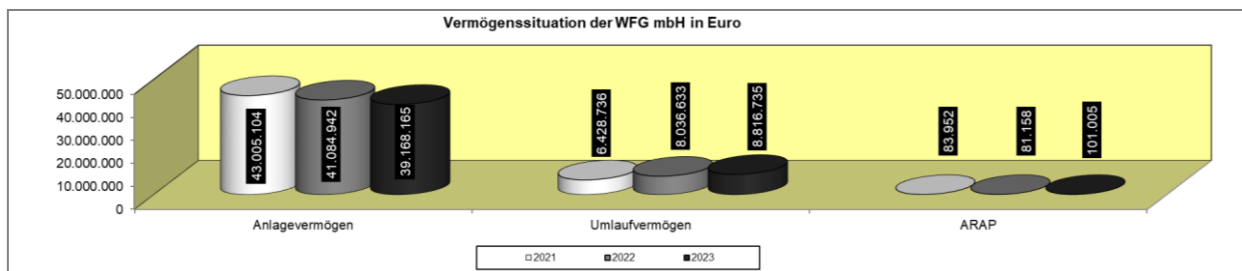
Die Rückstellungen erhöhten sich auf 604 Tsd. Euro (Vj. 568 Tsd. Euro) und beinhalteten Steuerrückstellungen (321 Tsd. Euro; Vj. 327 Tsd. Euro) sowie sonstige Rückstellungen in Höhe von 283 Tsd. Euro (Vj. 241 Tsd. Euro). Diese waren im Wesentlichen Rückstellungen für Urlaub (45 Tsd. Euro) und Überstunden (61 Tsd. Euro), Archivierungskosten (61 Tsd. Euro), Prozesskosten (55 Tsd. Euro) und Abschlusskosten (31 Tsd. Euro).

Die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich auf 24,3 Mio. Euro (Vj. 25,0 Mio. Euro). Der Großteil der Verbindlichkeiten war den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 21,9 Mio. Euro (Vj. 23,0 Mio. Euro) zuzuordnen. Im Berichtsjahr wurden die Kapitaldienstleistungen planmäßig bedient.

Die sonstigen Verbindlichkeiten (936 Tsd. Euro; Vj. 914 Tsd. Euro) beinhalteten überwiegend Kautionen aus Mietverhältnissen.

Insgesamt reduzierte sich das Fremdkapital um ca. 6,3 % im Vergleich zum Vorjahr auf 30,0 Mio. Euro (Vj. 31,0 Mio. Euro). Maßgeblich dafür waren die Tilgungsleistungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro und die Auflösung des Sonderpostens.

Die Bilanzsumme betrug zum Bilanzstichtag 48,1 Mio. Euro (Vj. 49,2 Mio. Euro). Das Vermögen der Gesellschaft verminderte sich daher um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr.



Gewinn- und Verlustrechnung der WFG mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	4.244.428	8.863.955	3.385.675
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	155.800	-297.323	165.530
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.938.516	1.547.282	1.491.428
4.	Materialaufwand	-1.133.246	-1.259.830	-888.022
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-331.900	-499.296	-167.557
	b) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-801.346	-760.534	-720.466
5.	Personalaufwand	-1.154.569	-1.053.652	-1.052.964
	a) Löhne und Gehälter	-936.675	-860.251	-853.885
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-217.894	-193.401	-199.078
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.986.924	-1.988.492	-1.992.688
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.321.413	-1.442.767	-578.668
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	742.592	4.369.173	530.291
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	66.297	0	0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-403.376	-428.531	-447.141
11.	Finanzergebnis	-337.078	-428.531	-447.141
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.682	-321.908	0
13.	Ergebnis nach Steuern	412.196	3.618.733	83.150
14.	Sonstige Steuern	-160.943	-187.148	-164.884,23
15.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	251.253	3.431.586	-81.734

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Geschäftsjahr 2023 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 251 Tsd. Euro (Vj. 3,4 Mio. Euro infolge Einmaleffekt Veräußerungen GI Alteno). Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr auf 4,2 Mio. Euro, im Wesentlichen bedingt durch Mieteinnahmen aus dem Immobilienbestand der WFG sowie 208 Tsd. Euro aus dem Förderprojekt „Gründen in Brandenburg“. Die Umsatzerlöse aus Projekten mit Fördermitteln beliefen sich auf 393 Tsd. Euro. Durch Geschäftsbesorgungen für die TGZ Wildau GmbH und für die Naturwelt Lieberoser Heide GmbH wurden Umsätze in Höhe von 135 Tsd. Euro generiert.

Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen für noch nicht abgerechnete Betriebskosten des Immobilienbestandes lagen bei 155 Tsd. Euro (Vj.-297 Tsd. Euro).

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 1,9 Mio. Euro (Vj. 1,5 Mio. Euro) und lagen damit um 391 Tsd. Euro über dem Vorjahreswert. Darin enthalten waren die im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Zuwendung des Gesellschafters in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vj. 823 Tsd. Euro) zuzüglich des Zuschusses des LDS für die Konzepterarbeitung eines Besucherzentrums des LDS (37 Tsd. Euro), Erträge aus der anteiligen Auflösung des Sonderpostens (665 Tsd. Euro) sowie ein Investitionszuschuss in Höhe von 23 Tsd. Euro.

Der Materialaufwand beinhaltete im Berichtsjahr Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 332 Tsd. Euro sowie Aufwendungen für Hausbewirtschaftung in Höhe von 801 Tsd. Euro.

Im Berichtsjahr fielen planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 1,99 Mio. Euro (Vj. 1,99 Mio. Euro) an.

Der Personalaufwand erhöhte sich tarifbedingt im Vergleich zum Vorjahr auf 1,16 Mio. Euro (1,05 Mio. Euro). Der Personalbestand erhöhte sich von 13 Mitarbeiter auf 14 Mitarbeiter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1,3 Mio. Euro (Vj. 1,4 Mio. Euro). Darin enthalten sind u.a. Aufwendungen für erforderliche Fremdarbeiten, Reparaturen, Forderungsverluste, Rechts- und Beratungskosten sowie Werbungskosten und Versicherungsaufwendungen.

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind keine wesentlichen periodenfremden Aufwendungen und Erträge enthalten. Einzelne Erträge und Aufwendungen von außergewöhnlicher Größe oder außergewöhnlicher Bedeutung waren im Geschäftsjahr 2023 nicht zu verzeichnen.

Das ordentliche Betriebsergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Mio. Euro. Dies ist jedoch im Wesentlichen auf den in 2022 gestiegenen Umsatz infolge des Grundstücksverkaufs in Alteno zurückzuführen.

Das Finanzergebnis entsprach aufgrund der Belastungen aus den Kapitaldiensten zur Finanzierung des ZFZ und der anderen Technologiezentren mit 337 Tsd. Euro (Vj. 429 Tsd. Euro) weitestgehend dem Vorjahresniveau.

Analysedaten

Die Anlagenintensität reduzierte sich abschreibungsbedingt auf 81 % (Vj. 84 %). Aufgrund der hohen Kapitalbindung durch die Technologiezentren ist diese weiterhin sehr hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Unter Anrechnung des hälftigen Sonderpostens beträgt die Eigenkapitalquote 38 %.

Die Anlagendeckung II konnte mit einem Wert von 112 % weiterhin als stabil bewertet werden. Der Wert zeigt an, dass das Anlagevermögen langfristig finanziert ist.

Die Zinsaufwandsquote erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 5 % auf 10 %. Ungeachtet der Einmaleffekte in 2022 ist die Gesamtleistung im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 196 Tsd. Euro gesunken.

Die Liquidität 3. Grades entsprach mit 216 % (Vj. 219 %) nahezu der Vorjahresquote. Auch wirkte der Liquiditätszufluss aus der Veräußerung der Liegenschaften im Gewerbegebiet Alteno nach. Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr (5,4 Mio. Euro) auf 2,1 Mio. Euro reduziert.

Die Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität lag aufgrund des Jahresüberschusses bei 2% bzw. bei 1%. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr erklärt sich erneut aus dem Einmaleffekt in 2022 infolge der Veräußerung der Liegenschaften im Gewerbegebiet Alteno.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr (11%) auf 22% und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2021. Die in 2022 verminderte Quote von 11 % ist stark geprägt durch den Sonder- effekt, der in 2022 realisierten Erträge aus dem Grundstücksverkauf im Gewerbe- und Industriegebiet Alteno.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	81%	84%	87%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	27%	26%	19%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	48%	48%	42%
Eigenkapitalquote (mit 50 % Sonderposten)	38%	37%	31%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	112%	111%	102%
Zinsaufwandsquote	10%	5%	13%
Liquidität 3. Grades	216%	219%	114%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2,1 Mio. Euro	5,4 Mio. Euro	1,9 Mio. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	2%	27%	0%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	1%	15%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	1%	8%	1%
Umsatzerlöse	4,2 Mio. Euro	8,9 Mio. Euro	3,4 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	5,3 Mio. Euro	9,3 Mio. Euro	4,2 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	251 Tsd. Euro	3,4 Mio. Euro	-81 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote	22%	11%	25%
Anzahl der Mitarbeiter	14	13	12

Geschäftsverlauf 2023

Mit dem erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 251,3 Tsd. Euro wurde das für das Geschäftsjahr 2023 geplante Ergebnis von 168,9 Tsd. Euro erreicht. Das Planergebnis wurde somit um 82,4 Tsd. Euro übertroffen.

Die Vermietungsquote der Technologiezentren konnte von 92,85 % im Vorjahr auf 93,90 % im Berichtsjahr gesteigert werden. Ungeachtet der Einmaleffekte in 2022 ist die Gesamtleistung im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 196 Tsd. Euro gesunken.

Im Geschäftsjahr erfolgten Investitionen in Höhe von insgesamt 71 Tsd. Euro (Vj. 74 Tsd. Euro). Davon entfielen 34 Tsd. Euro auf das ZFZ für Schlussrechnungen und der Installation von Fahrradbügeln, ca. 37 Tsd. Euro wurden in die Betriebs- und Geschäftsausstattung (EDV, Büroeinrichtung etc.) der Gesellschaft investiert.

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2023 um 1,1 Mio. Euro auf einen Wert von 48,1 Mio. Euro (Vj. 49,2 Mio. Euro) verringert.

Ausgehend vom Anfangsbestand per 01.01.2023 in Höhe von 6,7 Mio. Euro verfügte die WFG zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von 7,3 Mio. Euro. Der Finanzmittelzuwachs um 582 Tsd. Euro resultierte aus dem Saldo des positiven Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit (2,1 Mio. Euro), dem negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit (-5 Tsd. Euro) sowie dem negativen Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (-1,5 Mio. Euro).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gegeben. Im Geschäftsjahr 2023 waren keine Finanzierungsmaßnahmen erforderlich.

Zur Finanzierung des ZLR I bestand zum 01.01.2023 ein Darlehen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 386,1 Tsd. Euro. Durch die planmäßige Tilgung betrug die Restschuld per 31.12.2023 254,6 Tsd. Euro.

Zur Finanzierung des ZLR III bestanden zum 01.01.2023 vier Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 4,3 Mio. Euro (Vj. 4,7 Mio. Euro). Durch die planmäßige Tilgung in Höhe von 414 Tsd. Euro reduzierte sich die Restschuld zum Bilanzstichtag auf 3,9 Mio. Euro.

Das ZFZ wird durch vier Kredite mit einem Gesamtvolumen von 18,3 Mio. Euro finanziert. In 2023 erfolgte eine Tilgung in Höhe von 565 Tsd. Euro, so dass sich die Restschuld am Ende des Geschäftsjahres auf 17,8 Mio. Euro reduzierte. Die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen zum 31.12.2023 21,9 Mio. Euro (Vj. 23,0 Mio. Euro).

Ereignisse von besonderer Bedeutung, die wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf haben, sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die von der WFG betriebenen Technologiezentren stellen durch die Schaffung von High-Tech Arbeitsplätzen und der hohen Internationalisierung eine bedeutende Rolle auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt des Landkreises Dahme-Spreewald dar. Insofern bildet der Technologie- und Wissenschaftsstandort Wildau eine wirtschaftlich stabile und langfristig tragfähige Infrastruktur zur Sicherung und Stärkung der regionalen Wirtschaft.

Der Betrieb der bestehenden Technologiezentren bedingt aktuelle sowie mittelfristige Chancen und Risiken, die sich auf die einzelnen Häuser verteilen.

Mit Abschluss der Reparatur des Wärmeverbundsystems im Innenhof des **ZLR I** als auch der Reparatur der Verkleidung eines der beiden Ablufttürme sind erste zentrale Aufgaben der Gebäudeinstandhaltung abgeschlossen. Der Auslastungsgrad konnte bei einer Vermietungsquote von durchschnittlich 98,14 % verstetigt werden.

Nach jahrelanger durchgängiger Vermietung des **ZLR II** fand zum 01.05.2024 ein Mieterwechsel statt. Die Halle bleibt somit weiterhin und bei einem nahtlosen Übergang zu 100 % vermietet. Für die Neuvermietung musste die Halle in 2024 umfassend saniert und die bestehende Krananlage reaktiviert werden.

Der Vermietungsstand des **ZLR III** bleibt mit 85 % der Gesamtfläche stabil. Die noch verfügbaren Büroflächen stellen eine angemessene Reserve für weitere Vermietungsanfragen dar. Teilbereiche des Hauses, die bislang als große zusammenhängende Einheit vermietet wurden, müssen mit dem Ziel einer kleinteiligeren Vermietung baulich neu strukturiert werden.

Das **Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ)** erreichte in 2023 eine durchschnittliche Vermietungsquote von 98,6 %. Aufgrund der Vertragslaufzeiten wird dies auch für die kommenden Jahre erwartet. Diverse bauliche Mängel, die nach der Fertigstellung aufgetreten sind, konnten bislang weitestgehend im Rahmen der Gewährleistung behoben werden. Mit Ablauf der wesentlichen Gewährleistungsfristen in 2024 sind steigende Instandhaltungsaufwendungen zu erwarten.

Bei der WFG mbH ist im abgelaufenen Geschäftsjahr eine **steuerliche Außenprüfung** beendet worden. Mit Abschluss der Prüfung, welche sich schwerpunktmäßig auf die Umsatzsteuer und Ertragsteuern für die Prüfungsjahre 2014-2017 bezog, ist ein abschließender Prüfbericht ergangen. Die daraus resultierenden Zahllasten wurden im Jahr 2024 beglichen.

Herausforderungen der kommenden Jahre

In Anbetracht der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,8 % im Jahr 2023 und den Prognosen für den Arbeitsmarkt in der Region zeigt sich zunehmend, dass die Gewinnung von qualifizierten **Arbeitskräften** schwieriger wird, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken. Vor diesem Hintergrund gilt es, attraktive Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Integration von Flüchtlingen und möglicherweise die Anwerbung von in- und ausländischen Mitarbeitern zu fördern.

Die WFG wird sich in 2023 und in den Folgejahren verstärkt mit dem Thema **Flughafenumfeldentwicklung** auseinandersetzen. Mit der Eröffnung des BER im Herbst 2020 beschäftigen sich Unternehmen zunehmend mit den Möglichkeiten einer Ansiedlung im Flughafenumfeld. Zudem muss die Gewerbevermarktung und Ansiedlungspolitik gesteuert werden, damit die gegebene Infrastruktur nicht überlastet wird und eine homogene Gewerbeentwicklung im südlichen Landkreis gewährleistet werden kann. Nachhaltige Konzepte zur Mobilität und zur Bewirtschaftung von Flächen rücken dabei näher in den Fokus. In diesem Kontext werden die Unterstützungsangebote der WFG für die KMU des Landkreises Dahme-Spreewald ausgebaut.

Digitale Infrastruktur (Breitbandausbau)

Zur Vorbereitung eines Förderantrags im Rahmen des neuen „Graue-Flecken-Programms“ der Bundesregierung hat die WFG in 2023 ein Markterkundungsverfahren durchgeführt. Für die flächendeckende Versorgung des Landkreises mit Glasfaseranschlüssen entstehen nach vorläufiger Schätzung Gesamtkosten von ca. 175 Mio. Euro. In dieser Höhe wurden, aufgeteilt auf zwei Projektgebiete (Süden LDS 129 Mio. Euro, Norden LDS 46 Mio. Euro) im Oktober 2023 Förderanträge beim Bund und dem Land gestellt. Für beide Projekte liegen die Zuwendungsbescheide vor. Aufgrund der Landesförderung (JTF-Mittel) entfällt der Eigenanteil des Landkreises Dahme-Spreewald, so dass eine 100 %-Förderung gegeben ist. Allerdings steht das gesamte Vorhaben unter erheblichen Zeitdruck, da das Projekt bis Ende 2028 abgeschlossen werden muss. Gegenwärtig läuft die europaweite Ausschreibung. Die Zuschlagserteilung hat bis Anfang November zu erfolgen, Baubeginn ist für das 2. Quartal 2025 geplant.

Digitale Dienste

Mit dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur wird die Voraussetzung für eine verstärkte Digitalisierung des Landkreises und der Nutzung digitaler Dienste durch Bürger, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen geschaffen. Die WFG ist an der Umsetzung der vom Kreistag am 14.12.2022 beschlossenen Digitalisierungsstrategie beteiligt.

Als erstes umsetzungsorientiertes Digitalisierungsprojekt hat die WFG mbH einen vom Landkreis im Rahmen des BMEL-Programms „Smarte LandRegionen“ gestellten Förderantrag vorbereitet. Das Projekt sieht die Etablierung einer „digitalen Vermarktungsform für regionale Lebensmittel“ vor. Für die Konzeption stellte das BMEL 200 Tsd. Euro zur Verfügung. In 2024 wurde eine Konzeption für den Aufbau und Betrieb des digitalen Marktplatzes erarbeitet. Im Ergebnis einer Unternehmensbefragung wird allerdings eine Antragstellung auf Förderung der Umsetzung des digitalen Marktplatzes nicht weiterverfolgt.

Naturwelt Lieberoser Heide

Die WFG mbH übernahm zum 01.01.2021 die Geschäftsführung der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH. Die ursprünglich bis Ende 2023 begrenzte Geschäftsbesorgung wird auf der Grundlage des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 05.07.2023 für zwei Jahre bis Ende 2025 durch die WFG weitergeführt. Innerhalb der Tagung der IMAG der Brandenburger Ministerien wurde am 10. Juli 2023 die grundsätzliche Förderfähigkeit der wesentlich von der WFG entwickelten Konzeption die Lieberoser Heide in Verbindung von Wildnis, Naturschutz und Regionalentwicklung durch ein modellhaftes Projekt „Besucherzentrum Lieberoser Heide“ zu entwickeln, mit einem Investitionsvolumen von ca. 25 Mio. Euro bestätigt. Antragsberechtigt und damit Antragsteller für die Beantragung von Fördermitteln bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) ist der Landkreis Dahme-Spreewald. Der Landkreis Dahme-Spreewald beabsichtigt, gemeinsam mit der WFG, dieses Projekt umzusetzen.

Gewerbeflächen

Im Norden des Landkreises verstetigt sich zunehmend um das Schönefelder Kreuz ein **Gewerbeflächenengpass**. Um die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis weiter zu befördern, bedarf es einer vertieften Bedarfsanalyse und Planung. Erklärtes Ziel ist es, die Ausweisung und Erschließung von kommunalen Gewerbeflächen in Abstimmung mit den Kommunen und Ämtern zu unterstützen. Der Fokus wird hier ebenfalls auf die KMU gelegt, für deren Bedarfe in einer Größenordnung von 2.000 m² bis 5.000 m² Gewerbegebietsfläche zurzeit keine adäquaten Angebote im Landkreis bestehen. Ein aktives Engagement der WFG in den kommenden Jahren sollte dabei geprüft werden.

Kohleausstiegs- und Strukturstärkungsgesetz

Mit der Verabschiedung des Kohleausstiegs- und Strukturstärkungsgesetzes werden in den kommenden Jahren in der Gebietskulisse „Lausitz“, zu der auch der gesamte Landkreis Dahme-Spreewald gehört, umfangreiche Mittel für strukturschwache Projekte zur Verfügung stehen. Um bei der Umsetzung unbürokratische Wege zu gehen, hat die WFG bereits 2021 eine Personalstelle für die Initiierung und Koordinierung derartiger Vorhaben eingerichtet. Bei der Umsetzung ist allerdings festzustellen, dass Fördermittel für den wirtschaftsstarken Norden des Landkreises Dahme-Spreewald bislang nur ansatzweise in die Region rund um das Schönefelder Kreuz geflossen sind.

EU-Förderung

In den bestehenden Förderrichtlinien des Landes Brandenburg ist die Förderquote in vielen Bereichen seit 2023 deutlich abgesenkt worden bzw. sind Fördertatbestände nicht mehr Bestandteil des Programms. Bei der Finanzierung der WFG mbH und ihrer Projekte sind Mittel aus den EU-Strukturfonds seit Jahren ein wesentlicher Bestandteil. Es ist davon auszugehen, dass hierfür mittelfristig andere Finanzierungsquellen zu erschließen sind.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	0
	2022	0
	2021	0
	2020	Bürgschaft gegenüber der MBS zur Finanzierung des ZFZ in Höhe von 8,337 Mio. Euro
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können in Tsd. Euro	2023	1,2 Mio. Betriebskostenzuschuss
		1,6 Kleinkreditprogramm
		59,5 Dienstleistung Breitband (brutto)
		81,9 PTU (brutto) FM LDS
		179,9 DL Dahme_innovation (brutto)
		2,2 DL foodChain (brutto)
	2022	35,6 DL Smarte LandRegionen (brutto)
		823,4 Betriebskostenzuschuss
		0,2 Kleinkreditprogramm
		59,5 Dienstleistung Breitband (brutto)
		84,3 PTU (brutto) FM LDS
		229,7 DL Dahme_innovation
	2021	63,8 DL foodChain (brutto)
		32,4 DL Smarte LandRegionen (brutto)
		821,7 Betriebskostenzuschuss
		0,0 Kleinkreditprogramm
		37,0 Dienstleistung Breitband (brutto)
		16,9 PTU (brutto) FM LDS

*Von Oktober 2011 - 2019 wurde in halbjährlichen Raten von 103 Tsd. Euro die Tilgung des Ratendarlehens von ursprünglich 3,72 Mio. Euro gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg über die Finanzierung des ZLR III gezahlt. Der Landkreis Dahme-Spreewald stellt die Tilgung sicher, die Tilgungsraten werden von der WFG mbH refinanziert. Ab 2020 bis 2029 verzichtet der Landkreis auf die vollständige Refinanzierung des durch die WFG zu erbringenden Kapitaldienstes. Dadurch freigesetzte Liquidität der WFG mbH von insgesamt 1,4 Mio. Euro sichert den Kapitaldienst des von der WFG mbH aufzunehmenden Darlehens zur Finanzierung zusätzlicher Baukosten des ZFZ ab. Der als Kapitalerhöhung zu wertende teilweise Kapitaldienstverzicht ist im Jahresabschluss 2020 bei der WFG mbH abgebildet.

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

Freiheitstraße 124-126

15745 Wildau

Tel.: +(49) (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +(49) (0) 3375 / 52 38 44

E-Mail: kontakt@tgz-wildau.de

www.tgz-wildau.de



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	51.200	51.200	51.200
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in Euro	51.200	51.200	51.200
Datum der Gründung	22.12.1994		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	03.11.2014		
Gegenstand des Unternehmens	Betrieb eines Technologie-, Innovations- und Gründerzentrums mit dem Ziel, vor allem innovations- und technologieorientierten Unternehmen Unterstützung und günstige Bedingungen für die Unternehmensgründung und Ansiedlung zu bieten Vermietung bzw. Verpachtung entsprechender Räume an technologie- und innovationsorientierte Unternehmen Betreuung der Mieter durch Informationen über Unternehmensplanung (Technologie-, Finanzierungs- und Marketingberatung) sowie Vermittlung von Kontakten und Kooperationen Akquise finanzieller Mittel für wichtige Projekte der Wirtschafts-, Arbeits- und Technologieförderung		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen bis 05.09.2024 lt. GV Beschluss; HG-Eintrag 18.09.2024 Frau Marion Schirmer ab 06.09.2024 lt. GV Beschluss; HG-Eintrag 18.09.2024 <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stephan Loge bis 29.02.2024 (Landrat) Herr Sven Herzberger ab 01.03.2024 (Landrat) Vertreterin LDS: Frau Heike Zettwitz ab 17.10.2024 (Beigeordnete und Dezernentin) Die durch den Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald am 16.10.2024 bestellten Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen sind in der Anlage 1 separat dargestellt.		

Bilanz der TGZ Wildau GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	429.352	442.935	664.035
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	429.352	442.935	664.035
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	378.038	396.499	611.023
2.	Technische Anlagen und Maschinen	8.452	10.421	12.390
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.442	36.015	40.622
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.420	0	0
B.	Umlaufvermögen	396.643	384.222	318.139
I.	Vorräte	161.237	133.015	125.571
1.	Unfertige Leistungen	161.237	133.015	125.571
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34.685	41.608	29.875
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25.043	35.198	21.281
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	9.642	6.410	8.594
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	200.722	209.599	162.693
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	11.874	12.615	13.008
	Bilanzsumme	837.869	839.772	995.182
Passiva				
A.	Eigenkapital	479.621	456.648	426.459
I.	Gezeichnetes Kapital	51.200	51.200	51.200
II.	Kapitalrücklage	105.671	105.671	105.671
III.	Gewinnvortrag	299.777	269.589	310.036
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	22.973	30.189	-40.447
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	6.119	128.498
C.	Rückstellungen	31.870	20.506	20.230
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	31.870	20.506	20.230
D.	Verbindlichkeiten	326.379	356.499	419.995
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	156.598	208.588	260.578
2.	Erhaltene Anzahlungen	140.078	129.906	107.921
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.124	10.020	34.022
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	9.580	7.985	17.473
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	837.869	839.772	995.182

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanz der TGZ Wildau GmbH war auch im Berichtsjahr 2023 durch hohes gebundenes Anlagevermögen, dem Grundstück, Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des TGZ gekennzeichnet. Gemessen an der Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens 51 %.

Die unter Vorräte untergeordnete Position „unfertige Leistungen“ beinhalten die umlagefähigen Betriebskosten, die im Folgejahr mit den Mietern endabgerechnet werden. Mit 161 Tsd. Euro beliefen sich die Vorräte leicht über dem Vorjahreswert (133 Tsd. Euro).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen lagen mit 25 Tsd. Euro unter dem Vorjahreswert (35 Tsd. Euro). Die sonstigen Vermögensgegenstände betrugen 10 Tsd. Euro (Vj. 6 Tsd. Euro).

Der Kassenbestand reduzierte sich auf 201 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag.

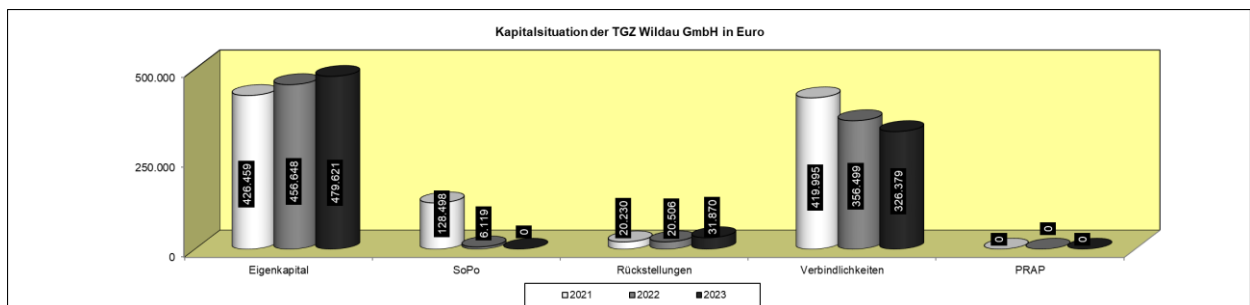
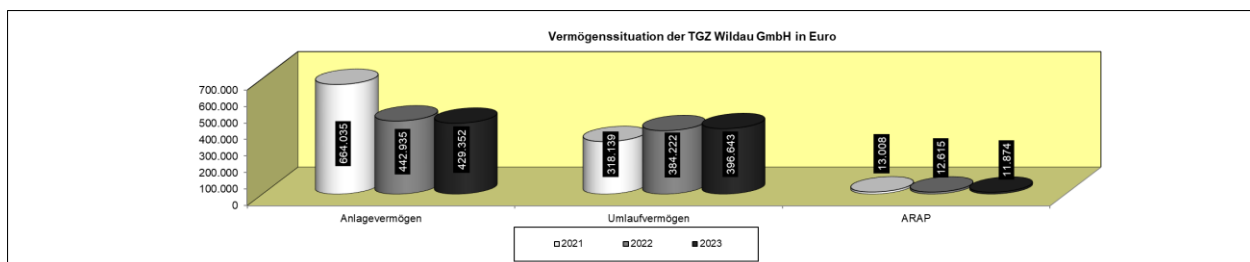
Insgesamt erhöhte sich das Umlaufvermögen gegenüber dem Vorjahr auf 397 Tsd. Euro (Vj. 384 Tsd. Euro).

Das Eigenkapital erhöhte sich auf 480 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag, bei einem Gewinnvortrag von 300 Tsd. Euro und einem Jahresüberschuss aus 2023 in Höhe von 23 Tsd. Euro. Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben gegenüber dem Vorjahr konstant.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse war zum Bilanzstichtag vollständig aufgelöst (Vj. 6 Tsd. Euro). Die Eigenkapitalquote stieg auf 57 % (Vj. 55 %).

Die Rückstellungen in Höhe von 32 Tsd. Euro erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (21 Tsd. Euro). Sie beinhalten Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (11 Tsd. Euro), für Archivierungskosten (10 Tsd. Euro) und für sonstige Rückstellungen (11 Tsd. Euro).

Die Verbindlichkeiten beliefen sich insgesamt auf 326 Tsd. Euro (Vj. 357 Tsd. Euro). Ein Großteil davon entfällt auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 157 Tsd. Euro (Vj. 209 Tsd. Euro). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Verbindlichkeiten beliefen sich auf 160 Tsd. Euro TEUR (Vj. 148 Tsd. Euro).



Gewinn- und Verlustrechnung der TGZ Wildau GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	484.586	450.352	450.092
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	28.221	7.444	-10.006
3.	sonstige betriebliche Erträge	6.902	122.457	122.983
4.	Materialaufwand	-152.820	-137.087	-137.172
5.	Personalaufwand	0	0	-333
	a) Löhne und Gehälter	0	0	0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0	0	-333
6.	Abschreibungen	-26.581	-222.685	-237.443
	a) Abschreibungen auf imm. VG und Sachanlagen	-26.581	-222.685	-237.443
	b) außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0	0	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-307.684	-179.751	-216.760
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	32.624	40.730	-28.642
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.063	-3.954	-5.218
11.	Finanzergebnis	-3.063	-3.954	-5.218
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13.	Ergebnis nach Steuern	29.560	36.776	-33.860
14.	Sonstige Steuern	-6.587	-6.587	-6.587
15.	Jahresergebnis	22.973	30.189	-40.447

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 485 Tsd. Euro (Vj. 450 Tsd. Euro) und lagen damit über dem Vorjahreswert.

Sonstige betriebliche Erträge (7 Tsd. Euro) konnten letztmalig aus der ertragswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen generiert werden.

Der Materialaufwand in Höhe von 153 Tsd. Euro (Vj. 137 TEUR) beinhaltete die bezogenen Leistungen (Betriebskosten) und lag über dem Vorjahreswert.

Die Abschreibungen in Höhe von 27 Tsd. Euro lagen unter dem Vorjahreswert (223 Tsd. Euro). Das Gebäude ist vollständig linear abgeschrieben.

Die Verwaltung des Technologiezentrums erfolgte auch in 2023 vollständig im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TGZ Wildau GmbH und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH. Die Kosten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages entstanden sind, wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Seit 2021 wird das Facility Management des TGZ von der WFG mbH erbracht. Durch den Personalwechsel fielen bei der TGZ Wildau GmbH keine Personalkosten mehr an. Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 23 Tsd. Euro erzielt (Vj. 30 Tsd. Euro).

Analysedaten

Die Anlagenintensität war aufgrund des TGZ Gebäudes mit 51 % weiterhin hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Bei Betrachtung der Anlagendeckung II mit einem Wert von 136 % zeigt sich, dass diese Regel vollumfänglich erfüllt ist. Der Zielwert liegt bei 1 bzw. 100 %.

Eine hohe Anlagenintensität erfordert daher einen hohen Anteil von Eigenkapital bzw. langfristigem Fremdkapital. Die gesteigerte Eigenkapitalquote von 57 % kann als solide beurteilt werden. Durch die Veränderung des Fremdkapitals und der Erhöhung des Gewinnvortrages durch den erzielten Jahresüberschuss konnte die Eigenkapitalquote im Vergleich zum Vorjahr von 54 % auf 57 % gesteigert werden.

Die Zinsaufwandsquote blieb aufgrund der Tilgungen von Krediten bei 1 %. Im Rahmen des planmäßig erbrachten Kapitaldienstes von insgesamt 53 Tsd. Euro (Vj. 56 Tsd. Euro) wurden 3 Tsd. Euro für Zinszahlungen geleistet. Die Liquidität 3. Grades hat sich von 174 % auf 153 % reduziert.

Der Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 203 Tsd. Euro auf 50 Tsd. Euro. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses betrug die Eigenkapitalrentabilität 5 % und die Gesamtrentabilität 3 %.

Mit der Ausgliederung des Facility Managements an die WFG mbH fielen auch in 2023 keine Personalaufwendungen an. Vor diesem Hintergrund errechnete sich keine Personalaufwandsquote. Die Kosten für das Facility Management waren den betrieblichen Aufwendungen zuzurechnen.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	51%	53%	67%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	57%	54%	43%
Eigenkapitalquote (mit 50% Sonderposten)	57%	55%	49%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	136 %	140%	115%
Zinsaufwandsquote	1 %	1%	1%
Liquidität 3. Grades	153 %	174%	94%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	50 Tsd. Euro	253 Tsd. Euro	197 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	5%	7%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	3%	4%	0 %
Umsatz	485 Tsd. Euro	450 Tsd. Euro	450 Tsd. Euro
Gesamtleistung	520 Tsd. Euro	580 Tsd. Euro	563 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	23 Tsd. Euro	30 Tsd. Euro	-40 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Geschäftsverlauf 2023

Die Geschäftsführung sowie die gesamte Verwaltung des Technologiezentrums erfolgten, wie auch in den Vorjahren, durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH, welche im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages diese Aufgaben abdeckt. Seit dem 01.01.2021 verfügt die TGZ Wildau GmbH nicht mehr über eigenes Personal. Das Facility Management wird nunmehr ebenfalls durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages erbracht.

Die Leistungen der TGZ Wildau GmbH bezogen sich auf die Dauervermietung von Räumlichkeiten überwiegend an „kleine und mittlere“ Unternehmen, die Einzelvermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Seminare.

Das Technologie- und Gründerzentrum ist wesentlich durch eine kleinteilige Flächenaufteilung gekennzeichnet. In der Regel sind die Mietbereiche der einzelnen Nutzer zwischen 15 und 100 m² groß. Das Geschäftsjahr 2023 war durch einen vergleichsweise konstanten Mieterbesatz geprägt. Ein- und Auszüge erfolgten zu gleichen Teilen. So konnten, trotz der fast vollständigen Vermietung des Objekts, sechs neue Mietverträge über kleinere Flächen (insg. 375 m²) im Geschäftsjahr abgeschlossen werden.

Die Umsatzerlöse der TGZ Wildau GmbH beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 484 Tsd. Euro. Dies entsprach einer Steigerung um 7,6 % (34 Tsd. Euro) gegenüber dem Vorjahreswert. Der Vermietungsstand lag bei 94,9 % und damit geringfügig über dem Vorjahresniveau von 93,05 %.

Das Projekt „Coworking Space“ hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Gleichwohl muss die Vermietungssituation weiterhin als noch nicht zufriedenstellend eingestuft werden. Das Angebot soll zunächst weitergeführt werden, um weitere Erfahrungswerte zu sammeln.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 13 Tsd. Euro getätigt. Diese standen hauptsächlich in Zusammenhang mit Vorleistungen für den Umbau der Heizungsanlage.

Aufgrund der stabilen Vermietungslage blieb die Liquidität weitestgehend konstant. Zur weiteren Sicherung einer soliden finanziellen Situation der Gesellschaft ist das durch die fristlose Kündigung der White Steel GmbH leerstehende Büro-/Hallenensemble mit insgesamt 520 m² zu räumen und neu zu vermarkten. Abgesehen vom vorgenannten Fall ist die Vermietungssituation der kleinteiligen Flächen als gut zu bewerten, so dass die Mietpreise in 2024 überprüft und ggf. nach oben angepasst werden sollen.

Der Kapitaldienst der Kredite zur Finanzierung der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums wurde im Geschäftsjahr planmäßig in Höhe von 56 Tsd. Euro bedient. Die Kreditverbindlichkeiten reduzierten sich auf 209 Tsd. Euro (Vj. 261 Tsd. Euro). Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafters wurden nicht geleistet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2023 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 23 Tsd. Euro erzielt, was einer Verbesserung von 96 Tsd. Euro gegenüber dem Planwert entsprach.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Mit einer Sockelliquidität Ende 2023 in Höhe von 201 Tsd. Euro besteht aus Sicht der Geschäftsführung eine ausreichende Liquidität für die in 2024 abzuschließenden Reparaturen/Instandhaltung der Heizkeselerneuerung und der Wärmepumpe. Die Maßnahmen konnten, entgegen der ursprünglich geplanten Kreditaufnahme, aus dem laufenden Cash Flow finanziert werden.

An der Strategie, der Investition in die Gebäudesubstanz, zum Erhalt der Qualität wird auch in den folgenden Jahren festgehalten. Sie ist Voraussetzung für eine nachhaltige Bewirtschaftung. Umfassender Bedarf für eine Neugestaltung besteht im ehemaligen Foyer des TGZ. Im aktuellen Zustand ist dieser Eingangsbereich nicht repräsentativ für das Gesamthaus. Daneben ist in Abhängigkeit der finanziellen Mittel eine nachträgliche Klimatisierung des zweiten Flügels des TGZ und von Teilflächen des Anbaus weiterhin zu erwägen.

Nach dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2024 geht die Geschäftsführung davon aus, dass das Planergebnis von 33,2 Tsd. Euro eingehalten wird.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr		Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen (eigenkapitalerhöhende Betriebskostenzuschüsse)	2023		0
	2022		0
	2021		0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023		0
	2022		0
	2021		0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	In 2021 erlosch mit Ablösung des Darlehens die Bürgschaft des LDS.		
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	0	
	2022	0	
	2021	Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank	
		Restschuld zum 31.12.2021: 0	

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Magazinstr. 28

03046 Cottbus

Tel.: +49 (0) 355 / 28 890 404

Fax: +49 (0) 355 / 288 90 405

E-Mail: info@wirtschaftsregion-lausitz.dewww.wirtschaftsregion-lausitz.de

	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	55.000	55.000	35.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Land Brandenburg (vertr. d. d. Ministerium der Finanzen und für Europa)	30.000 Euro; 54,55 %	30.000 Euro; 54,55 %	-
Wirtschaftsregion Lau- sitz GmbH	-	-	5.000 Euro; 5.000 Euro, 28,57 %
Landkreis Dahme- Spreewald	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Elbe-Elster	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Oberspre- ewald-Lausitz	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %
Landkreis Spree-Neiße	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %
Stadt Cottbus	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 9,09 %	5.000 Euro; 14,29 %
Datum der Gründung	15.07.2009 als Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH		
Umfirmierung	27.11.2017 (Eintragung Handelsregister)		
aktueller Gesell- schaftsvertrag	25.01.2022		
Gegenstand des Un- ternehmens	Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für den Brandenburger Teil der Lausitz auf der Basis der strategischen Ausrichtung des Landes		
	Beratung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung strategischer Ausrichtungen		
	Begleitung und Steuerung der Strukturentwicklung, u. a. durch die Unterstützung regionaler Projekte		
	Steuerung, Durchführung und Weiterentwicklung der Werkstattprozesse zur Entwicklung, Qualifizierung, Begleitung und Unterstützung der Umsetzung von regionalen Projekten		
	Förderung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf		

	Unterstützung eines partizipativen Beteiligungsprozesses zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure												
	Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz												
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung erneut nach § 91 BbgKVerf bestätigt.												
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Heiko Jahn <u>Gesellschafterversammlung:</u> <table><tr><td>Vertreter LDS:</td><td>Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete und Dezernentin)</td><td></td></tr><tr><td>Stellvertreter LDS:</td><td>Herr Stephan Loge (Landrat)</td><td>bis 29.02.2024</td></tr><tr><td></td><td>Herr Sven Herzberger (Landrat)</td><td>ab 01.03.2024</td></tr></table> <u>Aufsichtsrat:</u> <table><tr><td>Vertreter des LDS:</td><td>Herr Stefan Klein (Dezernent)</td><td></td></tr></table>	Vertreter LDS:	Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete und Dezernentin)		Stellvertreter LDS:	Herr Stephan Loge (Landrat)	bis 29.02.2024		Herr Sven Herzberger (Landrat)	ab 01.03.2024	Vertreter des LDS:	Herr Stefan Klein (Dezernent)	
Vertreter LDS:	Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete und Dezernentin)												
Stellvertreter LDS:	Herr Stephan Loge (Landrat)	bis 29.02.2024											
	Herr Sven Herzberger (Landrat)	ab 01.03.2024											
Vertreter des LDS:	Herr Stefan Klein (Dezernent)												

Bilanz der WRL GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	15.679	20.131	30.055
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	1.185	5	5
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1185	5	5
II.	Sachanlagen	14.494	20.126	30.050
1.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	14.494	20.126	30.050
B.	Umlaufvermögen	414.748	419.552	756.052
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	791	12.754	326.161
1.	Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	530	9.552	317.738
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	262	3.202	8.422
II.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	413.956	406.798	429.891
C.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	6.761	5.996	12.485
	Bilanzsumme	437.188	445.679	798.592
Passiva				
A.	Eigenkapital	266.670	266.670	271.699
I.	Gezeichnetes Kapital	55.000	55.000	25.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	211.670	246.699	-51.765
III.	Jahresfehlbetrag/-überschuss	0	-35.029	298.464
B.	Geleistete Einlagen zur beschlossenen Kapitalerhöhung	0	0	20.000
C.	Rückstellungen	84.176	111.811	28.182
1.	Sonstige Rückstellungen	84.176	111.811	28.182
D.	Verbindlichkeiten	68.414	67.198	478.711
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	4.328	6.843	31.100
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	38.232	37.643	
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	25.853	22.713	447.611
E.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	17.928	0	0
	Bilanzsumme	437.188	445.679	798.592

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen (16 Tsd. Euro; Vj. 20 Tsd. Euro) hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund planmäßiger Abschreibungen verringert.

Das Umlaufvermögen (415 Tsd. Euro; Vj. 420 Tsd. Euro) hat sich per Saldo um 5 Tsd. Euro verringert. Dieser Rückgang ist auf die Verminderung der Forderungen zurückzuführen.

Erhöht haben sich im Berichtsjahr die liquiden Mittel um 7 Tsd. Euro auf 414 Tsd. Euro (Vj. 407 Tsd. Euro) und machen einen Anteil von ca. 95 % der Bilanzsumme aus (Vj. 91 %).

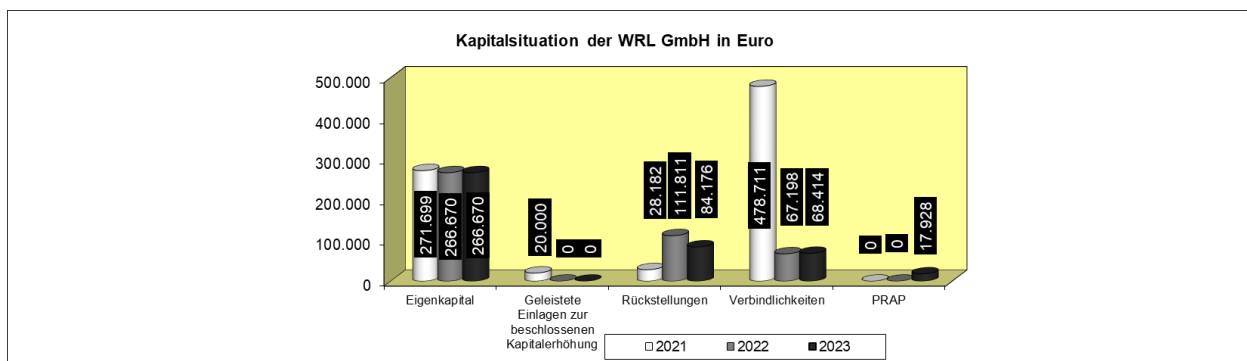
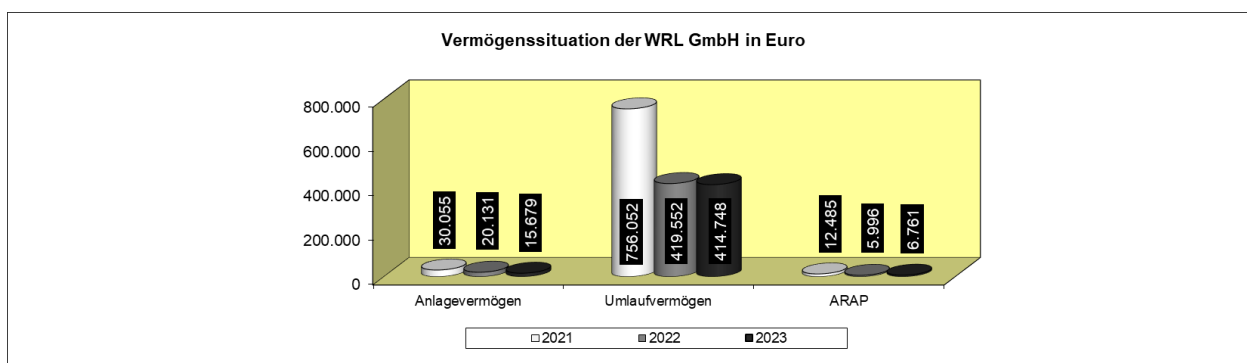
Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich im Vorjahresvergleich geringfügig von 6 Tsd. Euro auf 6,8 Tsd. Euro und stellt 1,6 % der Aktiva dar.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Infolge des gegenüber dem Vorjahr verminderten Gesamtvermögens um 8,5 Tsd. Euro ist jedoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtvermögen, also die Eigenkapitalquote von 60 % im Vorjahr auf 61 % in 2023 angewachsen.

Eine Verminderung der Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um 28 Tsd. Euro auf einen Wert von 84 Tsd. Euro ist zum einen auf einen Verbrauch von Personalkostenrückstellungen und auf Auflösungen aus dem früheren MORO-Projekt zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 68 Tsd. Euro betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Gesellschaftern, Verbindlichkeiten gegenüber der Staatskanzlei des Landes Brandenburg und Sonstige Verbindlichkeiten.

Die Bilanzsumme reduzierte sich erneut um 8,5 Tsd. Euro von 446 Tsd. Euro auf 437 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der WRL GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	152.928	1.999	0
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.713.227	1.735.755	1.787.600
3.	Personalaufwand	-1.173.501	-1.244.647	-1.176.874
	a) Löhne und Gehälter	-969.115	-1.034.240	-977.111
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-204.386	-210.407	-199.762
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.643	-9.924	-34.903
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-686.472	-517.780	-276.132
6.	Ergebnis nach Steuern	540	-34.598	299.016
7.	Sonstige Steuern	-540	-431	-552
8.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-35.029	298.464

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Jahr 2023 erzielte die WRL GmbH Gesamterträge in Höhe von 1.866 Tsd. Euro (Vj. 1.738 Tsd. Euro). Umsatzerlöse wurden in Höhe von 153 Tsd. Euro generiert.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 1.713 Tsd. Euro wurden unter anderem die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter des Berichtsjahres ausgewiesen sowie die institutionelle Förderung des Landes Brandenburg.

Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 1.174 Tsd. Euro. Dies entspricht einer Verminderung in Höhe von 71 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Trotz tariflicher Anpassungen hat sich der Aufwand aufgrund hoher Personalfluktuations verringert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr in Zusammenhang mit der Imagekampagne im Rahmen des STARK-Programms um 169 Tsd. Euro.

Das Berichtsjahr schloss mit einem Jahresergebnis in Höhe von 0,13 Euro ab.

Analysedaten

Die Anlagenintensität hat sich gegenüber dem Vorjahr minimal verringert und lag bei 4 %.

Die Eigenkapitalquote hat sich auf 61 % erhöht und deutet damit erneut auf einen sehr stabilen Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital hin.

Die Liquidität 3. Grades betrug 243 % und lag damit über dem Schwellenwert von 100 %.

Die Personalaufwandsquote ist mit einem Wert von mehr als 750 % nicht aussagekräftig, was auf das Verhältnis eines relativ geringen Umsatzes zu den aus sonstigen betrieblichen Erträgen finanzierten Personalaufwendungen zurückzuführen ist. In den Vorjahren wurde der Wert nicht abgebildet, da keine Umsatzerlöse gebucht wurden.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	4%	5%	4%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	61%	60%	34%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	1701%	1325%	971%
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	243%	234%	149%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	6 Tsd. Euro	-5 Tsd. Euro	353 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	-13%	110%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	-8%	37%
Umsatz	153 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro
Gesamtleistung	153 Tsd. Euro	0 Euro	0 Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	-35 Tsd. Euro	298 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	767%	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	17	17	17

Geschäftsverlauf 2023

Im Berichtsjahr 2023 setzte sich die Gesellschafterstruktur unverändert wie folgt zusammen: Land Brandenburg vertreten durch das Ministerium der Finanzen und für Europa, Landkreis Dahme-Spreewald, Landkreis Elbe-Elster, Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Landkreis Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus. Das Land Brandenburg hält demnach nun mit 30 Tsd. Euro Stammkapital einen Anteil in Höhe von 54,55 % an der Gesellschaft, die fünf kommunalen Gesellschafter sind mit jeweils 5 Tsd. Euro und einem Anteil in Höhe von jeweils 9,09 % beteiligt.

Dem Geschäftszweck des Unternehmens entsprechend, nahm die WRL GmbH im Berichtsjahr ihre gesellschaftsrechtliche Aufgabe, den Strukturwandel in der Lausitz zu befördern, wahr und konzentrierte sich insbesondere auf die folgenden Aufgaben:

- Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunfts-fähiger wirtschaftlicher Perspektiven für den Brandenburger Teil der Lausitz auf der Basis der strategischen Ausrichtung des Landes
- Beratung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung strategischer Ausrichtungen
- Begleitung und Steuerung der Strukturentwicklung, u. a. durch die Unterstützung regionaler Projekte
- Steuerung, Durchführung und Weiterentwicklung der Werkstattprozesse zur Entwicklung, Qualifizierung, Begleitung und Unterstützung der Umsetzung von regionalen Projekten
- Förderung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf
- Unterstützung eines partizipativen Beteiligungsprozesses zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure
- Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz

Seit der Neuausrichtung der WRL GmbH als Landesstrukturentwicklungsgesellschaft des Landes Brandenburg konzentrierte sich das Unternehmen ab dem Jahr 2021 ausschließlich auf Projekte, die direkt mit dem Strukturwandel in der Lausitz in Verbindung stehen. Eine Fortführung der Arbeit als Projektträger sowie finanzielle Unterstützung für andere Projekte erfolgt nicht mehr.

Im Berichtsjahr konnte sich die Arbeit des Werkstattteams verstetigen und weiterentwickeln, z. B. um die Funktion eines Förderlotsen. Seine Aufgabe ist es, auf andere Förderprogramme zu verweisen, sofern eine Förderung über die Strukturmittel des Landes nicht möglich ist. Es wurden zahlreiche Projektideen geprüft und qualifiziert. Um Synergieeffekte zu erzielen, wurden im Verlauf komplementär angesiedelte Projekte identifiziert. Insgesamt fanden 15 Sitzungen in den fünf Werkstätten statt, außerdem wurde eine werkstattübergreifende Sitzung durchgeführt. Durch die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) wurden 11 Projekte bestätigt, durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) wurden 7 Zuwendungsbescheide erteilt.

Eine weitere wichtige Säule der Projektarbeit der WRL besteht in der Umsetzung des Bundesmodellvorhabens „Unternehmen Revier“. Hierbei betreut die WRL als Regionalpartner die Förderungen im Rahmen des Regionalen Investitionskonzeptes (RIK). Dieses Förderprogramm ist eine bedeutende Ergänzung zum Strukturstärkungsgesetz, da es sich mit Möglichkeiten einer direkten Unternehmensförderung an KMUs richtet, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit Effekten der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen erzielen wollen. Aus dem im Berichtsjahr erfolgten Projektauftrag gingen von 31 eingereichten Projektideen bisher 7 Projekte mit 10 Einreichern, teilweise im Verbund, mit der Aufforderung zur Einreichung hervor. Weitere Projekte aus dem Aufruf im Jahr 2023 werden im Jahresverlauf 2024 zur Einreichung aufgefordert. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 24 neue Zuwendungsbescheide ausgestellt werden, darunter sieben für Verbundprojekte.

Das Hauptaugenmerk der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie des Marketings der WRL im Jahr 2023 lag auch weiterhin auf der Imagekampagne „Die Lausitz. Krasse Gegend.“. Insbesondere sollte die Verknüpfung der Kampagne mit regionalen Netzwerken, Kommunen und Stakeholdern ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit mit der Full-Service-Agentur „Ressourcenmangel“ wurde im 3. Quartal 2023 beendet. Eine Neuausschreibung der Kommunikations- und Umsetzungsstrategie für die Jahre 2024 und 2025 wurde auf den Weg gebracht. Um künftig eine größere Anzahl an Material selbst produzieren zu können und die Sichtbarkeit des Strukturwandels zu erhöhen, wurde das Team der Öffentlichkeitsarbeit erweitert.

Das Geschäftsjahr 2023 schloss mit einem Jahresgewinn in Höhe von 0,13 Euro ab.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Auch zukünftig ist für den Erhalt einer liquiden Basis der Gesellschaft und dem damit in Verbindung stehenden Handlungsspielraum die Grundfinanzierung durch die institutionelle Förderung der Staatskanzlei Brandenburg und die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter unerlässlich, denn durch die Betrauung gemäß geltendem EU-Recht ist die Anhäufung von Liquiditätsreserven nicht zulässig.

Ein rechtsverbindlicher Betrauungsakt, der die ausgleichsfähige Daseinsvorsorge genau definiert, gilt für die Gesellschaft seit dem 01.01.2014 und reduziert somit das beihilferechtliche Rückforderungsrisiko, eine Verlängerung mit Gültigkeit ab dem 01.01.2024 wurde bereits beschlossen. Eine Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern vom 08.12.2021 bildet die Grundlage für die Finanzierung der Gesellschaft.

Um eine frühestmögliche Erkennung bestandsgefährdender Risiken zu gewährleisten, die Auswirkungen auf die Ertrags- oder Finanzlage des Unternehmens haben könnten, wird auf lückenlose und engmaschige Kommunikation gesetzt. Bestandsgefährdende Risiken sind für das Unternehmen nicht zu erwarten.

Für das Jahr 2024 wird gemäß Wirtschaftsplanung ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	87 Betriebskostenzuschuss und anteilige Projektfinanzierung
	2022	147 Betriebskostenzuschuss
	2021	118 Betriebskostenzuschuss 9 ZWL Eigenanteil
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		

BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

Mittelstraße 11

12529 Schönefeld

Tel.: +49 (0) 30 / 81 03 17 72

Fax: +49 (0) 30 / 80 92 70 52

E-Mail: info@badc-gmbh.dewww.badc-gmbh.de

Berlin-Brandenburg Area Development Company

	2023		2022		2021	
Stammkapital in Euro	50.000		50.000		50.000	
Gesellschafter	Anteil in Euro	Anteil in %	Anteil in Euro	Anteil in %	Anteil in Euro	Anteil in %
Landkreis Teltow-Fläming	2.500	5	2.500	5	2.500	5
Gemeinde Rangsdorf	8.000	16	8.000	16	8.000	16
Gemeinde Großbeeren	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Ludwigsfelde	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	3.000	6	3.000	6	3.000	6
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Königs Wusterhausen	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Stadt Wildau	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Gemeinde Eichwalde	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Schulzendorf	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Zeuthen	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Bestensee	1.000	2	1.000	2	1.000	2
Gemeinde Schönefeld	500	1	500	1	500	1
Stadt Mittenwalde	500	1	500	1	500	1
Datum der Gründung	26.02.2001					
aktueller Gesellschaftsvertrag	16.12.2015					
Gegenstand des Unternehmens	Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld BER in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BER sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform Sicherstellung eines Interessenausgleichs zwischen kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS) untereinander sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und den Betreibern des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Flughafenumfeld BER					

Öffentlicher Zweck	Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind. Gemäß § 123 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist der Landkreis verpflichtet, die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführerin:</u> Frau Dipl.- Ing. Antje Girschick bis 23.01.2024 Herr Markus Mücke vom 26.01.2024 bis 31.05.2024 Herr Georg Balzer ab 01.06.2024 <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Frau Heike Zettwitz bis 16.10.2024 (Beigeordnete und Dezernentin) Herr Dr. Matthias Städter ab 17.10.2024 (AL 23) Stellvertreter LDS: Herr Dr. Matthias Städter bis 16.10.2024 (AL 23) Frau Annett Lehmann ab 17.10.2024 (SGL 63)

Bilanz der BADC GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	194.509	196.981	199.549
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	142.283	142.283	142.283
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0	0
2.	Geleistete Anzahlungen	142.283	142.283	142.283
II.	Sachanlagen	226	2.698	5.266
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	226	2.698	5.266
III.	Finanzanlagen	52.000	52.000	52.000
1.	Genossenschaftsanteile	52.000	52.000	52.000
B.	Umlaufvermögen	5.399.424	2.823.501	2.619.701
I.	Vorräte	2.429.066	1.579.402	1.031.210
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.429.066	1.579.402	1.031.210
2.	Geleistete Anzahlungen	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54.212	119.641	106.205
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	46.602	71.058	90.636
	davon Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	7.610	48.583	15.569
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.916.147	1.124.458	1.482.286
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.310	1.270	1.584
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
	Bilanzsumme	5.595.243	3.021.752	2.820.834
Passiva				
A.	Eigenkapital	412.705	387.855	349.554
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	337.855	299.554	244.847
III.	Jahresüberschuss	24.850	38.301	54.707
IV.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B.	Rückstellungen	37.386	34.364	23.590
1.	Steuerrückstellungen	14.309	12.417	427
2.	sonstige Rückstellungen	23.076	21.946	23.163
C.	Verbindlichkeiten	5.140.546	2.594.547	2.442.323
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.678.573	2.376.364	2.250.991
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	298.340	215.660	188.818
	davon Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		0	100.156
3..	Sonstige Verbindlichkeiten	163.633	2.522	2.514
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.607	4.986	5.366
	Bilanzsumme	5.595.243	3.021.752	2.820.834

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Auf der Aktivseite war eine Minderung des Anlagevermögens um 2 Tsd. Euro infolge planmäßiger Abschreibungen der Sachanlagen auf 226 Euro zu verzeichnen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 2,6 Mio. Euro auf 5,4 Mio. Euro. Maßgeblich dafür war der Zuwachs der unfertigen Erzeugnisse und der Anstieg des Kassenbestandes. Durch vorfinanzierte Projektumsetzungen erhöhten sich die Bestände an unfertigen Leistungen um 850 Tsd. Euro auf 2,5 Mio. Euro. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände reduzierten sich um 65 Tsd. Euro auf 54 Tsd. Euro. Der Kassenbestand erhöhte sich um 1,8 Mio. Euro auf 2,9 Mio. Euro (Vj. 1,1 Mio. Euro). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit sichergestellt.

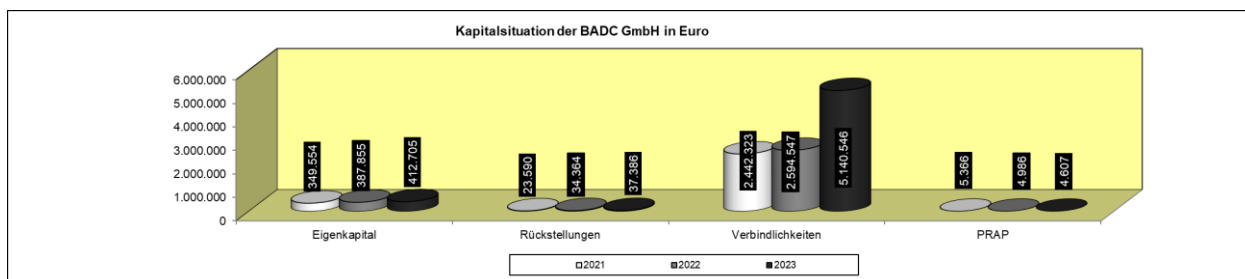
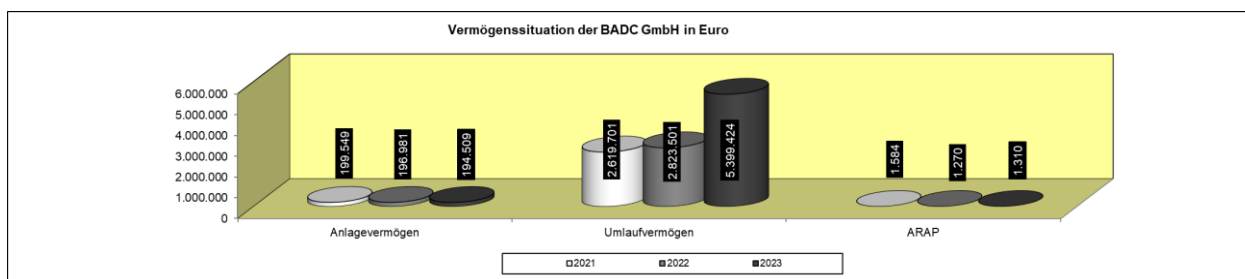
Die Forderungen betrafen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 54 Tsd. Euro und sind daher kurzfristiger Natur mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 25 Tsd. Euro erhöhte sich mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2023 das Eigenkapital zum Bilanzstichtag auf 413 Tsd. Euro (Vj. 388 Tsd. Euro).

Weiterhin war auf der Passivseite der Bilanz eine Erhöhung der Verbindlichkeiten auf 5,1 Mio. Euro (Vj. 2,6 Mio. Euro) zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang ist der Anstieg der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen mit 2,6 Mio. Euro (Vj. 2,4 Mio. Euro) zu nennen. Die Lieferantenverbindlichkeiten erhöhten sich um 83 Tsd. Euro auf 298 Tsd. Euro (Vj. 216 Tsd. Euro).

Rückstellungen (37 Tsd. Euro) lagen leicht über dem Vorjahresniveau (34 Tsd. Euro). Die Rückstellungen setzen sich aus Steuerrückstellungen (14 Tsd. Euro) und sonstigen Rückstellungen (23 Tsd. Euro) zusammen. Diese beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (14 Tsd. Euro), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (5 Tsd. Euro), Rückstellungen für Archivierungskosten zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren (4 Tsd. Euro) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (1 Tsd. Euro).

Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Mio. Euro auf einen Wert von 5,6 Mio. Euro (Vj. 3,0 Mio. Euro).



Gewinn- und Verlustrechnung der BADC GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	787.378	1.000.122	2.088.344
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	849.664	548.192	-229.512
3.	Gesamtleistung	1.637.041	1.548.314	1.858.836
4.	Sonstige betriebliche Erträge	946	12.135	2.174
5.	Materialaufwand	-1.325.661	-1.221.204	-1.494.275
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.325.661	-1.221.204	-1.494.275
6.	Personalaufwand	-193.986	-192.782	-207.430
	a) Löhne und Gehälter	-158.931	-157.507	-169.541
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-35.055	-35.275	-37.890
7.	Abschreibungen	-2.472	-2.567	-2.764
	a) Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-2.472	-2.567	-2.764
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-94.492	-90.822	-96.444
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-3.283	-5.215
10.	Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge	11.422	1.040	910
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.948	-12.264	-662
12	Ergebnis nach Steuern	24.850	38.567	55.130
12.	Sonstige Steuern	0	-266	-423
13.	Jahresüberschuss	24.850	38.301	54.707

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr verminderten sich die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 213 Tsd. Euro auf 787 Tsd. Euro. Der Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen erhöhte sich um 301 Tsd. Euro auf 850 Tsd. Euro. Die Gesamtleistung erhöhte sich zum Vorjahreswert um 88 Tsd. Euro auf 1,6 Mio. Euro.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 787 Tsd. Euro (Vj. 1,0 Mio. Euro) enthalten im Wesentlichen die im Berichtsjahr umgesetzten Entsiegelungsprojekte in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband Sauenanlage Briesen (360 Tsd. Euro), Umsatzerlöse aus den Projekten Rückbau Altes Anglerheim Kohlegrube (40 Tsd. Euro) und der Entsiegelung Toilettenhäuschen in Gräbendorf (57 Tsd. Euro). Des Weiteren wurden Umsatzerlöse aus der Geschäftsbesorgung Dialogforum KAG (170 Tsd. Euro) und aus Beratungsleistungen (96 Tsd. Euro) erzielt.

Der betriebliche Aufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 1,6 Mio. EUR (Vj. 1,5 Mio. Euro). Darin enthalten waren der um 104 Tsd. Euro gestiegene Materialaufwand (1,3 Mio. Euro) für bezogene Leistungen und der Personalaufwand (194 Tsd. Euro).

Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 104 Tsd. Euro. Der Anteil der bezogenen Leistungen betrug gemessen an der Gesamtleistung ca. 81 % (Vj. 79 %).

Mit durchschnittlich 3 Mitarbeitern beliefen sich die Personalaufwendungen auf dem Vorjahresniveau bei 194 Tsd. Euro (Vj. 193 Tsd. Euro). Die Vergütung der Geschäftsführerin in Höhe von 104 Tsd. Euro sind aufgrund der Personalabordnung gegenüber dem Landkreis Dahme-Spreewald in den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 25 Tsd. Euro erzielt. Das Ergebnis lag somit unter dem Vorjahreswert (38 Tsd. Euro) aber um 12 Tsd. Euro über dem geplanten Ergebnis für 2023 von 13 Tsd. Euro.

Analysedaten

Aufgrund der projektbezogenen Arbeit der BADC unterliegt die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur zum Teil erheblichen Schwankungen. Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigte sich eine hierfür charakteristische niedrige Anlagenintensität.

Eine Vermögensdeckung innerhalb der Gesellschaft ist seit dem Jahr 2016 wieder gegeben, der Verlustvortrag konnte vollständig gedeckt werden. Die Gesellschaft konnte einen Gewinnvortrag in Höhe von 338 Tsd. Euro (Vj. 300 Tsd. Euro) aufbauen und das Eigenkapital auf 413 Tsd. Euro stärken. In Relation zum Vermögen der Gesellschaft reduzierte sich die Eigenkapitalquote von 13 % auf 7 %. Die Eigenkapitalrentabilität verminderte sich aufgrund des geringeren Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr von 10 % auf 6 %. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 104 % bestätigt dies.

Mit dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen in 2018 und der erworbenen Ersatzaufforstungsrechte verfügt die Gesellschaft über immaterielle Vermögensgegenstände, welche gemessen am Eigenkapital zu einer Anlagendeckung in Höhe von 212 % führten.

Die Personalaufwandsquote blieb konstant bei 12 %. Die im Personalaufwand erfassten Kosten betrafen die zwei Stellen Projektmanagement sowie die Referentin der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum. Die Kosten für die Geschäftsführung wurden hier nicht erfasst.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	3 %	7 %	7 %
Eigenkapitalquote	7 %	13 %	12 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	212 %	197 %	175 %
Zinsaufwandsquote	0 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	104 %	107 %	106 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	27 Tsd. Euro	41 Tsd. Euro	57 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	6 %	10 %	16 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	1 %	2 %
Umsatz	787 Tsd. Euro	1,0 Mio. Euro	2,1 Mio. Euro
Gesamtleistung	1,6 Mio. Euro	1,5 Mio. Euro	1,9 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	25 Tsd. Euro	38 Tsd. Euro	55 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	12 %	12 %	11 %
Anzahl der Mitarbeiter	3	4	4

Geschäftsverlauf 2023

Die Gesamtleistung der BADC ist im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 89 Tsd. Euro auf einen Wert von 1,6 Mio. Euro gestiegen und lag um 254 Tsd. Euro über dem Planwert (1,4 Mio. Euro). Infolge neuer durch die BADC vorfinanzierter Projektbeauftragungen zur Entwicklung von Ausgleichsmaßnahmen erhöhten sich die Bestände an unfertigen Leistungen um 301 Tsd. Euro auf 850 Tsd. Euro.

Das Rohergebnis (Gesamtleistung abzüglich Aufwendungen für bezogene Leistungen) lag im Geschäftsjahr bei ca. 311 Tsd. Euro und damit um 16 Tsd. Euro unter dem Vorjahreswert. Dem geringeren Rohergebnis standen höhere Personalaufwendungen und gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen gegenüber, welche aber durch die Bestandserhöhung an unfertigen Leistungen kompensiert werden konnte. Im Vorjahresvergleich hat sich der Jahresüberschuss um 13 Tsd. Euro verringert.

Im Ergebnis konnte der Gewinnvortrag der Gesellschaft weiter ausgebaut werden. Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über ein Eigenkapital in Höhe von 413 Tsd. Euro (Vj. 388 Tsd. Euro). Die Eigenkapitalquote sank allerdings um 6 Prozentpunkte auf 7 %.

2023 wurden 13 Verträge mit Investoren zur Reservierung von Kompensationsmaßnahmen in Höhe von 2,9 Mio. Euro (netto) geschlossen. Davon wurden in 2023 bereits 2,3 Mio. Euro von den Investoren gezahlt.

2023 haben jedoch im Vergleich zu den Vorjahren nur vier der 14 Gesellschafter die Leistungen der BADC in Anspruch genommen. Von den vier Gesellschaftern wurden Maßnahmen aus dem INKOF angefragt und in ihre Bauleitplanungen aufgenommen, projektvorbereitende Maßnahmen finanziert oder die BADC mit Beratungs- und Projektsteuerungsleistungen beauftragt (2022: 6 Gesellschafter, 2021: 7 Gesellschafter, 2020: 12 Gesellschafter).

Der interkommunale Flächenpool der BADC (INKOF BER) konnte im Geschäftsjahr auf der Grundlage aktueller Projektnachfragen um sechs Projekte erweitert werden. Im Flächenpool befanden sich derzeit 236 Maßnahmen, wobei das positive Votum der zuständigen Naturschutzbehörden noch nicht für alle Projekte vorlag. Eine Vermittlung ist jedoch ohne dieses Votum nicht möglich.

Im Berichtsjahr erfolgten keine Investitionen in das Sachanlagevermögen.

Die Jahresabschlussprüfung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BerKon GmbH durchgeführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt und die Prüfung führte zu keinen Einwendungen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die den Wirtschaftsplan 2024 prägenden Projekte sind im Wesentlichen: Rückbaumaßnahmen in Kooperation mit der Landesforst Brandenburg, insbesondere der Rückbau der baulichen Anlagen am Guldensee, Rückbau Sonderprojekt Schönwalde, Fortsetzung der Windschutzpflanzung am Großbeerener Graen in Ludwigsfelde, Anlage der Streuobstwiese in Görzdorf (Storkow), die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen für div. Bauvorhaben/ B-Pläne in der Gemeinde Schönefeld z.B. „Landwirte Gräbendorf“ und die Geschäftsführung der KAG DF.

Die geplanten Umsatzerlöse 2024 von 1,9 Mio. Euro und das geplante Jahresergebnis von 3 Tsd. Euro können nur erreicht werden, wenn weitere nicht vorhersehbare Ereignisse unberücksichtigt bleiben. Sich jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt abzeichnende steigende Energie- und Materialkosten, durch den leider noch anhaltenden Krieg in der Ukraine, ziehen höhere Kosten für Projektumsetzungen nach sich. Auch der Fortbestand der aktuellen Nachfrage an Kompensationsmaßnahmen von Investoren scheint im Hinblick auf anhaltend steigende Kosten für Bauleistungen und u.a. steigende Zinsen für Kredite nicht gesichert.

Ausgehend von einem Bestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 2,9 Mio. Euro per 31.12.2023 und einem Bestand von 2,7 Mio. Euro zum 31.01.2024 sind derzeit keine Liquiditätsrisiken zu erkennen. Die zum Ende des Jahres 2024 prognostizierte Liquidität liegt bei 2,5 Mio. Euro.

Das buchmäßige Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 413 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag 31.12.2023. Die Eigenkapitalquote liegt damit bei 7 %. Bei einem erwarteten Jahresergebnis 2024 von 3 Tsd. Euro beliefte sich das buchmäßige Eigenkapital auf 416 Tsd. Euro, bei einer prognostiziert gleichbleibenden Bilanzsumme liegt die Eigenkapitalquote dann bei 7,4 %.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird u. a. geprägt sein von der Umsetzung der Verträge mit Eigenheim Union 1898 GmbH, dem Schulneubau in Ludwigsfelde, der Deponie Schöneiche sowie der stetigen Akquise neuer Projekte.

Da der BADC noch immer die finanziellen Rücklagen fehlen, sind die Handlungsmöglichkeiten trotz Jahresüberschüsse nach wie vor begrenzt. Bei weiterhin positiver Entwicklung werden sich nach und nach die Reserven aufbauen.

Neben steigenden Marktpreisen für Bauleistungen können auch lange und komplizierte Genehmigungsverfahren jederzeit zu Risiken bei der Umsetzung der vertraglich gebundenen Kompensationsmaßnahmen führen. Die Gesellschaft ist daher bestrebt, weitere Dienstleistungen in Form von Beratungs- und Projektsteuerungsleistungen zu erbringen, um in Ergänzung zu den vertraglich festgelegten Projektsteuerungsleistungen bei Kompensationsmaßnahmen in Höhe von 10 % ein kostendeckendes Ergebnis zu erzielen. Allerdings gestalten sich Nachverhandlungen bei bereits rechtskräftigen Verträgen sehr schwierig.

Lange Genehmigungsverfahren führen zu zeitlich unkalkulierbaren Refinanzierungen von bereits in Vorleistung umgesetzten Projekten, da erst nach Erteilung der Baugenehmigung oder Rechtskraft der B-Pläne die Zahlungsverpflichtung für die Eingriffsverursacher besteht. Bei momentanen und zukünftigen Vertragsverhandlungen mit Investoren werden die Preissteigerungen berücksichtigt. Bei bereits rechtskräftigen Verträgen gestalten sich Nachverhandlungen sehr schwierig.

Aus vorgenannten Gründen ist die BADC nach dem Wegfall der Gesellschafterzuschüsse (bereits seit 2015) auf die projektvorbereitenden Finanzierungen durch die Gesellschafter nach wie vor zwingend angewiesen. Die dargestellten Risiken können minimiert werden, wenn alle Gesellschafter die Projektvorbereitungen und Projektumsetzungen konsequent mittragen und auch gegenüber Dritten, insbesondere Investoren, vertreten.

Mit der Eröffnung des Flughafens im Oktober 2020 und durch den Wegfall von Corona Beschränkungen 2022 werden Kompensationsmaßnahmen bei der BADC steigend nachgefragt. Mit zunehmender Bautätigkeit nimmt jedoch die Verfügbarkeit von Flächen für Kompensationsmaßnahmen ab, so dass der Bedarf an Kompensationsmaßnahmen im unmittelbaren Flughafenumfeld in Zukunft nicht gedeckt werden kann. Durch den gesetzlich beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien (Solar- und Windenergie) entsteht zusätzlich eine Flächenkonkurrenz, welche die Grundstückspreise in die Höhe treibt.

Risiken können sich daher durch abnehmende Flächenverfügbarkeit für Kompensationsmaßnahmen ergeben. Ebenso unsicher sind z. T. Prognosen im Hinblick auf die Dauer von Genehmigungsverfahren und die zeitliche Umsetzung von Projekten u. a. durch fehlende Fachkräfte.

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum Gespräche mit den Landkreisen / Gesellschaftern der BADC und den Naturschutzbehörden der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise u.a. zur Anerkennung weiterer sich im Flächenpool der BADC befindender Kompensationsmaßnahmen aufgenommen.

Ziel des zentralen Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des derzeitigen Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken. Durch regelmäßige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten werden die Gesellschafter über die Erreichung der Unternehmensziele informiert und das Risikobewusstsein geschärft.

2023 wurde erstmals ein Vertrag zur Bündelung von Geldern in INKOF-Projekte für eine freiwillige CO₂ Kompensation unterzeichnet. Sollte sich daraus ein neues Tätigkeitsfeld entwickeln, wäre es ein Beitrag zur Risikominimierung.

Durch die Organisationsoptimierung der Zusammenarbeit der BADC mit dem Dialogforum seit 2018 und durch Übernahme der Geschäftsbesorgung, ergaben und ergeben sich neue Chancen für die Gesellschaft. Die BADC ist gemäß Umlaufbeschluss 01/2016 Mitglied der KAG DF und gemäß Umlaufbeschluss 01/2018 geschäftsführendes Mitglied.

Durch die 2022 begonnenen regelmäßigen Beratungen der Geschäftsstelle mit dem Vorsitzenden und den Arbeitsgruppenleitern der KAG DF konnte das Risiko eines nicht finanziell abgedeckten Mehraufwands der BADC weitestgehend ausgeschlossen werden.

Geschäftsvorfälle, die nach Ablauf des Geschäftsjahres im Anhang anzugeben sind, haben sich nicht ereignet. Risiken durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine sind nur sehr schwer einzuschätzen.

Bedingt durch den plötzlichen Tod der Geschäftsführerin Frau Antje Girschick im Januar 2024 wurde ein Wechsel der Geschäftsführung notwendig. Der Bürgermeister der Gemeinde Schulzendorf Herr Markus Mücke übernahm am 26.01.2024 interimsmäßig die Geschäftsführung der BADC. Zum 01.06.2024 wurde Herr Georg Balzer zum Geschäftsführer der BADC bestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	kein Betriebskostenzuschuss
	2022	kein Betriebskostenzuschuss
	2021	kein Betriebskostenzuschuss

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

Mühlenstraße 20

15868 Lieberose

Tel.: +49 (0) 33671 / 326400

E-Mail: info@naturwelt-lieberose.de

www.naturwelt-lieberose.de



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	100.000	100.000	75.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Landkreis Dahme-Spreewald	30.000 Euro; 30 %	30.000 Euro; 30 %	20.000 Euro; 26,67 %
Landkreis Spree-Neiße	20.000 Euro; 20 %	20.000 Euro; 20 %	20.000 Euro; 26,67 %
Landkreis Oder-Spree	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 10 %	-
Amt Lieberose / Ober-spreewald	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 13,33 %
Amt Peitz	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 13,33 %
Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 10 %	10.000 Euro; 13,33 %
Gemeinde Schenkendöbern	5.000 Euro; 5 %	5.000 Euro; 5 %	5.000 Euro; 6,67 %
Stadt Friedland / Niederlausitz	5.000 Euro; 5 %	5.000 Euro; 5 %	-
Datum der Gründung	19.10.2017		
aktueller Gesellschaftsvertrag	24.03.2022		
Gegenstand des Unternehmens	Förderung von modellhafter Partizipation der Bevölkerung an der Verbindung von Wildnis, Naturschutz und Regionalentwicklung sowie die Umsetzung von modellhaften Projekten der Regional- und Strukturentwicklung Förderung des Umwelt- und Naturschutzes und schutzwürdiger Biotope durch Maßnahmen, die geeignet sind, dies zu erhalten bzw. wiederherzustellen Bereitschaft des Bürgers zum Erleben und zur Weiterentwicklung seiner Umwelt zu wecken, insbesondere durch: - Informationsveranstaltungen und Ausstellungen, - Bildungsangebote, die geeignet sind, dem Bürger die notwendigen Kenntnisse im Bereich des Wildnis-, Natur- und Umweltschutzes zu vermitteln, - Heimatpflege und Heimatkunde, - Schutz von wildlebenden Tieren und Pflanzen sowie - Nachhaltiger Umgang mit Energie Die Gesellschaft koordiniert Maßnahmen und setzt selbst Maßnahmen um, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft sowie der Entwicklung der Lieberoser Heide dienen. Hauptgegenstand ist die Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regional verankerten Akteuren, um diese Region als eine Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Akquisition von Mitteln der EU, des Bundes und des Landes sowie aus der Wirtschaft, um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Umstrukturierung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide ästhetisch, sozial und ökologisch, besonders bezüglich der Landschaftsgestaltung und des Naturschutzes zu qualifizieren. Die Naturwelt Lieberoser Heide GmbH wird modellhaft Themen des Natur- und Wildnisschutzes mit der Regionalentwick-		

	lung verbinden.
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer</u> Herr Gerhard Janßen (Geschäftsbesorgung WFG mbH) bis 27.09.2024 Frau Marion Schirmer (Geschäftsbesorgung WFG mbH) ab 28.09.2024 <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreterin LDS: Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete und Dezernentin) Stellvertreter LDS: Herr Stefan Klein bis 16.10.2024 (Dezernent) Herr Sven Herzberger ab 17.10.2024 (Landrat)

Bilanz der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	58.753	103.795	167.174
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	35.413	63.960	161.879
1.	Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	35.413	63.960	57.788
2.	Geleistete Anzahlungen	0	0	104.091
II.	Sachanlagen	23.340	39.835	5.295
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.340	39.835	5.295
B.	Umlaufvermögen	271.591	411.576	326.084
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44.902	256.952	702
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	61.771	0
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	44.902	195.181	702
II.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	226.689	154.625	325.381
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	347	415	558
	Bilanzsumme	330.691	515.786	493.815
Passiva				
A.	Eigenkapital	100.000	100.000	75.000
I.	Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	75.000
II.	Jahresüberschuss	0	0	0
B.	Sonderposten für Zuschüsse	56.854	100.823	56.812
C.	Rückstellungen	13.566	19.769	9.316
1.	sonstige Rückstellungen	13.566	19.769	9.316
D.	Verbindlichkeiten	160.271	295.194	352.687
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.163	12.445	236
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	157.108	282.749	352.451
	Bilanzsumme	330.691	515.786	493.815

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Position Anlagevermögen (59 Tsd. Euro; Vj. 104 Tsd. Euro) reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 45 Tsd. Euro, im Wesentlichen aufgrund planmäßiger Abschreibungen. Da die Kapitalintensität der Gesellschaft im Verhältnis relativ gering ist, ist das Anlagevermögen für die Betrachtung der Vermögensverhältnisse von untergeordneter Bedeutung.

Das Umlaufvermögen (272 Tsd. Euro; Vj. 412 Tsd. Euro) reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 140 Tsd. Euro. Ein Grund dafür ist die vollständige Vereinnahmung einer Forderung aus dem Rückerstattungsanspruch zum App-Projekt in Höhe von 62 Tsd. Euro im Geschäftsjahr 2023.

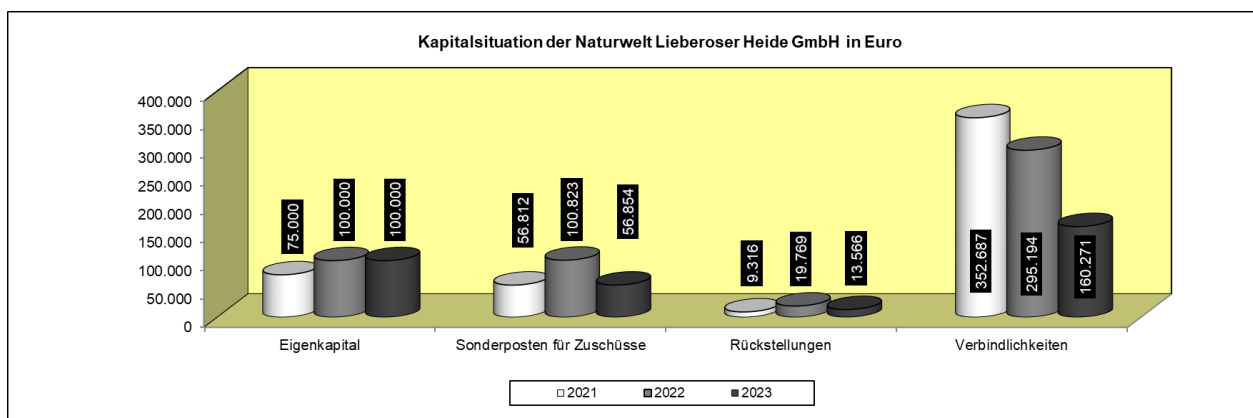
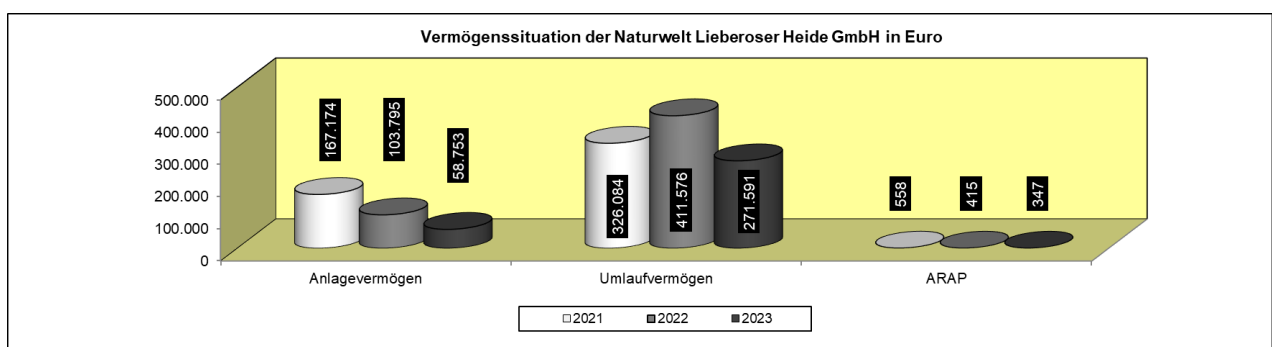
Der Kassenbestand in Höhe von 226 Tsd. Euro betraf das Geschäftskonto bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse und wurde mittels Kontoauszug vom 31.12.2023 bestätigt.

Das Eigenkapital bildet das Stammkapital der Gesellschaft gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages ab und beträgt weiterhin 100 Tsd. Euro.

Ein Sonderposten für Zuschüsse wird seit 2021 ausgewiesen. Hier werden Zuschüsse für investive Maßnahmen verbucht und über die Abschreibungsdauer aufgelöst.

Die Sonstigen Rückstellungen (14 Tsd. Euro; Vj. 20 Tsd. Euro) reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 6 Tsd. Euro. Die sonstigen Rückstellungen setzten sich aus Urlaubsrückstellungen, Rückstellungen für Abschluss und Prüfung des Jahresabschlusses sowie Rückstellungen für Aufbewahrungspflichten zusammen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betrafen vor allem die noch nicht verbrauchten Projektzuschüsse und die anzurechnende Lohnsteuer für Dezember 2023. Die Umbuchung und die Auflösung entsprechend der Nutzungsdauer erfolgte jeweils mit der Fertigstellung des geförderten Projektes.



Gewinn- und Verlustrechnung der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Sonstige betriebliche Erträge	415.094	456.681	264.974
2.	Personalaufwand	-141.752	-138.157	-117.696
	a) Löhne und Gehälter	-111.293	-113.948	-95.260
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-30.460	-24.210	-22.436
3.	Abschreibungen	-46.020	-37.603	-13.670
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-46.020	-37.603	-13.670
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-227.321	-280.920	-133.608
5.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse waren auch im Berichtsjahr 2023 nicht zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (415 Tsd. Euro; Vj. 457 Tsd. Euro) betrafen den ertragswirksamen Teil der Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter, dem entsprechende Aufwendungen gegenüberstanden.

Die Position Personalaufwand (142 Tsd. Euro; Vj. 138 Tsd. Euro) erhöhte sich geringfügig um 4 Tsd. Euro für weiterhin durchschnittlich 2 Mitarbeiter.

Abschreibungen (46 Tsd. Euro; Vj. 38 Tsd. Euro) betrafen die regulären Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie für immaterielle Vermögensgegenstände.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (227 Tsd. Euro; Vj. 281 Tsd. Euro) beinhalteten zum Beispiel die Kosten für die Geschäftsbesorgung durch die WFG mbH in Höhe von 89 Tsd. Euro. Die deutliche Verminderung der Gesamtkosten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf Werbungskosten zurückzuführen, welche im vergangenen Jahr aufgrund der Erarbeitung der Storyline für die Naturwelt Lieberoser Heide außergewöhnlich erhöht waren.

Das Jahresergebnis war ausgeglichen. Dies ergab sich aus der Buchungssystematik, wonach von den zugewendeten Zuschüssen eine Inanspruchnahme in der Höhe erfolgte, in der auch die Aufwendungen entstanden sind.

Analysedaten

Die Vermögenslage der Gesellschaft war geordnet.

Die Anlagenintensität reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr weiterhin auf 18 %. Dieser Effekt resultierte aus reduziertem Anlagevermögen im Verhältnis zur Bilanzsumme.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war für die Unternehmensgröße angemessen, die Eigenkapitalquote betrug 30 % und zeigte damit eine Stärkung im Vergleich zum Vorjahr auf.

Der Wert der Anlagendeckung II erhöhte sich abermals deutlich und lag deutlich über dem Richtwert von 100 %. Die Vermögenslage der Gesellschaft kann als geordnet bezeichnet werden.

Die Liquidität der Gesellschaft war ebenfalls geordnet. Die Liquidität 3. Grades oder auch Working Capital Ratio genannt, hatte sich auf einen Wert von 156 % verbessert und lag damit über dem angestrebten Mindestwert von 125 %.

Die Mitarbeiterzahl blieb im Berichtsjahr durchschnittlich bei 2 Beschäftigten.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	18%	20%	34%
Eigenkapitalquote (ohne Sopo)	30%	19%	15%
Eigenkapitalquote (mit Sopo)	47%	39%	27%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	170%	96%	45%
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	156%	131%	90%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	46 Tsd. Euro	37,6 Tsd. Euro	13,7 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Gesamtleistung	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2

Geschäftsverlauf 2023

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste den gesellschaftsrechtlichen Zweck.

Es wurden von der Gesellschaft Maßnahmen zur Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Region koordiniert.

Gemeinsam mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wurde das Verbundprojekt zur Touristischen Aufwertung am Heideradweg beim Bundesumweltministerium beantragt. Im Rahmen dieses Vorhabens, das auch die Flächenpartner Stiftung Naturlandschaften Brandenburg, Landesforstbetrieb Brandenburg und den Landkreis Spree-Neiße mit einbezieht, soll touristische Infrastruktur unter Einbeziehung umweltbildender und nachhaltiger Aspekte am Heideradweg etabliert werden. Der Umsetzungszeitraum soll 24 Monate und die Jahre 2024 und 2025 betreffen.

Das gescheiterte App-Projekt, welches im Förderprogramm des Bundes „Unternehmen Revier“ beantragt und bewilligt worden war, wurde mit der Rückzahlung der für die Umsetzung an das Unternehmen „Tallbeard“ bereits vorausgezählten Mittel an die Naturwelt Lieberoser Heide endgültig abgeschlossen.

Das Hauptaugenmerk der Arbeit im Jahr 2023 lag weiterhin auf der Gesamtentwicklung der Region und damit auf Unterstützung der Beantragung von Strukturmitteln des Landkreises Dahme-Spreewald für den Bau eines Besucherzentrums und die Umgestaltung des Sukzessionsparks. Die Einbindung der durch die Naturwelt Lieberoser Heide GmbH gebündelten Interessenvertreter spielt hierbei eine große Rolle.

Ein ebenfalls wichtiges Element der Arbeit der Naturwelt GmbH im vergangenen Geschäftsjahr und darüber hinaus ist die langfristige Marketingstrategie, die begleitende Maßnahmen zur Verzahnung der Projekte erarbeitet und umsetzt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Im Rahmen der Beantragung von Fördermitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz und mit Blick auf die Umsetzung der Projektphasen ist eine künftige Betreiberstruktur abzustimmen. Chancen für künftige Kooperationen bietet auch eine Zusammenarbeit mit dem geplanten Kompetenzzentrum für Waldbrandvorsorge und Wildnisentwicklung Lieberose.

Risiken für die künftige Entwicklung sind derzeit nicht erkennbar, sofern die Gesellschafter die weitere Finanzierung der GmbH mit Zuschüssen sicherstellen. Dies geschieht jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung und ist für das Jahr 2024 gesichert.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft ist weiterhin ausgeglichen. Die Finanzierung der laufenden Projekte ist gesichert.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023 2022 2021	0 10 0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023 2022 2021	0 0 0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023 2022 2021	keine keine keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023 2022 2021	85 241 185

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-366

E-Mail: info@klinikum-ds.de

www.klinikum-ds.de

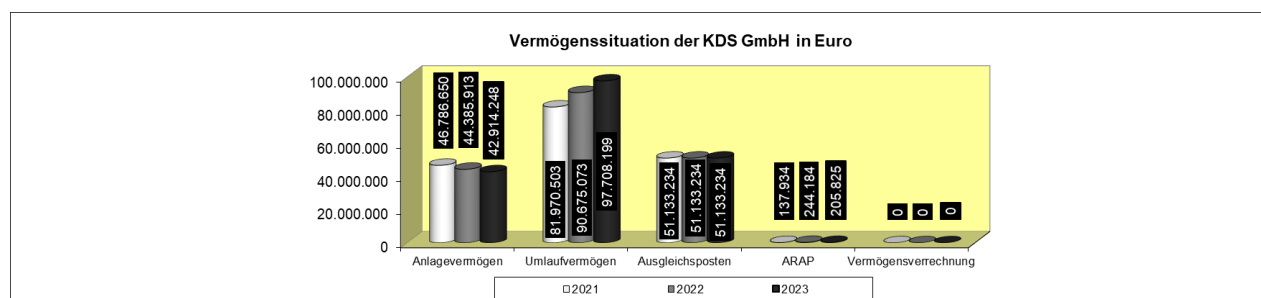


	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	2.100.000	2.100.000	2.100.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	1.071.000	51
	Sana Kliniken AG	1.029.000	49
Datum der Gründung	07.11.2002		
aktueller Gesellschafts-vertrag	21.06.2011		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden, Leistungen von Geburtshilfe durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen sowie die Gesundheitsförderung. Neben diesen Aufgaben widmet sich die Gesellschaft auch der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten und der Aus- und Weiterbildung.		
Öffentlicher Zweck	Der öffentliche Zweck an eine gesundheitliche und soziale Betreuung rechtfertigt diese Beteiligung gemäß §§ 123 sowie 132 i. V. m. § 2 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf). Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Andre Jasper <u>Prokurist:</u> Björn Meene <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stefan Klein (Dezernent) Stellvertreter LDS: Herr Stephan Loge (Landrat) bis 29.02.2024 Herr Sven Herzberger (Landrat) ab 01.03.2024 Herr Stefan Wichary (Beigeordneter und Dezernent) ab 17.10.2024 Vertreter Sana Kliniken AG: H Herr Dr. Jens Schick (Mitglied des Vorstandes der Sana Kliniken AG)		

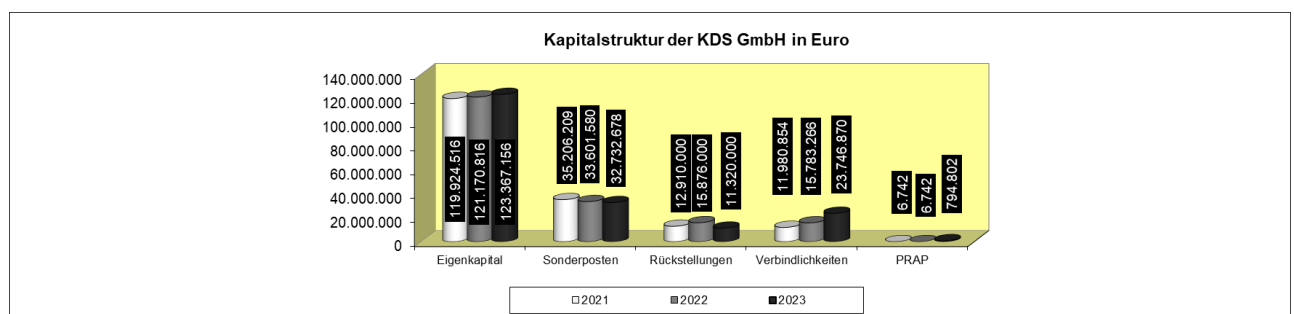
	<u>Aufsichtsrat:</u>		
	Vorsitzender:	Herr Dr. Jens Schick	
	Vertreter LDS:	Herr Stephan Loge (Landrat)	bis 29.02.2024
		Herr Sven Herzberger (Landrat)	ab 01.03.2024
	Die durch den Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald am 16.10.2024 bestellten Vertreter in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen sind in der Anlage 1 separat dargestellt.		

Bilanz der KDS GmbH (ohne Tochterunternehmen)

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	42.914.248	44.385.913	46.786.650
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	1.096.940	728.792	636.342
1.	Entgeltlich erworbenen Software und Lizenzen	719.927	584.849	561.122
2.	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	377.013	143.943	75.220
II.	Sachanlagen	40.835.129	42.674.942	45.168.130
1.	Grundstücke mit Betriebsbauten	31.045.238	33.232.103	35.541.231
2.	Technische Anlagen	1.512.022	1.466.987	1.732.291
3.	Einrichtungen und Ausstattungen	7.202.936	6.820.705	7.475.249
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.074.933	1.155.147	419.358
III.	Finanzanlagen	982.179	982.179	982.179
	Anteile an verbundenen Unternehmen	982.179	982.179	982.179
B.	Umlaufvermögen	97.708.199	90.675.073	81.970.503
I.	Vorräte	2.560.589	3.231.771	3.010.006
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.916.914	2.638.860	2.403.262
2.	Unfertige Leistungen	643.675	592.911	606.744
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	81.175.861	77.420.673	71.529.221
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.080.486	7.090.395	10.151.228
2.	Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsgesetz	500.046	19.386.968	11.374.450
3.	Forderungen gegen Gesellschafter bzw. Krankenhaussträger	23.106.922	1262	85.880
4.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	49.184.586	49.726.378	49.624.218
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	303.821	1.215.670	293.445
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	13.971.749	10.022.629	7.431.277
C.	Ausgleichsposten nach dem KHG	51.133.234	51.133.234	51.133.234
D.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	205.825	244.184	137.934
	Bilanzsumme	191.961.506	186.438.404	180.028.321



Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Passiva				
A.	Eigenkapital	123.367.156	121.170.816	119.924.516
I.	Gezeichnetes Kapital	2.100.000	2.100.000	2.100.000
II.	Kapitalrücklagen	57.942.563	57.942.563	57.942.564
III.	Gewinnrücklagen	9.080.969	9.080.969	9.080.969
IV.	Gewinnvortrag	50.200.984	50.200.984	47.594.825
V.	Jahresüberschuss	4.042.640	1.846.300	3.206.158
B.	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	32.732.678	33.601.580	35.206.209
1.	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	31.688.404	32.555.672	34.159.794
2.	Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.044.274	1.045.908	1.046.415
C.	Rückstellungen	11.320.000	15.876.000	12.910.000
1.	Steuerrückstellungen	0	0	134.000
2.	Sonstige Rückstellungen	11.320.000	15.876.000	12.776.000
D.	Verbindlichkeiten	23.746.870	15.783.266	11.980.854
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.105.525	1.915.258	1.602.291
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und Krankenhausträger	497.236	10.726	2.736
3.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	19.359.921	11.782.268	8.661.803
4.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen	0	78.100	0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	863.781	1.041.107	799.148
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	920.407	955.807	914.876
E.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	794.802	6.742	6.742
	Bilanzsumme	191.961.506	186.438.404	180.028.321



Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanzsumme ist von 186 Mio. Euro auf 192 Mio. Euro gestiegen.

Das Anlagevermögen hat sich um 1.472 Tsd. Euro verringert, wobei den Zugängen i.H.v. 3.747 Tsd. Euro Abschreibungen i.H.v. 5.003 Tsd. Euro und Abgänge i.H.v. 215 Tsd. Euro gegenüberstehen. Von den Zugängen entfallen 2.827 Tsd. Euro auf gefördertes Anlagevermögen. Von den Abschreibungen entfallen 4.394 Tsd. Euro auf geförderte Investitionen.

In der Position Finanzanlagen waren die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaften KDSD GmbH und MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH ausgewiesen.

Der Anstieg des kurzfristigen Vermögens um 6.995 Tsd. Euro ist in erster Linie durch die Erhöhung des Bankguthabens i.H.v. 3.949 Tsd. Euro sowie die Zunahme der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz um 3.720 Tsd. Euro begründet. Im Geschäftsjahr wurden bei der Budgetverhandlung Einigungen für die Jahre 2020 bis 2022 erzielt. Eine Abfinanzierung der Forderungstatbestände findet erst im Geschäftsjahr 2024 statt.

Die Zunahme des kurzfristigen Fremdkapitals um 4.185 Tsd. Euro resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten nach den Krankenhausfinanzierungs- und dem Krankenhausentgeltgesetz.

Der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung repräsentierte die auf die vor dem Inkrafttreten des KHG mit Eigenmitteln angeschafften und dem Grunde nach förderungsfähigen Anlagegütern aufgelaufenen Abschreibungen. Es besteht eine Ausschüttungssperre in Höhe des Ausgleichspostens.

Die Erhöhung des Eigenkapitals um 2.196 Tsd. Euro auf 123.367 Tsd. Euro resultierte aus dem im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschuss von 4.042 Tsd. Euro, im Vorjahr betrug der Jahresüberschuss 1.846 Tsd. Euro.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens beinhalten hauptsächlich Fördermittel gemäß § 9 Abs. 1 und 3 KHG und werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die Sonderposten reduzierten sich im Berichtsjahr um 869 Tsd. Euro auf 32.733 Tsd. Euro.

Die Sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Personalrückstellungen in Höhe von 4.515 Tsd. Euro, Rückstellungen für Budget- und Abrechnungsrisiken in Höhe von 3.877 Tsd. Euro, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 2.351 Tsd. Euro sowie für Rückzahlungsverpflichtungen von sonstigen Zuschüssen i.H.v. 206 Tsd. Euro.

Die Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht sind in Höhe von 3.875 Tsd. Euro durch eine Grundschild besichert. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betrafen ausschließlich Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert waren, bestanden nicht.

Gewinn- und Verlustrechnung der KDS GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	88.128.645	89.184.181	89.304.754
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	832.104	737.848	683.468
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.460.573	4.541.242	3.881.787
3a.	Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 des HGB	15.820.049	15.732.259	16.784.441
4.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	50.763	-13.833	-11.320
5.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	116.943	72.921	11.220
6.	Sonstige betriebliche Erträge	10.279.383	3.779.699	1.807.533
		119.688.460	114.034.317	112.461.883
7.	Personalaufwand	-67.246.312	-64.478.781	-61.501.143
	a) Löhne und Gehälter	-56.714.357	-54.179.320	-51.686.001
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-10.531.955	-10.299.461	-9.815.142
8.	Materialaufwand	-35.554.810	-35.137.490	-35.391.214
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-11.985.292	-12.209.964	-11.640.221
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-23.569.518	-22.927.526	-23.750.993
		-102.801.123	-99.616.271	-96.892.357
9.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	10.901.714	5.146.792	3.464.627
10.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	4.576.500	4.437.177	4.617.183
11.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-11.306.459	-5.179.647	-3.494.138
12.	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-38.347	0	0
		4.133.408	4.404.322	4.587.672
13.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-5.003.498	-5.258.969	-5.583.037
14.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.625.312	-11.256.910	-10.514.378
		-17.628.810	-16.515.879	-16.097.416
15.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	55.918	14.008	20.831
16.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.777.299	128.051	250.995
17.	Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-249.773	-375.167	-241.258
18.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.273	-1.366	-60.450
		1.580.171	-234.474	-29.882
19.	Steuern	-929.466	-225.715	-823.742
20.	Jahresergebnis	4.042.640	1.846.300	3.206.158

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die im Vergleich zum Vorjahr um 5.654 Tsd. Euro gestiegenen Gesamterlöse resultieren im Wesentlichen aus der Steigerung des Landesbasisfallwertes sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für Budgetrisiken der Jahre 2020 bis 2022.

Während die Erlöse aus Krankenhaus- und ambulanten Leistungen des Krankenhauses leicht rückläufig waren, konnten die Erlöse aus Wahlleistungen um 12,74 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

In den Umsatzerlösen ist der Versorgungsaufschlag gem. § 21a KHG in Höhe von 3.741 Tsd. Euro enthalten. Dieser diente der zusätzlichen Finanzierung besonders mit der Behandlung von COVID- Erkrankten betroffenen Krankenhäusern und konnte bis zum 30.06.2022 abgerechnet werden.

Weiterhin sind in den Umsatzerlösen Erlöse aus Ausgleichszahlungen gem. § 21 KHG in Höhe von 4.351 Tsd. Euro enthalten. Die bereits im Vorjahr bestehenden Regelungen zu den Ausgleichszahlungen wurden bis 18.04.2022 verlängert und dienten der weiteren wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser.

Der Personalaufwand ist moderat gestiegen und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.767 Tsd. Euro aufgrund von Stellenausweitungen im Pflegedienst sowie aufgrund von Tarifsteigerungen im nicht-ärztlichen Dienst durch den Abschluss eines neuen Tarifvertrages mit einer Laufzeit vom 01.01.2023 bis 31.03.2025. Der Aufwand für das Jahr 2023 belief sich auf 67.246 Tsd. Euro.

Die Ausgaben für externe Fort- und Weiterbildung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 15,2 %. Wesentlicher Grund ist das Auslaufen der Coronapandemie und damit einhergehend die Wiederaufnahme der Weiterbildungsangebote.

Die Materialaufwendungen haben sich leicht erhöht. Darin enthalten ist eine Reduzierung der Aufwendungen für Sachkosten im Bereich medizinischer Bedarf und gestiegene Aufwendungen für Fremdpersonal. Ursache ist der gestiegene Bedarf an Fremddärzten zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung. Kosten für Wasser, Energie und Brennstoffe konnten gesenkt werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr durch Erhöhung der Instandhaltungskosten, Kosten für Verwaltungsbedarf sowie Versicherungen erhöht.

Im Jahr 2023 wurden dringend notwendige Instandhaltungsmaßnahmen zur Erhaltung der Attraktivität der Krankenhausstandorte durchgeführt. Die Bundesländer konnten in den letzten Jahren im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung nicht ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der Investitionen nachkommen. Aufwendungen für die IT spiegeln insbesondere Maßnahmen wider, die verbunden mit der Digitalisierung der Krankenhauslandschaft sind.

Zur vorübergehenden Kompensation der gestiegenen Kosten für die Krankenhäuser, wurden im Rahmen des sogenannten Brandenburg-Paketes 2023 zusätzliche investive Fördermittel in Höhe von 2.732 Tsd. Euro gewährt, die im Fördermittelergebnis berücksichtigt wurden.

Die Geschäftsführung beurteilt dennoch die Geschäftsentwicklung der GmbH im Jahr 2023 als nicht zufriedenstellend, da das Ergebnis im Wesentlichen aus staatlichen Einmalzahlungen aufgrund der Energiepreisbremse und der Auflösung von Risikorückstellungen aus abgeschlossenen Budgetverhandlungen der Jahre 2020 bis 2022 resultiert.

Analysedaten

Im Mehrjahresvergleich der Kennzahlen zeichnete sich weiterhin eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich erneut leicht gegenüber dem Vorjahreswert und wies auf eine solide Kapitalsituation der Gesellschaft hin. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist nach den Empfehlungen des Ministeriums des Innern und Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg berechnet und beinhaltet vollumfänglich die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und der Sachanlagen.

Die KDS GmbH stellt abweichend dazu den Cashflow gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard) auf. In diesem Standard sind die Grundsätze niedergelegt, die Mutterunternehmen zu beachten haben, die gemäß § 297 Abs. 1 HGB eine Kapitalflussrechnung für den Konzernabschluss aufzustellen haben. Unternehmen, die ihren Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern haben oder freiwillig eine Kapitalflussrechnung aufstellen, wird empfohlen, dies in Übereinstimmung mit diesem Standard zu tun. Darüber hinaus werden neben den allgemeinen Bestimmungen des HGB die speziellen Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie die Sondervorschriften für Krankenhäuser (KHBV) berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrentabilität der KDS GmbH blieb mit 3 % in 2023 nahezu stabil im Vergleich zu den Vorjahren.

Die KDS GmbH zeichnete sich weiterhin durch eine stabile Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage aus.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	22%	24%	26%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	64%	65%	67%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	81%	83%	86%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	367%	349%	332%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	272%	288%	332%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	9 Mio. Euro	7 Mio. Euro	9 Mio. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	3%	2%	3%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	3%	1%	2%
Gesamtkapitalrentabilität	2 %	1%	2%
Umsatz	109,2 Mio. Euro	110,2 Mio. Euro	110,7 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	109,2 Mio. Euro	110,2 Mio. Euro	110,6 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	4 Mio. Euro	1,8 Mio. Euro	3,2 Mio. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	62%	59%	56%
Anzahl der Mitarbeiter	852	827	809

Geschäftsverlauf 2023

Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH betreibt zwei Krankenhäuser (Regelversorgung): Das Achenbach-Krankenhaus in Königs Wusterhausen (AKKW) und die Spreewaldklinik in Lübben (SWKL).

Das Klinikum konnte das Geschäftsjahr mit einer bedingt zufriedenstellenden Geschäftsentwicklung abschließen. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht gesunken. Der für die branchenbezogene Entwicklung zentrale Indikator ist die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenkassen.

Es konnte, eine Fallzahlsteigerung von 632 Fällen im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden. Insgesamt wurden 20.303 Fälle stationär behandelt. Auch der Landesbasisfallwert ist gestiegen. Der Schweregrad der Behandlungsfälle CMI (Case Mix Index) liegt insgesamt bei 0,743 (Vj. 0,747). Aufgrund des stabilen CMI's erhöhten sich im Zuge der Fallsteigerung die Leistungspunkte.

Seit dem Jahr 2020 werden die Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser aus den DRG-Fallpauschalen ausgegliedert und parallel zu den DRG-Fallpauschalen über ein krankenhausindividuelles Pflegebudget nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert. Im Jahr 2023 wurden 85.660,770 Pflege-CM-Punkte erzielt. Gegenüber 2022 sind die Pflege-CM-Punkte um 1.144,021 gestiegen. Trotz der mit den Kostenträgern erzielten Einigung bei den Budgets für die Jahre 2020 bis 2022 wurden die Erlöse für das Pflegebudget mit dem gesetzlich vorgegebenen Basissatz finanziert. Für die dafür nicht gedeckten Pflegepersonalkosten wurden im Rahmen von Ausgleich Forderungen gegen die Kostenträger im Jahresabschluss 2023 gebildet.

Die Corona-Hilfsleistungen des Bundes sind im Frühjahr 2022 ausgelaufen. Corona-Testungen wurden weiterhin mit einem Zusatzentgelt refinanziert. Stellen aber keinen relevanten Erlösanteil mehr da. Das Auslaufen der Corona-Hilfsleistungen führte zum Rückgang der Umsatzerlöse.

Im ambulanten Bereich wurden im Geschäftsjahr 49.122 Fälle behandelt. Dies stellt eine Reduzierung der Fallzahlen in Höhe von 2,68 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum dar. Gleichzeitig sind die ambulanten Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 1,78% gefallen. Ursächlich sind knappe OP-Ressourcen, die primär zu Behandlungen von stationären Patienten genutzt wurden.

Weitere Geschäftsfelder, die die Umsatzerlöse beeinflussen, sind die Gestellung der Notärzte für den Rettungsdienst des Landkreises und die Regionalapothek. Die Erstattungen durch den Landkreis Dahme-Spreewald für die Personalgestellung der Notarztwachen belaufen sich auf 3.679 Tsd. Euro. Der Umsatz der Regionalapothek ist um 575 Tsd. Euro gefallen.

Für Steigerungen der Kosten aufgrund des Bezugs von Erdgas, Wärme und Strom erhielt das Klinikum pauschale Hilfeleistungen in Höhe von insgesamt 2.905 Tsd. Euro.

Das Jahresergebnis konnte deutlich stärker als erwartet gesteigert werden. Dies lag auch an einer günstigen Zinsentwicklung am Finanzmarkt.

Die Steuerung der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH erfolgt im Wesentlichen über finanzielle Leistungsindikatoren. Daneben wird das Ziel verfolgt, die Qualität der medizinischen Leistungen nach den Strukturvorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) im deutschen Gesundheitswesen zu steigern.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Das Chancen- und Risikomanagement ist für die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH ein wichtiges Instrument und zentraler Bestandteil der nachhaltigen und zielorientierten Unternehmensführung, zur Entscheidungsfindung und zum Erreichen der definierten Ergebnisziele. Der wirtschaftliche Erfolg steht dabei im Fokus.

Durch die zeitnahe Identifikation, Bewertung und Durchdringung potenzieller Risiken können diese gezielt bearbeitet und Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Gleichzeitig werden Chancen erkannt und genutzt, um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage positiv zu beeinflussen. Interne und externe Rahmenbedingungen werden herangezogen. Dabei werden individuelle Ereignisse aller Einrichtungen einbezogen, aber auch branchenspezifische und -übergreifende Gegebenheiten.

Das Risikomanagementsystem basiert auf einem Regelwerk, das in der Konzern-Richtlinie formuliert ist. Die Umsetzung erfolgt durch eine konzernweit eingesetzte Software, die den gesamten Prozess unterstützt. So ist es möglich, wesentliche Themenfelder strukturiert zu erfassen, zu analysieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen.

Neben der regelmäßigen Risikoberichterstattung gibt es die bedarfsweise Möglichkeit zur Ad-hoc-Berichterstattung an die Geschäftsführung des Krankenhauses sowie den Vorstand der SANA Kliniken AG, um unmittelbar auf existenzgefährdende Sachverhalte reagieren zu können.

Wesentliche Chancen und Risiken in der Reihenfolge der Bedeutung sind:

Mit der im Jahr 2023 weitergehenden konkretisierten **Krankenhausreform** gehen sowohl Chancen als auch Risiken einher. Die Eckpfeiler der Krankenhausreform umfassen eine leistungsdifferenzierte Krankenhausplanung der Länder auf Basis sogenannter Leistungsgruppen. Auf Basis dieser sollen die Krankenhäuser zukünftig, neben einer leistungsabhängigen Vergütung, auch eine an die Leistungsgruppen gekoppelte Vorhaltevergütung, die unabhängig von der Inanspruchnahme des Hauses gezahlt wird, erhalten. Durch die damit einhergehende Absenkung der bisherigen Fallpauschalen erfolgt zusammengefasst eine neue Verteilung des bestehenden und in Summe gleichbleibenden Erlösvolumens. Es bestehen Planungsunsicherheiten, sowohl was die Refinanzierung der Transformationskosten in Folge der Umsetzung der Krankenhausreform angeht, als auch, welche Vergütungen den Krankenhäusern zukünftig letztlich zustehen.

Neben den fundamentalen Reformansätzen bleibt der **Trend zur Ambulantisierung** zusätzlich eine Herausforderung für die Kliniken. Mit dem im Jahr 2023 erweiterten AOP-Katalog und der geplanten Einführung der Hybrid-DRGs zeichnet sich eine weitergehende Verlagerung des bisherigen stationären Leistungsspektrums in das ambulante Versorgungsgeschehen ab. Die dafür notwendige Anpassung von Strukturen und die Entwicklung sektorübergreifender Versorgungsangebote bietet gleichfalls Chancen und Risiken. Insgesamt ist weitergehend von einem rückläufigen stationären Fallgeschehen auszugehen, so dass neben dem Risiko, kurzfristig nicht auf die geänderte Leistungsstruktur reagieren zu können, die Chance besteht, perspektivisch von der Erweiterung des ambulanten Leistungsspektrums zu profitieren.

Die Anzahl von **Cyberangriffen** auf Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen hat weiterhin zugenommen. Die Angriffe finden zunehmend technisch komplex und hochprofessionell statt. SANA hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen, um erfolgreiche Cyberangriffe weitestmöglich auszuschließen.

Vor dem Hintergrund zunehmender Vernetzung und Komplexität erhöhen sich auch die Ansprüche an umfassende und funktionsfähige IT-Systeme und die Informationssicherheit. Sie sind für einen erfolgreichen Patientenbehandlungsprozess von der Aufnahme, über Diagnostik und Behandlung bis zur Entlassung und Dokumentation unerlässlich. Die Verabschiedung des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) und die Einrichtung eines Krankenhauszukunftsfonds bieten die Chance, zusätzliche Mittel in die Digitalisierung und die IT-Sicherheit zu investieren, um die steigenden Anforderungen an funktionsfähige IT-Systeme und die Informationssicherheit schneller voranzutreiben. Gleichzeitig wird es als Herausforderung gesehen, die über das KHZG bereitgestellten Fördermittel verwendungs- und fristgerecht einzusetzen.

Bei einem weiterhin latenten Mangel an **Fachkräften** in verschiedensten Berufsgruppen führt die Umsetzung der Personalbemessung durch die Pflegepersonal-Regelung 2.0 aber auch die Ausgliederung der Pflegepersonalkosten bestimmter Berufsgruppen aus dem Pflegebudget insbesondere zu einem intensivierten Wettbewerb um Pflegepersonal. Um dem Risiko des Fachkräftemangels und den negativen Auswirkungen auf die Leistungserbringung entgegenzuwirken, setzt das Krankenhaus den Fokus auf fundierte Ausbildungsangebote und ein weitreichendes Programm zur Fortbildung und Weiterqualifizierung der Mitarbeitenden, die zu einer langfristigen Bindung der Mitarbeitenden und zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber führen sollen. Flexible, lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle sind gängige Praxis.

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Lage ist weiterhin von einer angespannten Situation auszugehen. Dies betrifft inflationsbedingte Preissteigerungen als auch Lieferengpässe, z.B. im Bereich der Arzneimittel.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	Gemäß dem bestehenden Konsortialvertrag zahlt die Sana Kliniken AG eine unbefristete jährliche Ausgleichszahlung in Höhe von 200 Tsd. Euro jeweils am 30. Juni eines jeden Jahres, erstmalig am 30. Juni 2011. Mit Beschluss des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald vom 12.07.2023 wird eine Änderung des Konsortialvertrages und damit die Aussetzung der Zahlung ab dem Jahr 2024 für 10 Jahre beschlossen.	
	Darüber hinaus sind 2023 ein Investitionskostenzuschuss für die Errichtung des MVZ in Lübben in Höhe von 250 Tsd. Euro geflossen sowie weitere 60 Tsd. Euro für die Finanzierung einer Koordinierungsstelle für das Weiterbildungsnetzwerk Dahme-Spreewald.	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		

Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	25.000	100
Datum der Gründung	06.05.2008		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der Aufgaben von Krankenhäusern gehören, insbesondere die Reinigung, die Speisenversorgung, die Transporte, die Sterilisation sowie alle vergleichbaren Tätigkeiten und sonstigen Dienstleistungsaufgaben.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr André Jasper Herr Björn Meene		

Bilanz der KDSD mbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	39.561	42.952	47.819
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
	Entgeltlich erworbene Software	0	0	0
II.	Sachanlagen	8.079	11.470	16.337
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.079	11.470	16.337
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
III.	Finanzanlagen	31.482	31.482	31.482
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	31.482	31.482	31.482
B.	Umlaufvermögen	539.520	378.971	392.995
I.	Vorräte	35.570	26.314	28.540
1.	Fertige Erzeugnisse	35.570	26.314	28.540
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	494.659	344.870	357.012
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	163.095	232.396	120.026
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	331.564	112.474	232.893
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	4.093
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	9.291	7.788	7.442
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1.243
	Bilanzsumme	579.081	421.923	442.057
Passiva				
A.	Eigenkapital	197.828	197.828	197.828
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	172.828	172.828	172.828
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	165.000	126.000	95.100
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	165.000	126.000	95.100
C.	Verbindlichkeiten	216.253	98.094	149.129
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.466	14.518	6.692
2.	Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	167.866	15.566	100.850
3.	Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	0	48.476	23.974
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	23.921	19.535	17.613
	Bilanzsumme	579.081	421.923	442.057

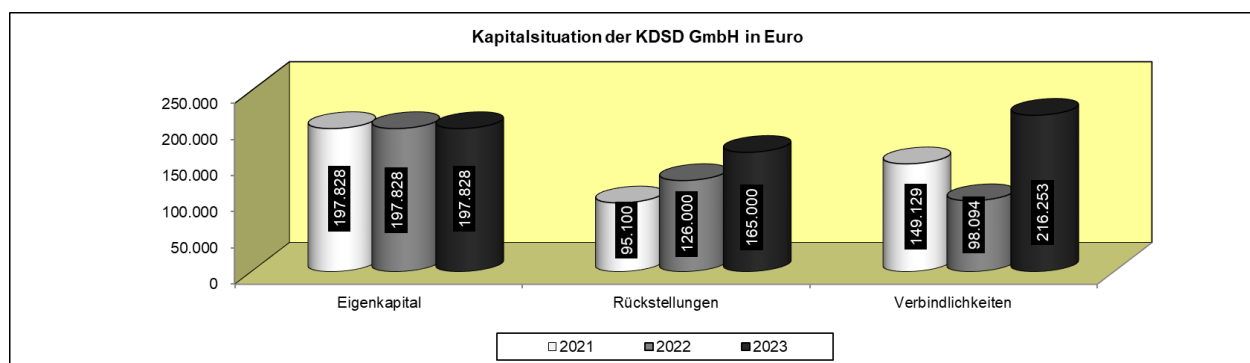
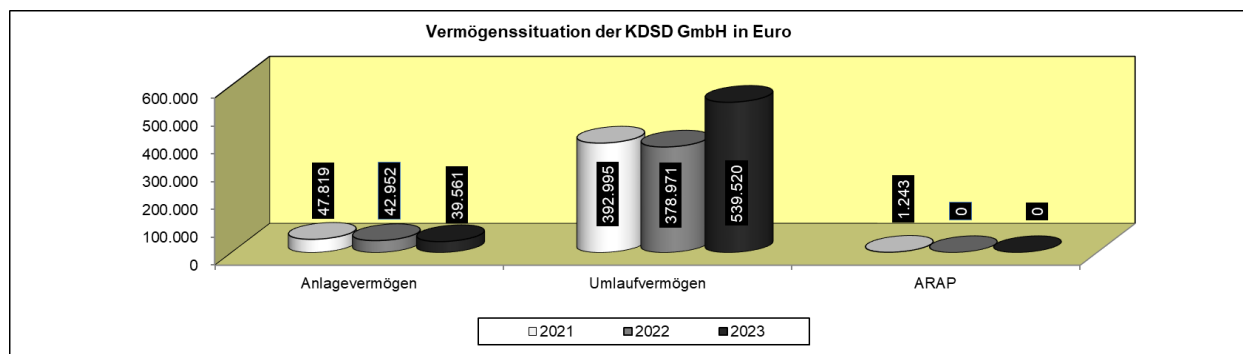
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 3 Tsd. Euro auf 49 Tsd. Euro aufgrund von Abschreibungen auf Sachanlagen. Die Position Finanzanlagen zeigte die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaft KDSR mbH.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 150 Tsd. Euro auf 495 Tsd. Euro, was hauptsächlich auf die erhöhten Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelte es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG in Höhe von 283 Tsd. Euro. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 59 Tsd. Euro auf 163 Tsd. Euro.

Die sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 165 Tsd. Euro bilanziert und erhöhten sich demnach um 29 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Sie beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Personalaufwendungen in Höhe von 60 Tsd. Euro sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von 105 Tsd. Euro.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter resultieren aus einer Verbindlichkeit aus Ergebnisabführung gegenüber der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH und betrugen 56 Tsd. Euro sowie einer Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen i.H.v. 112 Tsd. Euro. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthielten Verbindlichkeiten aus Steuern i.H.v. 19,4 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSD mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	4.099.415	3.984.480	3.703.473
2.	Sonstige betriebliche Erträge	85.090	26.450	36.331
3.	Personalaufwand	-2.808.384	-2.660.251	-2.586.616
	a) Löhne und Gehälter	-2.270.539	-2.123.065	-2.088.607
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-537.846	-537.187	-498.010
4.	Materialaufwand	-966.656	-870.879	-714.475
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-906.510	-816.691	-667.342
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-60.146	-54.188	-47.133
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-3.391	-4.867	-5.988
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-409.131	-413.396	-388.960
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.954	986	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.896	62.523	43.765
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	1.200
11.	Sonstige Steuern	-160	-160	-160
12.	Aufwand aus EAV	-48.183	-48.355	-44.805
13.	Ertrag aus EAV	55.919	-14.008	0
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzten sich im Wesentlichen aus der Bereitstellung der Patientenverpflegung mit einem Volumen von 1.602 Tsd. Euro, der Bewirtschaftung von Cafeterien (413 Tsd. Euro), der Belieferung des Klinikums Dahme-Spreewald (329 Tsd. Euro), der Belieferung externer Kunden (90 Tsd. Euro) sowie der Abrechnung physiotherapeutischer Leistungen gegenüber der KDS GmbH (514 Tsd. Euro) und externer Kunden (1.118 Tsd. Euro) zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Umsatzerlöse um 115 Tsd. Euro.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge (85 Tsd. Euro) wurden gebildet aus der Auflösung von Rückstellungen (17 Tsd. Euro) und Sachbezügen (26 Tsd. Euro).

Der Materialaufwand erhöhte sich um 95 Tsd. Euro und umfasste im Wesentlichen Aufwendungen für Lebensmittel.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungs- und Serviceleistungen im Verwaltungsbereich (184 Tsd. Euro) sowie Mietaufwendungen (106 Tsd. Euro).

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 69 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Auf der Grundlage des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages erfolgte die vollständige Abführung des Jahresüberschusses 2023 an die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH.

Analysedaten der KDSD mbH

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	7%	10%	11%
Eigenkapitalquote	34%	47%	45%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	500%	461%	414%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	142%	169%	161%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	3 Tsd. Euro	5 Tsd. Euro	6 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	4,1 Mio. Euro	3,98 Mio. Euro	3,7 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	4,1 Mio. Euro	3,98 Mio. Euro	3,7 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	69%	67%	70%
Anzahl der Mitarbeiter	69	69	68

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		

Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	50.000	50.000	50.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	50.000	100
Datum der Gründung	01.01.2013		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 des Sozialgesetzbuches Fünftes Buch zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringungen der Krankenhausbehandlung und der Versorgung und Rehabilitation und nicht ärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie der integrierten Versorgung.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Dr. Karl Felix Rehder		

Bilanz der MVZ GmbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	215.914	229.513	265.548
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	147.612	176.404	250.450
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	264	661	0
2.	Geschäfts- oder Firmenwert	147.348	175.743	250.450
II.	Sachanlagen	68.302	53.109	15.098
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	662	0	
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	66.766	50.800	15.098
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	874	2.309	0
B.	Umlaufvermögen	579.715	561.173	513.488
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	579.715	561.173	513.488
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	228.150	39.577	80.892
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	344.741	520.552	432.472
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	6.824	1.043	124
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	57
	Bilanzsumme	795.629	790.686	779.093
Passiva				
A.	Eigenkapital	540.369	540.369	540.369
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Kapitalrücklagen	900.000	900.000	900.000
III.	Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-409.631	-409.631	-409.631
IV.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0
B.	Rückstellungen	25.000	18.500	14.000
1.	Sonstige Rückstellungen	25.000	18.500	14.000
C.	Verbindlichkeiten	230.260	231.817	224.724
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.774	3.155	673
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	213.692	215.497	215.146
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	13.794	13.165	8.905
	Bilanzsumme	795.629	790.686	779.093

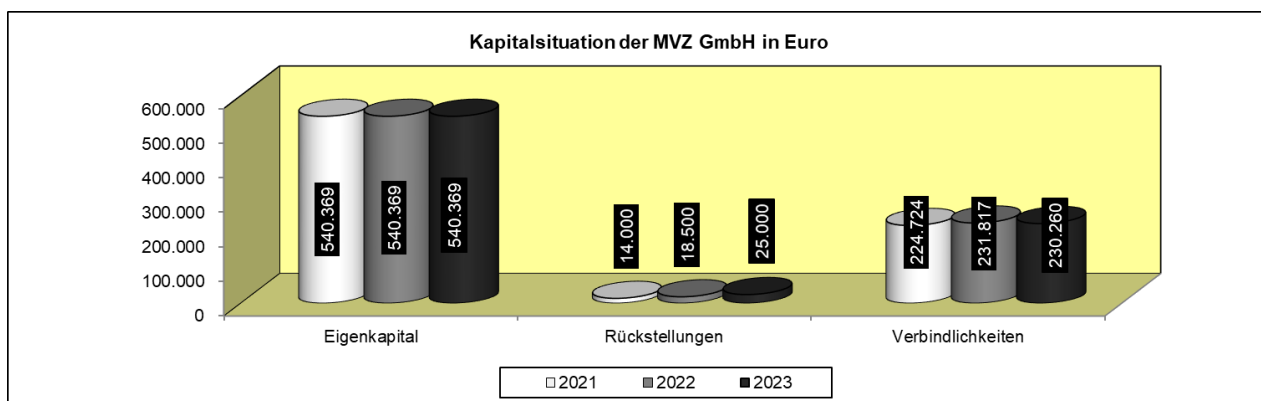
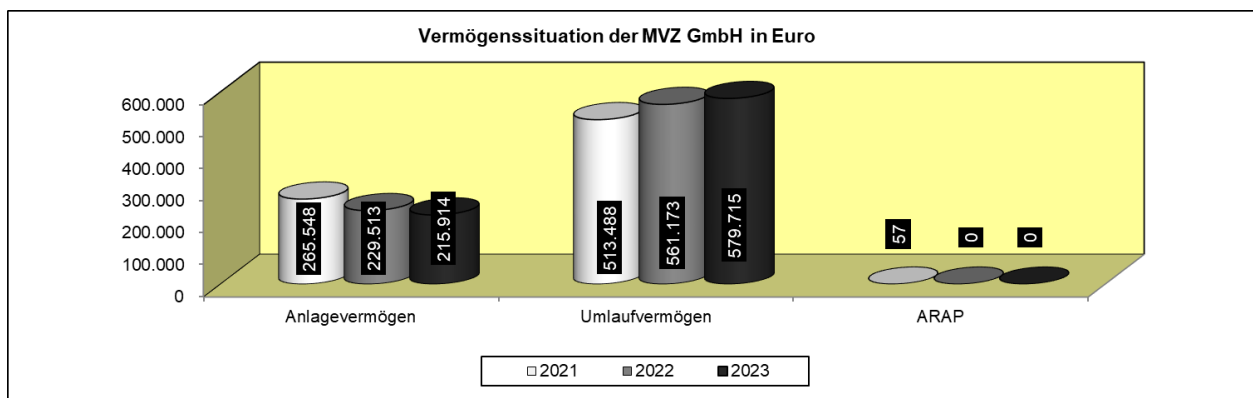
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen der MVZ GmbH reduzierte sich im Berichtsjahr um 13 Tsd. Euro im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Abschreibungen und der Zeitwert-Reduktion des Firmenwertes.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen in Höhe von 95 Tsd. Euro Cash-Pool-Forderungen bei der Sana Kliniken AG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (214 Tsd. Euro) betrafen Liefer- bzw. Leistungsverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter und entsprechen etwa dem Vorjahresniveau.

Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme um 5 Tsd. Euro auf 796 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der MVZ GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	1.029.171	585.689	468.155
2.	Sonstige betriebliche Erträge	50.249	40.591	14.780
3.	Materialaufwendungen	-36.156	-10.545	-5.896
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-16.290	-3.147	-1.585
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.866	-7.398	-4.311
4.	Personalaufwand	-1.002.902	-731.262	-572.864
	a) Löhne und Gehälter	-817.670	-602.025	-473.898
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-185.232	-129.237	-98.966
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-45.582	-37.085	-40.623
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-252.808	-223.223	-104.813
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.254	668	2
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis nach Steuern	-249.774	-375.167	-241.258
10.	a) Erträge aus der Verlustübernahme auf Grund einer Gewinngemeinschaft	249.774	375.167	241.258
11.	Jahresergebnis	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse bildeten im Wesentlichen Erlöse aus Abrechnungen gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung ab.

Die Personalaufwendungen betrugen im Berichtsjahr 1 Mio. Euro und erhöhten sich demnach um 271 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Das Unternehmen beschäftigt im Jahresdurchschnitt 15 Mitarbeitende.

Das Geschäftsjahr schloss mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab, da der Verlust in Höhe von 250 Tsd. Euro im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der KDS GmbH ausgeglichen wurde.

Analysedaten der MVZ GmbH

Kennzahl	2022	2021	2020
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	27%	29%	34%
Eigenkapitalquote	68%	68%	69%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	250%	235%	203%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	227%	224%	215%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	46 Tsd. Euro	37 Tsd. Euro	41 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	1,03 Mio. Euro	586 Tsd. Euro	468 Tsd. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	1,08 Mio. Euro	626 Tsd. Euro	468 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 EUR	0 EUR	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	97%	125%	122%
Anzahl der Mitarbeiter	15	15	12

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		

Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH	25.000	100
Datum der Gründung	23.06.2010		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller nichtmedizinischen Dienstleistungstätigkeiten vorwiegend für Einrichtungen, die von der KDS GmbH oder von mit diesem verbundenen Unternehmen betrieben werden, insbesondere Reinigungstätigkeiten aller Art sowie Tätigkeiten des klinischen Hauspersonals, der allgemeinen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, des Hol- und Bringendienstes sowie der Zentralsterilisation und weitere infrastrukturelle Dienstleistungen.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr André Jasper Herr Björn Meene		

Bilanz der KDSR mbH (Enkeltochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	26.812	39.606	54.852
I.	Sachanlagen	26.812	39.606	54.852
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.812	39.606	54.852
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	419.796	268.939	209.345
I.	Vorräte	11.861	10.661	5.732
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	407.935	258.277	203.613
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	55.142	2.904	0
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	0	48.355	23.974
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	351.371	206.679	178.289
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.422	339	1.350
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	0	0	0
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.520	0
	Bilanzsumme	446.608	310.065	264.197
Passiva				
A.	Eigenkapital	25.000	25.000	25.000
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	0	0	0
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	161.000	74.200	31.200
1.	Sonstige Rückstellungen	161.000	74.200	31.200
C.	Verbindlichkeiten	260.608	210.865	207.997
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.408	20.718	7.275
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	48.183	0	509
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	193.017	190.147	200.212
	Bilanzsumme	446.608	310.065	264.197

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 13 Tsd. Euro auf rd. 27 Tsd. Euro.

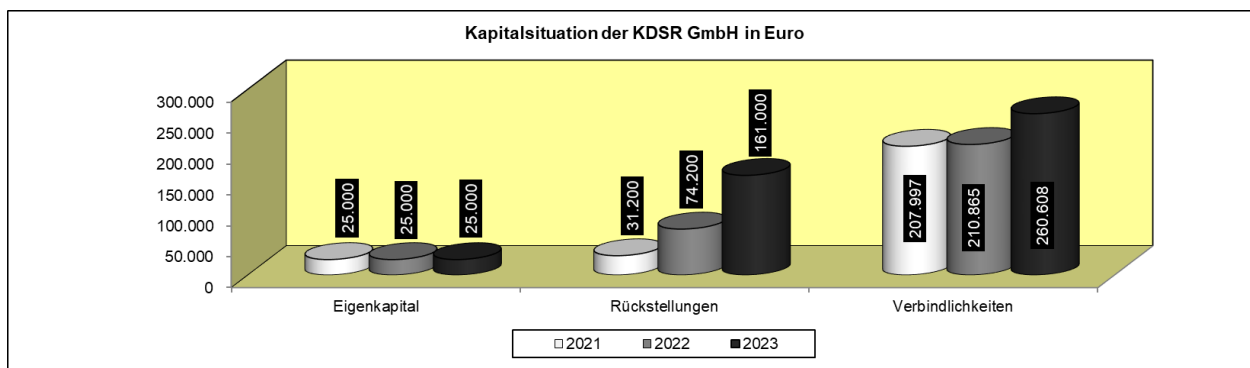
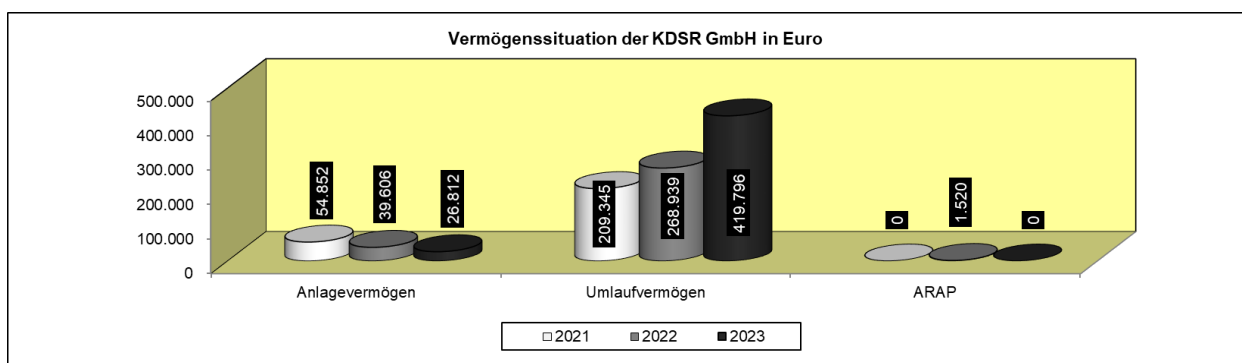
Das Umlaufvermögen erhöhte sich zum Vorjahr um rd. 150 Tsd. Euro auf 408 Tsd. Euro. Maßgeblich verantwortlich für die Veränderung waren die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, welche aus dem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG i.H.v. 351 Tsd. Euro resultierten.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden für Personalaufwendungen (146 Tsd. Euro) und ausstehende Rechnungen (15 Tsd. Euro) gebildet.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter resultieren aus dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der KDSD mbH i.H.v. 48 Tsd. Euro.

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten handelte es sich um Verbindlichkeiten aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung Dezember 2023 i.H.v. 193 Tsd. Euro und Verbindlichkeiten aus Steuern (16 Tsd. Euro).

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Berichtsjahr um 146 Tsd. Euro und belief sich somit auf 447 Tsd. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSR mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	3.923.194	3.634.687	3.462.445
2.	Sonstige betriebliche Erträge	23.569	32.703	36.111
3.	Personalaufwand	-3.456.931	-3.292.983	-3.229.620
	a) Löhne und Gehälter	-2.861.659	-2.714.486	-2.670.983
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-595.272	-578.497	-558.637
4.	Materialaufwand	-215.947	-198.729	-77.857
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-32.672	-25.513	-36.624
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-183.275	-173.216	-41.233
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-15.531	-18.525	-19.752
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-221.581	-206.385	-195.302
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.410	878	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48.183	-48.355	-23.974
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
11.	Sonstige Steuern	0	0	0
12.	Aufwand aus EAV	-48.183	0	0
13.	Ertrag aus EAV	0	48.355	23.974
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse resultierten fast ausschließlich aus der Erbringung von Reinigungsleistungen im Klinikum (3,9 Mio. Euro Euro).

Erträge aus Personalkostenerstattungen bildeten im Wesentlichen die Sonstigen betrieblichen Erträge (20 Tsd. Euro).

Der Materialaufwand beinhaltete Aufwendungen für Reinigungsmittel (30 Tsd. Euro), Wäschereinigung (47 Tsd. Euro) sowie Fremdpersonal (rd. 95 Tsd. Euro).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (222 TEUR) enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungs- sowie Serviceleistungen für die Verwaltung (159 Tsd. Euro) und nicht abzugsfähige Vorsteuer (21,3 Tsd. Euro, Vj. 19,9 Tsd. Euro).

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 105 Mitarbeitende (Vj. 117) beschäftigt.

Auf der Grundlage des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages erfolgt die vollständige Abführung des Jahresüberschusses 2023 an die Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungs GmbH.

Analysedaten der KDSR mbH

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	6%	13%	21%
Eigenkapitalquote	6%	8%	9%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	93%	63%	46%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	97%	91%	85%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	15 Tsd. Euro	18 Tsd. Euro	20 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	3,9 Mio. Euro	3,6 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3,9 Mio. Euro	3,7 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	88%	91%	93%
Anzahl der Mitarbeiter	105	117	119

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		

Teltower Kreiswerke GmbH

Sarrazinstraße 11-15

12159 Berlin

Tel.: +49 171 6554044

E-Mail: teltower.kreiswerke@gmail.com

	2023	2022	2021
Stammkapital in Euro	200.000	200.000	200.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter Landkreis Dahme-Spreewald Landkreis Teltow-Fläming Landkreis Potsdam-Mittelmark	Anteil in Euro 81.400 79.000 39.600	Anteil in % 40,7 39,5 19,8
Datum der Gründung	29.05.1929		
aktueller Gesellschafts- vertrag	27.10.2016		
Gegenstand des Unter- nehmens	Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, Vermietung, Verpachtung, Instandsetzung, Instandhaltung und Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken Neben der Verwaltung des eigenen Vermögens, die Erbringung von Leistungen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997: Verwaltung von Immobilien des ehemaligen Teltowvermögens in Berlin, die sich im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow befinden		
Öffentlicher Zweck	Mit der Übertragung der Anteile gemäß § 27 Rechtsträger-Abwicklungsgesetz nach 1990 vom ehemaligen Kreis Teltow auf die Landkreise sind die Gesellschafter der TKW GmbH die Landkreise Dahme-Spreewald mit 40,7 %, Teltow-Fläming mit 39,5 % und Potsdam-Mittelmark mit 19,8 %.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführerin:</u> Frau Annette Groß bis zum 30.06.2023 Herr Detlef Laubinger ab dem 01.07.2023 <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Klein (Dezernent) Stellvertreter LDS: Herr Weil (Amtsleiter 30)		

Bilanz der TKW GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	176.876	176.876	176.876
I.	Sachanlagen	176.873	176.876	176.876
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	176.873	176.873	176.873
2.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	3	3	3
B.	Umlaufvermögen	1.313.164	1.273.988	1.231.040
I.	Vorräte	14.973	15.657	7.775
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14.973	15.657	7.775
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.224	114	14
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	84	0	0
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	28.140	114	14
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.269.997	1.258.218	1.223.252
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.907	3.617	3.263
	Bilanzsumme	1.493.947	1.454.481	1.411.179
Passiva				
A.	Eigenkapital	1.454.095	1.417.659	1.369.233
I.	Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000
II.	Kapitalrücklage	34.461	34.461	34.461
III.	Gewinnvortrag	1.183.199	1.134.772	1.067.126
IV.	Jahresüberschuss	36.434	48.426	67.646
B.	Rückstellungen	15.692	14.723	16.183
1.	Steuerrückstellungen	0	4.117	5.752
2.	Sonstige Rückstellungen	15.692	10.606	10.431
C.	Verbindlichkeiten	24.160	18.779	25.097
1.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.700	0	3.930
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.181	3.712	6.995
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	15.279	15.067	14.172
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	3.320	666
	Bilanzsumme	1.493.947	1.454.481	1.411.179

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

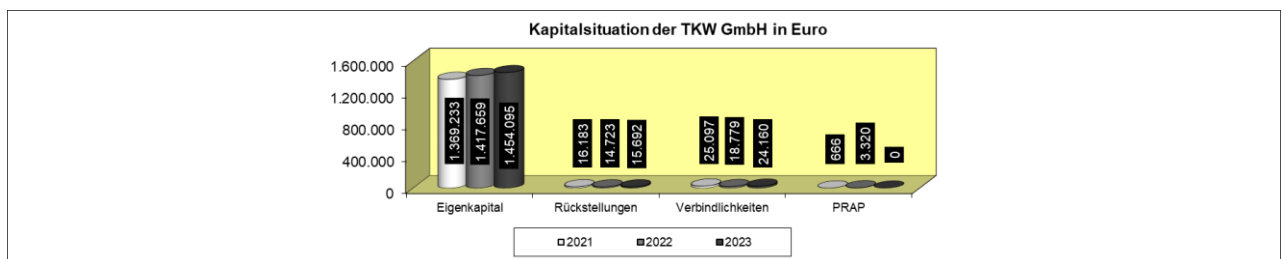
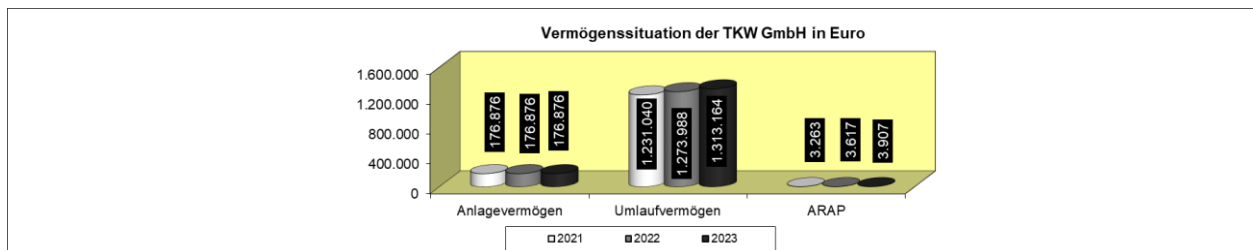
Das Anlagevermögen der Gesellschaft in Höhe von ca. 177 Tsd. Euro umfasst im Wesentlichen die Grundstücke Wohn- und Geschäftshaus in der Sachlebenstraße 64/66 sowie das Gewerbegrundstück „Am Stichkanal“ in Berlin. Das Sachanlagevermögen entsprach unverändert dem Vorjahreswert (177 Tsd. Euro).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 39 Tsd. Euro auf 1.313 Tsd. Euro. Dies ist insbesondere auf den Anstieg des Bankguthabens zurückzuführen. Zum Bilanzstichtag wurden liquide Mittel in Höhe von 1,3 Mio. Euro ausgewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist sehr hoch.

Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahreswert planmäßig um den Jahresüberschuss von 36 Tsd. Euro. Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital auf ca. 1.454 Tsd. Euro. Gemessen an der Bilanzsumme entsprach das einer Eigenkapitalquote von 97 %.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ca. 24 Tsd. Euro ausgewiesen. Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 39 Tsd. Euro auf 1,5 Mio. Euro.



Gewinn- und Verlustrechnung der TKW GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	184.860	232.131	229.971
2.	Gesamtleistung	184.860	232.131	229.971
3.	Sonstige betriebliche Erträge	500	200	5.791
	a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	500	200	1.520
	b) Übrige sonstige betriebliche Erträge	0	0	4.271
4.	Materialaufwand	-33.520	-32.788	-25.291
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-15.500	-10.082	-9.706
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-18.020	-22.706	-15.586
5.	Personalaufwand	-48.692	-38.391	-31.744
	a) Löhne und Gehälter	-39.600	-31.100	-25.704
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-9.092	-7.291	-6.040
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	0	-113
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-54.863	-81.172	-77.315
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.041	3	7
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.560	-27.115	-29.218
11.	Ergebnis nach Steuern	39.766	52.868	72.087
12.	Sonstige Steuern	-3.331	-4.441	-4.441
13.	Jahresüberschuss	36.435	48.427	67.646

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse aus der Verwaltertätigkeit bis 30.06.2023 und aus Vermietung und Verpachtung entwickelten sich analog dem Vorjahr. Da die Erlöse aus der Verwaltertätigkeit sich durch anderweitige Vergabe der Verwaltung um die Hälfte verringerten, fielen auch die Umsatzerlöse insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 47 Tsd. Euro niedriger aus.

Der Materialaufwand erhöhte sich um ca. 700 Euro aufgrund der Heizkosten.

Die Position Personalaufwand erhöhte sich um ca. 10 Tsd. Euro ggü. dem Vorjahr und betrifft ausschließlich das Gehalt des Hausmeisters.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 55 Tsd. Euro wurden allgemeine Betriebs- und Verwaltungskosten erfasst. Enthalten sind Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung und die Erfüllung der Geschäftsführertätigkeiten durch die WSC GmbH bis zum 30.06.2023.

Die Position Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wurde mit ca. 9 Tsd. Euro ausgewiesen. Diese umfassten die Körperschafts- und Gewerbesteuer, die sonstigen Steuern sind Grundstückssteuern.

Die TKW GmbH erwirtschaftete im Wirtschaftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe 36 Tsd. Euro.

Analysedaten

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage war entsprechend der Tätigkeit der Gesellschaft geordnet und stabil.

Der vergleichsweise geringe Anteil von Anlagevermögen im Verhältnis zur Bilanzsumme sowie der untypisch hohe Anteil des Umlaufvermögens, vorwiegend aus liquiden Mitteln resultierend, ist für ein Unternehmen der Immobilienbranche eher unüblich, hier aber bedingt durch die Ansparung von Mitteln zur Objekterhaltung. Die Anlagenintensität belief sich auf 12 %.

Die Eigenkapitalquote von 97 % ist als überdurchschnittlich hoch einzustufen. Diese ergab sich durch die fast durchgängige Erzielung von jährlichen Überschüssen, welche das Eigenkapital erhöhten. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgte bisher nicht.

Die rückläufigen Steuerrückstellungen führten zur Verbesserung der Liquidität 3. Grades, welche sich aber mit 3.295 % weiterhin auf sehr hohem Niveau befindet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gesichert. Das Umlaufvermögen belief sich auf 88 % (darunter 85 % flüssige Mittel) des Gesamtvermögens der Gesellschaft.

Die Eigenkapitalrentabilität liegt unverändert bei 3 %, ebenso die Gesamtkapitalrentabilität.

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit beträgt 36 Tsd. Euro

In die Personalaufwandsquote fließen nicht die Kosten für die Geschäftsbesorgung durch die WSC GmbH ein, sondern nur die Personalkosten für die Beschäftigung des direkt bei der TKW GmbH angestellten Mitarbeiters für Hausmeisterarbeiten.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	12 %	12%	13%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	97%	97%	97%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	822%	820%	774%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	3.295%	3.460%	2.935%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	36 Tsd. Euro	48 Tsd. Euro	62 Tsd. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	3%	3%	5%
Gesamtkapitalrentabilität	2%	3%	5%
Umsatz	185 Tsd. Euro	232 Tsd. Euro	230 Tsd. Euro
Gesamtleistung	185 Tsd. Euro	232 Tsd. Euro	236 Tsd. Euro
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	36 Tsd. Euro	48 Tsd. Euro	68 Tsd. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	26%	17%	13%
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1

Geschäftsverlauf 2023

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste die Verwaltung der eigenen Immobilien und der Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark stehen.

Zu den eigenen Immobilien gehören das durch die TKW GmbH ehemals betriebene märkische Elektrizitätswerk, einschließlich eines integrierten Wohngebäudes mit sieben Wohneinheiten sowie vier Gewerberräumen (einer großen Halle, verschiedene Lager- und Abstellräume) und ein verpachtetes Grundstück am Stichkanal.

Die Umsatzerlöse aus der Verwaltungstätigkeit und aus Vermietung und Verpachtung entwickelten sich analog dem Vorjahr, dominiert durch die Betriebskosten. Hinzu kommen Umsatzerlöse bedingt durch die Anstellung des Hausmeisters bei der TKW GmbH und der Weiterberechnung seiner Leistungen mit 19 % Umsatzsteuer an die Eigentümergemeinschaft mit rd. 49 Tsd. Euro/Jahr.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 betrug 36.435 Euro und lag mit rd. 8 Tsd. Euro unter dem von der Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan. Dieser war seinerzeit ohne den Verlust der Verwaltungstätigkeit ab dem 01.07.2023 aufgestellt worden.

Im Geschäftsjahr wurden bis auf Kleinstreparaturen keine größeren Reparaturen durchgeführt. Alle Planungen anderer Vorhaben wurden wegen nachbarschaftlicher Grundstücksentwicklung zurückgestellt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet und die Liquidität gesichert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte durch den positiven Geschäftsverlauf auf 1,5 Mio. Euro gesteigert werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der TKW GmbH bezieht sich auf die Verwaltung von eigenen Immobilien sowie auf die Verwaltung des sogenannten Teltowvermögens. Dabei handelt es sich um 11 Objekte bzw. Liegenschaften der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landkreis Teltow-Fläming. Die Tätigkeit der TKW GmbH beschränkt sich ab 01.07.2023 auf Eigenverwaltung. Die Verwaltung der Grundstücke der Eigentümergemeinschaft wurde an die Atriensis Immobilienverwaltung GmbH übergeben.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich durch den Verlust der Verwaltungstätigkeit für die Eigentümergemeinschaft und der Fremdvergabe der Verwaltung der eigenen Immobilien verschlechtert, so dass ohne erfolgreiche Umsatzausweitung die Gesellschaft operativ in die Verlustzone rutschen wird.

Durch die Gesellschafter werden wesentliche Risiken bei der künftigen Entwicklung wegen des Entzugs des Geschäftsbesorgungsauftrages gesehen. Eine wirtschaftliche Entwicklung setzt erhöhte Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung voraus. Aufgrund der sehr guten Kapitalausstattung und einem prognostizierten Jahresergebnis mit +/- 0 Euro ist die Lage nicht akut gesellschaftsgefährdend.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft ist ohne Neuausrichtung zeitlich begrenzt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2020	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	387 Tsd. Euro
	2022	387 Tsd. Euro
	2021	387 Tsd. Euro

Darüber hinaus bestanden keine Kapitalzuführungen und -entnahmen, Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können (z.B. Betriebskostenzuschüsse).

Geschäftsbesorgungsbericht über die Verwaltung von Grundstücken

Aufgrund des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997, nebst 1. Änderung vom 10.07.2017 hat die Teltower Kreiswerke GmbH im Geschäftsjahr 2023 für die Eigentümergemeinschaft nach dem Kreis Teltow, angehörend die Landkreise Dahme-Spreewald (40,7 %), Teltow-Fläming (39,5 %) und Potsdam-Mittelmark (19,8 %), die Verwaltung der im Eigentum stehenden Grundstücke durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurde aus der Grundstücksverwaltung ein Überschuss in Höhe von 1.096 Tsd. Euro erzielt. Der erzielte Überschuss fiel ggü. dem Plan 2023 vom 15.11.2022 um ca. 60 Tsd. Euro höher aus. Das Ergebnis basiert auf Mehreinnahmen der Objekte in der Sarrazinstraße und Am Stichkanal und auf geringere nicht objektbezogene Ausgaben (z.B. geringeres Geschäftsbesorgungsentgelt, Hausmeisterkosten).

An die Eigentümer wurde beteiligungsquotale Ausschüttung von insgesamt 950 Tsd. Euro vorgenommen, wovon der Landkreis Dahme-Spreewald 387 Tsd. Euro erhalten hat.

Verwaltung von Grundstücken in Berlin:

- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde in der Bäkestraße 13 ist an den Tennisclub „Grün-Weiss“ verpachtet. Es bestanden keine Pachtrückstände. Haftpflicht- und Gebäudeversicherung werden regelmäßig kontrolliert.
- Das Grundstück Berlin-Britz am Delfter Ufer wird als Kleingartenfläche genutzt. Im Berichtsjahr waren alle Gärten verpachtet.
- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde „Am Stichkanal“ besteht aus Industrieflächen und Kleingärten. Es waren alle Parzellen vollständig verpachtet.
- Das Grundstück Berlin-Tiergarten in der Körnerstraße fiel wieder ins Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark zurück. Die Eigentümer haben angeregt, das Objekt dem Bund zur Übernahme anzubieten.
- Mit dem Grundstück Berlin-Wannsee Am Stölpchensee wurden keine Einnahmen aus Verpachtungen, Stegzinzen, Angelkartenverkauf etc. erwirtschaftet.
- Das Grundstück Späthstraße in Berlin-Neukölln ist eine Straßenrandfläche (80 qm) ohne Nutzungsmöglichkeit. Das Grundstück soll veräußert werden.
- Das Grundstück in Berlin-Friedenau in der Sarrazinstraße ist mit einem zu 100 % vermieteten Geschäftshaus bebaut.
- Das Grundstück in Berlin-Steglitz am Maulbronner Ufer ist ein nicht nutzbarer Geländestreifen (437 qm) am Teltow-Kanal. Einnahmen und Ausgaben entstanden daher nicht. Die Eigentümergemeinschaft hat sich dazu ausgesprochen, das Grundstück zu verkaufen.
- Das Grundstück in Berlin-Wannsee am Königsweg betrifft Wald- und Wegeflächen (3.380 qm), die als Verkehrsflächen genutzt werden. Die Eigentümergemeinschaft hat sich dazu ausgesprochen, dass das Grundstück verkauft werden soll.
- Für das Grundstück in Berlin-Wannsee im Jagen 61 (1 qm Waldstreifen) sind weder Ausgaben noch Einnahmen angefallen.

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstraße 149

10117 Berlin

Tel.: +(49) (0) 30 / 25 76 79 0

Fax: +(49) (0) 30 / 25 76 199

E-Mail: info(at)pd-g.de

www.pd-g.de



Gesellschafter Stand 31.12.2023	Geschäfts- anteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Beteiligung des Gesell- schafters am Stammkapital	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
PD - eigene Anteile	3.513	35,06	702.600	
Bundesrepublik Deutschland	2.603	25,98	520.600	40,0
Land Baden-Württemberg	100	1,00	20.000	1,5
Land Berlin	100	1,00	20.000	1,5
Land Brandenburg	100	1,00	20.000	1,5
Land Freie Hansestadt Bremen	100	1,00	20.000	1,5
Land Freie Hansestadt Hamburg	100	1,00	20.000	1,5
Land Hessen	100	1,00	20.000	1,5
Land Mecklenburg-Vorpommern	100	1,00	20.000	1,5
Land Niedersachsen	100	1,00	20.000	1,5
Land Nordrhein-Westfalen	100	1,00	20.000	1,5
Land Rheinland-Pfalz	100	1,00	20.000	1,5
Land Saarland	100	1,00	20.000	1,5
Land Sachsen-Anhalt	100	1,00	20.000	1,5
Land Schleswig-Holstein	100	1,00	20.000	1,5
Land Thüringen	100	1,00	20.000	1,5
Deutscher Landkreistag e. V.	1	0,01	200	0,0
Deutscher Städte- und Ge- meindebund e. V.	1	0,01	200	0,0
Deutscher Städtetag	1	0,01	200	0,0
Schleswig-Holsteinischer Landkreis- tag	20	0,20	4.000	0,3
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Bremen	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Aachen	15	0,15	3.000	0,2
Kreisstadt Bad Hersfeld	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Barsinghausen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Bergisch Gladbach	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Bergkamen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Bochum	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Boizenburg/ Elbe	2	0,02	400	0,0
Stadt Brake (Unterweser)	2	0,02	400	0,0
Stadt Braunschweig	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Bremerhaven	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Castrop-Rauxel	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Dillenburg	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Dinslaken	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Dormagen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Duisburg	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Dreieich	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Ennepetal	5	0,05	1.000	0,1
Landkreis Euskirchen	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Erkrath	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Espelkamp	5	0,05	1.000	0,1

Gesellschafter Stand 31.12.2023	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Beteiligung des Gesellschafters am Stammkapi- tal	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
Stadt Essen	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Frankfurt am Main	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Frechen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Freiburg i.Br	15	0,15	3.000	0,2
Gemeinde Ganderkesee	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Gelnhausen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Halle (Westf.)	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Hamminkeln	5	0,05	1.000	0,1
Samtgemeinde Heeseberg	2	0,02	400	0,0
Stadt Heiligenhaus	5	0,05	1.000	0,1
Landkreis Helmstedt	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Herne	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Heusenstamm	2	0,02	400	0,0
Marktgemeinde Holzkir- chen	2	0,02	400	0,0
Stadt Hünfeld	2	0,02	400	0,0
Stadt Hürth	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Iserlohn	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Jena	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Kamp-Lintfort	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Kempen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Köln	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Königs Wusterhau- sen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Krefeld	15	0,15	3.000	0,2
Samtgemeinde Lachendorf	2	0,02	400	0,0
Stadt Langenfeld	10	0,10	2.000	0,2
Gemeinde Langerwehe	2	0,02	400	0,0
Stadt Leipzig	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Lengerich (Westf.)	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Leverkusen	15	0,15	3.000	0,2
Gemeinde Lilienthal	2	0,02	400	0,0
Stadt Lindau	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Luckau	2	0,02	400	0,0
Stadt Lüneburg	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Mainz	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Mannheim	25	0,25	5.000	0,4
Märkischer Kreis	25	0,25	5.000	0,4
Gemeinde Marpingen	2	0,02	400	0,0
Stadt Mengen	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Merzenich	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Metelen	2	0,02	400	0,0
Stadt Mettmann	5	0,05	1.000	0,1
Gemeinde Michendorf	2	0,02	400	0,0
Stadt Mönchengladbach	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Monheim am Rhein	5	0,05	1.000	0,1
Gemeinde Neubiberg	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Nörvenich	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Nohfelden	2	0,02	400	0,0
Stadt Nürnberg	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Oberhausen	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Offenbach	15	0,15	3.000	0,2
Gemeinde Oberthal	2	0,02	400	0,0

Gesellschafter Stand 31.12.2023	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapi- tal	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
Kreis Olpe	15	0,15	3.000	0,2
Kreisstadt Olpe	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Paderborn	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Papenburg	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Pattensen	2	0,02	400	0,0
Kreis Pinneberg	25	0,25	5.000	0,4
Stadt Potsdam	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Prignitz	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Ratingen	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Recklinghausen	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Regensburg	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Remscheid	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Rheinberg	5	0,05	1.000	0,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Salzgitter	15	0,15	3.000	0,2
Gemeinde Schönefeld	2	0,02	400	0,0
Stadt Schwarzenbek	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Seeheim- Jugenheim	2	0,02	400	0,0
Kreis Segeberg	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Sehnde	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Solingen	15	0,15	3.000	0,2
Gemeinde Stuhr	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Taunusstein	5	0,05	1.000	0,1
Gemeinde Tholey	2	0,02	400	0,0
Landkreis Trier-Saarburg	15	0,15	3.000	0,2
Stadt Troisdorf	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Uetersen	2	0,02	400	0,0
Gemeinde Uetze	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Unna	10	0,10	2.000	0,2
Stadt Waren (Müritz)	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wedel	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wesseling	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wiesbaden	15	0,15	3.000	0,2
Gemeinde Windeck	2	0,02	400	0,0
Stadt Wittingen	2	0,02	400	0,0
Stadt Wülfrath	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Würselen	5	0,05	1.000	0,1
Stadt Wuppertal	25	0,25	5.000	0,4
Gemeinde Zöllnitz	2	0,02	400	0,0
Burgenlandkreis	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Celle	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Dachau	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Dahme- Spreewald	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Görlitz	15	0,15	3.000	0,2
Kreis Groß-Gerau	15	0,15	3.000	0,2
Kreis Herzogtum Lauen- burg	15	0,15	3.000	0,2
Hochsauerlandkreis	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Lichtenfels	10	0,10	2.000	0,2
Main-Taunus-Kreis	15	0,15	3.000	0,2

Gesellschafter Stand 31.12.2023	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapital	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
Kreis Mettmann	25	0,25	5.000	0,4
Landkreis Nienburg/Weser	15	0,15	3.000	0,2
Kreis Ostholstein	15	0,15	3.000	0,2
Kreis Paderborn	25	0,25	5.000	0,4
Landkreis Sigmaringen	15	0,15	3.000	0,2
Landkreis Uckermark	15	0,15	3.000	0,2
Anstalt für kommunale Da- tenverarbeitung in Bayern (AKDB)	20	0,20	4.000	0,3
Bergisch Rheinischer Was- serverband KöR	20	0,20	4.000	0,3
Bundesagentur für Arbeit	20	0,20	4.000	0,3
Bundesanstalt für Immo- bilienaufgaben AöR	20	0,20	4.000	0,3
Dataport AöR	20	0,20	4.000	0,3
Deutsche Gesetzliche Un- fallversicherung e.V. (DGUV)	20	0,20	4.000	0,3
Deutsche Rentenversiche- rung Rheinland AöR (DRV)	20	0,20	4.000	0,3
FITKO (Föderale IT- Kooperation)	20	0,20	4.000	0,3
Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt am Main	20	0,20	4.000	0,3
Kommunal BIT AöR (Kom- munaler Betrieb für Informa- tionstechnik)	20	0,20	4.000	0,3
Komm.ONE	20	0,20	4.000	0,3
Kommunaler Zweckverband ITK Rheinland	20	0,20	4.000	0,3
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20	0,20	4.000	0,3
Stiftung Preußischer Kul- turbesitz	20	0,20	4.000	0,3
Unfallkasse NRW	20	0,20	4.000	0,3
Universität Bonn	20	0,20	4.000	0,3
Universität Duisburg-Essen KöR	20	0,20	4.000	0,3
Universität zu Köln	20	0,20	4.000	0,3
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20	0,20	4.000	0,3
Westfälische Hochschule	20	0,20	4.000	0,3
Zweckverband der Be- rufsbildenden Schulen Opla- den	20	0,20	4.000	0,3
Zweckverband eGo-Saar	20	0,20	4.000	0,3
PD-Beteiligungsverein "Forschung und Medizin" e.V.	280	2,79	56.000	4,3
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20	0,20	4.000	0,3
Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlau- sitz mbH (ENO)	20	0,20	4.000	0,3

Gesellschafter Stand 31.12.2023	Geschäftsanteile im Nennbetrag von je Euro 200,00	prozentuale Betei- ligung des Gesell- schafers am Stammkapital	Anteile in Euro	Stimmrechts- anteile in %
govdigital eG	20	0,20	4.000	0,3
Klinikum Worms gGmbH	20	0,20	4.000	0,3
Leibnitz Institut für Bil- dungsverläufe e.V.	20	0,20	4.000	0,3
Lausitzer und Mitteldeut- sche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)	20	0,20	4.000	0,3
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	20	0,20	4.000	0,3
RKiSH - Rettungsdienst Kooperation in Schleswig- Holstein	20	0,20	4.000	0,3
Republik Zypern	100	1,00	20.000	1,5
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10	0,10	2.000	0,2
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20	0,20	4.000	0,3
PD-Beteiligungsverein „Allianz Kommunalen Großkrankenhäuser“ e.V.	160	1,60	32.000	2,5
Gesamt	10.020	100,00	2.004.000	100,0

Datum der Gründung	30.08.2016										
aktueller Gesellschaftsvertrag	15.12.2023										
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche. Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen. Die Gesellschaft darf keine Finanzkredite gewähren und keine Finanzkredite aufnehmen, wenn durch die Aufnahme des Finanzkredits die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft insgesamt den Betrag von € 2.000.000 übersteigen, sowie keine Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen oder ähnliche Haftungen übernehmen Die Gewährung von Krediten und Bürgschaften des Unternehmens an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans und an Beschäftigte der Gesellschaft sowie ihre Angehörigen ist nicht zulässig.										
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 123 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2024/021 vom 29.05.2024 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf erneut bestätigt.										
Beschäftigte	Insgesamt (durchschnittlich): 970 davon: <table> <tr> <td>Geschäftsführer</td><td>2</td></tr> <tr> <td>Beschäftigte Mitarbeiter</td><td>970</td></tr> </table>	Geschäftsführer	2	Beschäftigte Mitarbeiter	970						
Geschäftsführer	2										
Beschäftigte Mitarbeiter	970										
Organe der Gesellschaft	<table> <tr> <td><u>Geschäftsführung:</u></td><td>Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann</td></tr> <tr> <td><u>Gesellschafterversammlung:</u></td><td></td></tr> <tr> <td>Vertreter LDS</td><td>Herr Stefan Klein (Dezernent)</td></tr> <tr> <td>Stellvertreterin LDS</td><td>Frau Kathleen Wyrsh (-23-, SB Beteiligungsmanagement)</td></tr> <tr> <td><u>Aufsichtsrat:</u></td><td>kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung</td></tr> </table>	<u>Geschäftsführung:</u>	Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann	<u>Gesellschafterversammlung:</u>		Vertreter LDS	Herr Stefan Klein (Dezernent)	Stellvertreterin LDS	Frau Kathleen Wyrsh (-23-, SB Beteiligungsmanagement)	<u>Aufsichtsrat:</u>	kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung
<u>Geschäftsführung:</u>	Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann										
<u>Gesellschafterversammlung:</u>											
Vertreter LDS	Herr Stefan Klein (Dezernent)										
Stellvertreterin LDS	Frau Kathleen Wyrsh (-23-, SB Beteiligungsmanagement)										
<u>Aufsichtsrat:</u>	kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung										

Bilanz der PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH

Bilanz zum		31.12.2023 in EUR	31.12.2022 in EUR	31.12.2021 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	3.954.261	4.067.880	2.645.568
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	442.691	679.328	621.386
II.	Sachanlagen	3.511.570	3.388.552	2.024.182
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.511.570	3.388.552	2.024.182
III.	Finanzanlagen	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	68.223.547	52.425.866	42.955.031
I.	Vorräte	9.421.960	7.257.182	6.185.827
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	9.346.551	7.257.182	6.185.827
2.	Geleistete Anzahlungen	75.409,29	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.155.198	15.513.910	13.468.834
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.845.078	13.186.191	11.400.387
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.310.120	2.327.719	2.068.447
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	43.646.388	29.654.774	23.300.369
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.377.827	521.736	440.066
	Bilanzsumme	73.555.635	57.015.482	46.040.665
Passiva				
A.	Eigenkapital	45.348.466	37.329.484	31.801.702
I.	Ausgegebenes Kapital	1.301.400	1.041.400	2.004.000
1.	Stammkapital	2.004.000	2.004.000	2.004.000
2.	Nennbetrag eigene Anteile	-702.600	-962.600	-1.137.000
II.	Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073
III.	Gewinnrücklagen	21.075.877	14.623.122	14.623.122
IV.	Gewinnvortrag	8.703.507	8.703.507	0
V.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	10.659.610	9.353.382	12.703.507
B.	Rückstellungen	18.511.246	11.954.610	7.763.179
1.	Steuerrückstellungen	1.060.844	1.446.809	1.288.344
2.	Sonstige Rückstellungen	17.450.402	10.507.801	6.474.835
C.	Verbindlichkeiten	9.680.453	7.731.389	6.475.784
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.892.495	1.609.301	1.095.052
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.513.352	2.729.335	1.949.910
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	5.274.607	3.392.753	3.430.823
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	15.470	0	0
	Bilanzsumme	73.555.635	57.015.482	46.040.665

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Vermögen der Gesellschaft um ca. 29 % auf 73,6 Mio. Euro.

Zum Bilanzstichtag verfügte die Gesellschaft über Anlagevermögen im Wert von 4,0 Mio. Euro (Vj. 4,0 Mio. Euro). Mit Ausbau der Standorte Berlin, Hamburg, Düsseldorf erfolgten Investitionen in die Büroausstattung und in das EDV-Equipment. Das Anlagevermögen blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Die im Berichtsjahr abermals gesteigerte Geschäftstätigkeit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH spiegelte sich auch im Umlaufvermögen wider. Dementsprechend erhöhten sich die unfertigen Leistungen (noch nicht abgeschlossene Beratungsaufträge) um 29,8 % auf 9,3 Mio. Euro (Vj. 7,3 Mio. Euro).

Der Forderungsbestand bewegte sich mit 15,1 Mio. Euro auf dem Vorjahrsniveau. Darin enthalten sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 12,8 Mio. Euro (Vj. 13,2 Mio. Euro), welche Forderungen aus erbrachten Beratungsleistungen gegenüber Gesellschaftern betreffen. Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (2,3 Mio. Euro) beinhalten die gezahlten Mietkautionen für die Geschäftsräume in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Stuttgart und Nürnberg.

Der Kassenbestand erhöhte sich deutlich um ca. 47,2 % auf 43,6 Mio. Euro (Vj. 30,0 Mio. Euro). Die Liquidität 1.Grades betrug ca. 133,7 % (Vj. 131,3 %) und ist damit gesichert.

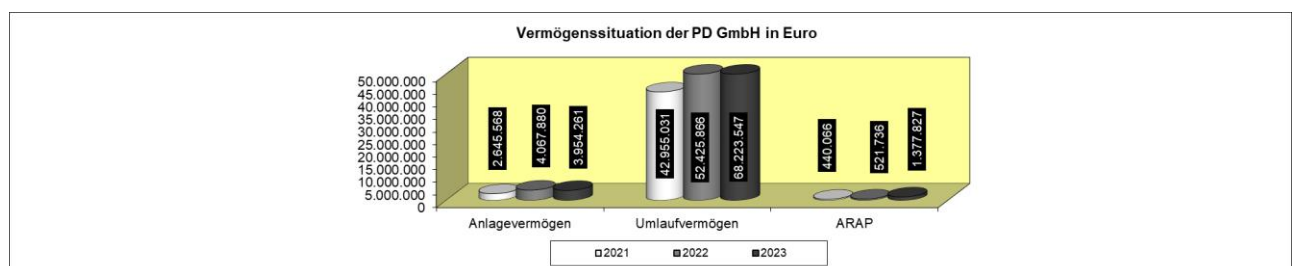
Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (1,4 Mio. Euro) waren im Wesentlichen Aufwendungen für IT-Dienstleistungen (635 Tsd. Euro) enthalten.

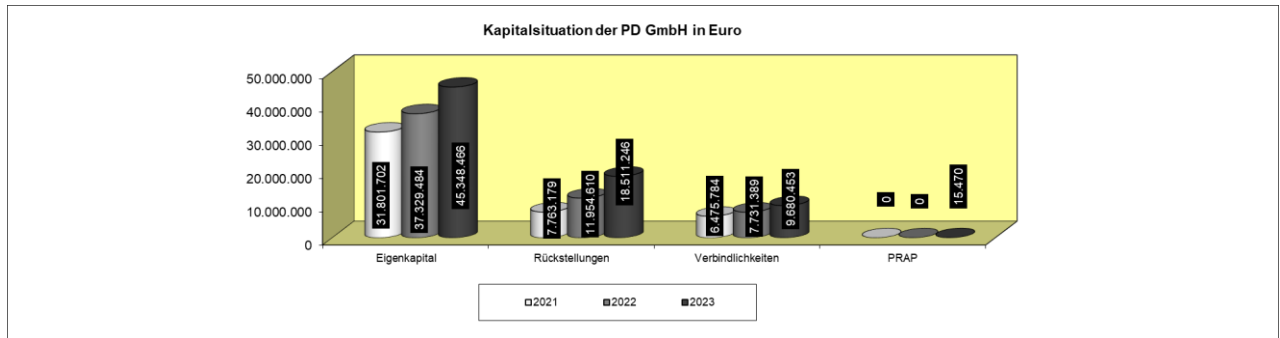
Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 45,3 Mio. Euro (Vj. 37,3 Mio. Euro). Dies stellt eine Erhöhung um 21,5 % gegenüber dem Vorjahr dar. Mit Feststellung des Jahresabschlusses wurde beschlossen, aus dem Jahresüberschuss 2022 (9,4 Mio. Euro) den Betrag in Höhe von 2,9 Mio. Euro auszuschütten sowie den Restbetrag in Höhe von 6,5 Mio. Euro in die Gewinnrücklage einzustellen. Mit Anteils- und Optionsvertrag vom 02. Dezember 2021 erwarb die Gesellschaft eigene Anteile im Gesamtnennbetrag von 1,1 Mio. Euro. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 872 eigene Anteile sowie im Jahr 2023 weitere 1.300 Anteile veräußert.

Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 62 % (Vj. 65 %).

Die gesamten Rückstellungen, bestehend aus Steuerrückstellungen und Sonstigen Rückstellungen in Höhe von 18,5 Mio. Euro (Vj. 12,0 Mio. Euro) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 54,8 %. Insbesondere die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich aufgrund zu bildender Rückstellungen für Tantiemen (8,0 Mio. Euro), ausstehende Rechnungen (7,5 Mio. Euro) und Rückstellungen für sonstige Personalkosten (1,7 Mio. Euro).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 9,7 Mio. Euro (Vj. 7,7 Mio. Euro) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 25,2 % und sind kurzfristiger Natur. Trotz deutlichem Zuwachs der Mitarbeitenden auf 970 (Vj. 717) waren externe Dienstleister zur Erfüllung der Beraterleistungen erforderlich. Gleichwohl reduzierten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für dessen Beauftragung auf 1,5 Mio. Euro (Vj. 2,7 Mio. Euro).





Gewinn- und Verlustrechnung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2023 in Euro	31.12.2022 in Euro	31.12.2021 in Euro
1.	Umsatzerlöse	137.077.467	115.563.301	93.702.161
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	2.089.369	1.071.355	337.684
3.	sonstige betriebliche Erträge	689.238	137.747	50.356
4.	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.128.179	-22.290.620	-20.870.666
5.	Personalaufwand	-81.708.408	-59.079.879	-42.457.973
	a) Löhne und Gehälter	-70.611.859	-50.945.213	-36.726.754
	b) Soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung und Unterstützung	-11.096.549	-8.134.666	-5.731.220
6.	Abschreibungen	-1.428.008	-1.662.433	-1.216.061
	a) Abschreibungen auf imm.VG und Sachanlagen	-1.428.008	-1.662.433	-1.216.061
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.259.424	-20.033.423	-11.272.297
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	15.332.056	13.706.048	18.273.204
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	214.368	0	0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-365	-59.309	-73.559
11.	Finanzergebnis	214.003	-59.309	-73.559
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4.885.787	-4.292.697	-5.495.679
12.	Ergebnis nach Steuern	10.660.272	9.354.042	12.703.966
14.	Sonstige Steuern	-662	-660	-459
15.	Jahresergebnis	10.659.610	9.353.382	12.703.507

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 137,1 Mio. Euro (Vj. 115,6 Mio. Euro) und lagen damit um 18,6 % über dem Vorjahreswert. Die Bestandsveränderungen in Höhe von 2,1 Mio. Euro (Vj. 1,1 Mio. Euro) betreffen Erträge aus noch nicht vollständig erbrachten Beratungsleistungen. Durch die Ausweitung der Beratertätigkeit war ein Anstieg der Gesamtleistung um 13,3 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (139,2 Mio. Euro; Vj. 116,6 Mio. Euro). Die Sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich auf 689 Tsd. Euro (Vj. 138 Tsd. Euro).

Aufgrund der im Geschäftsjahr erneuten Ausweitung der Beraterleistungen und erfolgtem Personalaufbau verminderten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen auf 22,1 Mio. Euro (Vj. 22,3 Mio. Euro). Dies entspricht der Strategie der PD, bezogene Leistungen, zunehmend durch Leistungen eigener Mitarbeiter zu kompensieren.

Basierend auf der Neueinstellung von durchschnittlich 253 Mitarbeitenden erhöhte sich der Personalaufwand auf 81,7 Mio. Euro (Vj. 59,1 Mio. Euro). Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 970 (Vj. 717) Mitarbeitende bei der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beschäftigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich trotz Steigerung der Gesamtleistung auf 19,2 Mio. Euro (Vj. 20,0 Mio. Euro). Die Gesamtmietaufwendungen der Gesellschaft blieben auch mit weiterem Personalwachstum weitestgehend konstant gegenüber dem Vorjahr. Ein Kostenanstieg ist gegenüber dem Vorjahr nach der Corona-Pandemie bei den Reisekosten zu verzeichnen gewesen.

Die Abschreibungen in Höhe von 1,4 Mio. Euro (Vj. 1,7 Mio. Euro) betrafen planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 10,7 Mio. Euro (Vj. 9,3 Mio. Euro) ab. Der Jahresüberschuss ist damit um 1,3 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis und 5,4 Mio. Euro über dem Planergebnis für 2023. Die Geschäftsführung schlug vor, 4,4 Mio. Euro aus dem Jahresüberschuss 2023 an die Gesellschafter auszuschütten und den übrigen Betrag in Höhe von 6,2 Mio. Euro in die Gewinnrücklage einzustellen.

Analysedaten

Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigt sich eine charakteristische niedrige Anlagenintensität von 5 %.

Die Finanzierung des Anlagevermögens, gemessen am Eigenkapital in Form der Anlagendeckung, ist mit 1.147 % mehr als sichergestellt.

Mit einer Eigenkapitalquote in Höhe von 62 % weist die Gesellschaft weiterhin eine sehr solide Kapitalausstattung aus. Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 24 % (Vj. 25 %) und liegt aber dennoch auf sehr hohem Niveau.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 315 % bestätigt dies. Die positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr spiegelt sich auch im erneut gestiegenen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 14,0 Mio. Euro (Vj. 13,3 Mio. Euro) wider.

Gemessen an der Gesamtleistung (139,2 Mio. Euro) war ein Anstieg der Personalaufwandsquote (59 %) im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Im Berichtsjahr wurden 253 neue Mitarbeitende eingestellt. Externe Beratungsleistungen, die zur Erfüllung der Beratungsverträge erforderlich waren, sind nicht in den Personalaufwendungen enthalten.

Kennzahl	2023	2022	2021
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	5%	7%	6%
Eigenkapitalquote	62%	65%	69%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 Euro	0 Euro	0 Euro
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	1.147%	918%	1.202%
Zinsaufwandsquote	0%	0	0%
Liquidität 3. Grades	315%	266%	302%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	14,0 Mio. Euro	13,3 Mio. Euro	11,1 Mio. Euro
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	24%	25%	40%
Gesamtkapitalrentabilität	14%	16%	28%
Umsatz	137,1 Mio. Euro	115,6 Mio. Euro	93,7 Mio. Euro
Gesamtleistung	139,2 Mio. Euro	116,8 Mio. Euro	94,0 Mio. Euro
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	10,7 Mio. Euro	9,4 Mio. Euro	12,7 Mio. Euro
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	59%	51%	39%
Anzahl der Mitarbeiter (durchschnittlich)	970	717	519

Geschäftsverlauf 2023

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH - schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 10,7 Mio. Euro ab und realisierte damit eine Planüberschreitung von ca. 5,4 Mio. Euro.

In den beiden Kernbereichen „Strategische Verwaltungsmodernisierung“ und „Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung“ gelang es der Gesellschaft, die Präsenz und Beratung für ihre Gesellschafter weiter auszubauen. Die in 2018 und 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundenähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe gesichert werden kann und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit der Gesellschafter in der Region. Zudem wurde aufgrund der steigenden Zahlen der Mitarbeitenden das Hamburger Büro zum 01.07.2023 offiziell zu einer Betriebsstätte. Neben den nunmehr vier Betriebsstätten dienen weiterhin die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg sowie die in 2023 bezogenen Büros in München und Stuttgart als Anlaufpunkte für die Kunden der PD aus den jeweiligen Regionen.

Die Weiterentwicklung des Bereichs „Strategische Verwaltungsmodernisierung“ wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird bewusst auf Regionalisierung der Beratungsangebote und zukunftsweisende Schwerpunktsetzung in der Expertise geachtet.

Mit der Entwicklung der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr die abgegebene Prognose für die Entwicklung der Gesamtleistung und des operativen Jahresergebnisses weitestgehend erfüllt und die des operativen Jahresergebnisses weit übertroffen. Trotz der gestiegenen Umsätze blieben die Aufwendungen in der Be-

richtsperiode gegenüber dem Vorjahr konstant. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen, auch Weiterbildungsmaßnahmen haben durchgängig stattgefunden.

Zudem gelang es, den Kundenstamm im kommunalen Bereich weiter auszubauen und zu festigen. Mit Steigerung der Gesamtleistung stiegen auch die Gesamtaufwendungen. Wesentlicher Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2023 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Gesellschaft verfügte zum Ende des Jahres 2023 über direkte Finanzmittel in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rund 14,0 Mio. Euro angestiegen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Gesellschaft sieht Wachstumspotenziale in der Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in den Themenfeldern Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen. Die PD ist mittlerweile in der Lage, sich thematisch weiter zu spezialisieren und ihre Kunden nicht nur methodisch, sondern auch mit tiefer Fachlichkeit zu beraten.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 einschließlich der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2025-2028 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Bis 2025 wird eine Steigerung der Eigenleistung von bis zu 14 % p.a. erwartet.

Für das Jahr 2024 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Wirtschaftsplan geht von einer Steigerung der Eigenleistung um ca. 10 % aus. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau im Berichtsjahr zum Tragen. Das operative Ergebnis für das Jahr 2024 wird auf einem ähnlich hohen Niveau wie für das Jahr 2023 angenommen. Dies wird mit den Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, der Personalentwicklung sowie der damit einhergehenden Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen begründet. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren aus den notwendigen Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Kosten sowie durch Kosten der Weiterbildungen und Wissenstransfer. Eine kostenseitige Anpassung auf das weitere Wachstum von Mitarbeitenden ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2024 weiterhin zwingend erforderlich.

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH verfügt über ein softwaregestütztes Risikomanagementsystem. Im Fokus der Risikoerkennung und Analyse stehen insbesondere die Projektplanung, Projektsteuerung und –überwachung, um über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber den kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten zu informieren.

Innerhalb des Controllings erfolgt eine Jahres- als auch mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung zur Unternehmensentwicklung bezogen auf Markt- und Wettbewerbsrisiken, Soll/Ist-Abweichungen.

Zur Vermeidung von Ausfallrisiken der IT-Infrastruktur sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden. Ebenso wird die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen. Der Aufbau einer internen Revision ist auch eine Säule des Risikomanagements.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Die Gesamtrisikosituation der Gesellschaft ist im Berichtsjahr als stabil einzustufen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

Der Landkreis erwarb zum 20.02.2018 15 Geschäftsanteile zum reduzierten Nominalpreis in Höhe von 100 EUR/Geschäftsanteil vom Bund, Gesellschafter der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH. Aufgrund der gewählten Variante des Anteilserwerbs verzichtet der Landkreis auf einen Gewinnbezug, Rücklagen, Ansprüche aus Liquidationserlösen u.ä., trägt aber auch kein finanzielles Risiko. Geschäftsanteile könnten verlustfrei an den Bund rückübertragen werden.

	Wirtschaftsjahr	Wert in Tsd. Euro
Kapitalzuführungen	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2023	0
	2022	0
	2021	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2023	keine
	2022	keine
	2021	keine

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Zweckverbände

Die Jahresabschlussdaten von Zweckverbänden werden im Beteiligungsbericht nicht zwingend erfasst (vgl. § 61 KomHKV).

Der Landkreis Dahme-Spreewald ist in folgenden Zweckverbänden Mitglied:

- Kommunalen Abfallzweckverband „Niederlausitz“ (KAEV)
- Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)
- Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut (NLSI),
- Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA),
- Zweckverband für die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

Die nachfolgenden Zweckverbände KAEV und SBAZV zählen jedoch zum Konsolidierungskreis des Landkreises Dahme-Spreewald. Daher soll ein kurzer Einblick in diese Zweckverbände gegeben werden.

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV)

Frankfurter Straße 45
15907 Lübben (Spreewald)
Tel.: +49 (0) 3546 - 27 04 11
Fax: +49 (0) 3546 - 27 04 44
E-Mail: info@kaev.de
www.kaev.de



Der KAEV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für Teile des Landkreises Dahme-Spreewald und Teile des Landkreises Oberspreewald-Lausitz. Verbandsmitglieder sind somit die Landkreise Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz.

Die Gründung erfolgte am 02.10.1991.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Versammlungsversammlung, der Verbandsausschuss und die Verbandsleitung.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmverteilung:

Landkreis Dahme-Spreewald	50 %
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	50 %

Dem Kommunalen Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der KAEV ist Eigentümer, Betreiber und Inhaber der Siedlungsabfalldéponien Lübben-Ratsvorwerk Déponieabschnitt I und Déponieabschnitt II, Göritz (bei Vetschau), Luckau-Wittmannsdorf sowie Bergen (Stadt Luckau) und ist verantwortlich für deren Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2023 auf 30,84 Mio. Euro. Es wurde ein Jahresgewinn in Höhe von 174 Tsd. Euro ausgewiesen.

Südbrandenburgischer Abfallzweckverband

Teltowkehre 20
 14974 Ludwigsfelde
 Tel.: +49 (0) 3378 / 51 80 0
 Fax: +49 (0) 3378 / 51 80 101
 E-Mail: verband@sbazv.de
 www.sbazv.de



Der SBAZV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für den Landkreis Teltow Fläming und Teile des Landkreises Dahme-Spreewald (Amt Schenkenländchen sowie die amtsfreien Gemeinden Bestensee, Eichwalde, Heidesee, Schönefeld, Schulzendorf, Zeuthen und die Städte Königs Wusterhausen, Wildau und Mittenwalde).

Die Gründung erfolgte am 27.08.1993.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verbandsausschuss und der Verbandsvorsteher.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung

Landkreis Dahme - Spreewald	7 (41 %)
Landkreis Teltow-Fläming	10 (59 %)

Dem SBAZV obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der SBAZV ist Inhaber von fünf Deponien (Deponie "Frankenfelder Berg" in Luckenwalde, Deponie Senzig, Deponie Horstfelde, Deponie "Markendorfer Chaussee" bei Jüterbog und Deponie Oehna), die nicht mehr zur Annahme von Abfällen genutzt werden. Es besteht für die geschlossenen Deponien eine langfristige Nachsorge und Sicherungspflicht. Die REST Regionale Entsorgungsservice und Transport GmbH, eine 100 %ige Tochter des SBAZV, übernimmt u. a. die Aufgabe der Nachfolgenutzung der Deponien.

Neben der haushaltsnahen Abfallsammlung im Holsystem erfolgt die Abfallannahme im Bringsystem über die drei Recyclinghöfe des SBAZV an den Standorten in Luckenwalde, Niederlehme und Ludwigsfelde.

Gemeinsam mit der Heidelberg Materials Mineralik DE GmbH hat der SBAZV die gemischtwirtschaftliche Gesellschaft terravas GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb einer Deponie zur Entsorgung von Abfällen der Deponieklasse I.

Der SBAZV ist Mitglied im Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), dessen Aufgaben der Bau und der Betrieb einer Restabfallbehandlungsanlage sowie die Abfallaufbereitung zur weiteren Verwertung bzw. Beseitigung sind.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2023 auf 71,55 Mio. Euro. Es wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 338 Tsd. Euro erwirtschaftet.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald

Regionale Planungsstelle
 Gulbener Straße 24
 03046 Cottbus
 Tel.: +49 (0) 3555 / 49 49 24 10
 Fax: +49 (0) 3555 / 49 49 24 18
 E-Mail: poststelle@rpgls.brandenburg.de
www.region-lausitz-spreewald.de



Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Wirkungskreis der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald erstreckt sich auf das Gebiet der kreisfreien Stadt Cottbus und der Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster.

Die Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand.

Seit dem Jahr 2000 wird eine Umlage auf der Basis der Einwohnerzahlen erhoben. Der Anteil des Landkreises beträgt ca. 15 Tsd. Euro. Die Stimmenverteilung in der Regionalversammlung richtet sich ebenfalls nach der Einwohnerzahl zum Stand der Kommunalwahl.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Mitglieder	Stimmenverteilung
Stadt Cottbus	5
Landkreis Dahme-Spreewald	9
Landkreis Elbe-Elster	6
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	7
Landkreis Spree-Neiße	7
Vertreter Braunkohlenausschuss	1

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AKKW	Achenbach- Krankenhaus Königs Wusterhausen
ARAP	Aktive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
ARGE CNB	Arbeitsgemeinschaft Center Nahverkehr Berlin
AV	Anlagevermögen
BADC	Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
DESY	Deutsches Elektronen Syntrotron
DMBILG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutsche Mark und die Kapitalneufestsetzung
DRG	Diagnosis Related Groups; Klassifikationssystem für ein pauschaliertes Abrechnungsverfahren mit den Krankenhaussfällen (Patienten)
DRS 21	Deutscher Rechnungslegungsstandard 21 zur Kapitalflussrechnung
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
EFRE	Europäischer Fond für regionale Entwicklung
EK-Charakter	Eigenkapitalcharakter
EK-Quote	Eigenkapitalquote
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FTTB	Fibre to the Building
FTTH	Fibre to the Home
GF	Geschäftsführer
GKV	Spitzenverband Bund der Krankenkassen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HNO	Hals-Nasen-Ohren
IAP	Institut für Angewandte Polymerforschung
i.d.R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
imm.	immaterielle
I.N.A.	Internationale Naturausstellung Lieberoser Heide GmbH
INKOF	Interkommunaler Flächenpool
i.S.d.	im Sinne des
IT	Informationstechnik
KAEV	Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“
KAG DF	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Dialogforum
KISA	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
KDS	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH
KDSD	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH
KDSR	Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KHBV	Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
KW	Königs Wusterhausen
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, EU-Förderprogramm zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
LDS	Landkreis Dahme-Spreewald
LEP FS	Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung vom 16.06.2006

LK	Landkreis
LKGBbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
LOS	Landkreis Oder-Spree
MAWV	Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
mbH	mit beschränkter Haftung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH
NSF	Naturschutzfonds
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV- Netz	Öffentliches Verkehrsnetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PD	Berater der öffentlichen Hand GmbH
PRAP	Passive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
QM-System	Qualitätsmanagementsystem
RIK	Regionales Investitionskonzept Lausitz
RVS	Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
SAB	Sächsische Aufbaubank
SBAZV	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellver.	stellvertretende
SWKL	Spreewaldklinik Lübben
TAZV	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau
TF	Teltow-Fläming
TGZ	Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH
TH Wildau	Technische Hochschule Wildau
TKW	Teltower Kreiswerke GmbH
u.a.	und andere
u. ä.	und ähnliches
UStG	Umsatzsteuergesetz
VBB	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Vj.	Vorjahr
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
Wgkm	Wagenkilometer
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz GmbH
WSC	Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft
ZLR	Zentrum für Luft- und Raumfahrt
ZFZ	Zentrum für Zukunftstechnologien
ZWL	Zukunftswerkstatt Lausitz

Vertretende des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen

Gesellschaft	VertreterIn bis 08.06.2024	VertreterIn ab 17.10.2024	StellvertreterIn
---------------------	---------------------------------------	--------------------------------------	-------------------------

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Gesellschafterversammlung	Sven Herzberger Landrat	Heike Zettwitz Beigeordnete	Sven Herzberger Landrat
stimmrechtlose Mitglieder	Denis Gottwald	Beate Burgschweiger	Michael Reimann
	Beate Burgschweiger	Rainer Hilgenfeld	Nadine Graßmehl
	Lothar Treder-Schmidt	Denis Gottwald	Ronny Lehmann
	Ute Fuchs	Ute Fuchs	Vincent Fuchs
	Lutz Krause	Lutz Krause	Patrick Franke

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Gesellschafterversammlung	Stefan Klein Dezernent	Heike Zettwitz Beigeordnete	Christian Jank SB ÖPNV
Aufsichtsrat	Sven Herzberger Landrat	Sven Herzberger Landrat	
Beirat -G-	Christian Jank SB ÖPNV	Christian Jank SB ÖPNV	Carsten Brumme Amtsleiter- 36-

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Gesellschafterversammlung	Sven Herzberger Landrat	Sven Herzberger Landrat	Heike Zettwitz Beigeordnete
stimmrechtlose Mitglieder	Beate Burgschweiger	Claudia Mollenschott	Dr. Andrea Lübcke
	Andrea Weigt	Rainer Sperling	Dr. Lutz Franzke
	Norbert Schmidt	Norbert Schmidt	Peter Dreher
	Andreas Lück	Jan Schenk	Martina Müller-Schmölzer

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

Gesellschafterversammlung	Sven Herzberger Landrat	Sven Herzberger Landrat	Heike Zettwitz Beigeordnete
stimmrechtlose Mitglieder	Peter Dittrich	Claudia Mollenschott	Dr. Andrea Lübcke
	Beate Burgschweiger	Rainer Sperling	Dr. Lutz Franzke
	Claudia Mollenschott	Peter Dreher	Norbert Schmidt
	Andrea Weigt	Norbert Kleinwächter	Matthias Keßel

Gesellschaft	VertreterIn bis 08.06.2024	VertreterIn ab 17.10.2024	StellvertreterIn
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH			
Gesellschafterversammlung	Heike Zettwitz Beigeordnete	Heike Zettwitz Beigeordnete	Sven Herzberger Landrat
Aufsichtsrat	Stefan Klein Dezernent	Stefan Klein Dezernent	
Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH			
Gesellschafterversammlung	Heike Zettwitz Beigeordnete	Dr. Matthias Städter Amtsleiter -23-	Annett Lehmann SGL -63-
Naturwelt Lieberoser Heide GmbH			
Gesellschafterversammlung	Heike Zettwitz Beigeordnete	Heike Zettwitz Beigeordnete	Sven Herzberger Landrat
Klinikum Dahme-Spreewald GmbH			
Gesellschafterversammlung	Stefan Klein Dezernent	Stefan Klein Dezernent	Stefan Wichary Beigeordneter
Aufsichtsrat	Sven Herzberger Landrat	Sven Herzberger Landrat	
Vertreter LDS	Dr. Lutz Franzke	Brigitte Kaßuba	
	Stefan Ludwig	Laura Lazarus	
	Dirk Thomas Wagner	Marco Weinowski	
Aufsichtsrat	Dr. Jens Schick	Dr. Jens Schick	
Vertreter Sana Kliniken AG	Sadik Tastan	Sadik Tastan	
	Jean Franke	Jean Franke	
	Manuela Lehmann	Manuela Lehmann	
Aufsichtsrat	Dr. Henrick Naumburger	Dr. Henrick Naumburger	
Arbeitnehmervertreter	Sandra Eberwein	Sandra Eberwein	
	Beatrice Kliefoth	Beatrice Kliefoth	
	Dr. Katrin Müller-Schmehl	Dr. Katrin Müller-Schmehl	
PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH			
Gesellschafterversammlung	Stefan Klein Dezernent	Stefan Klein Dezernent	Kathleen Wyrsh SB Beteiligungen